



BAYERISCHE GemeindeZeitung

KOMMUNALPOLITIK WIRTSCHAFT RECHT TECHNIK PRAXIS

Deutscher Städtetag in Hannover:

„Zusammen sind wir Stadt“

Vertrauen schaffen, soziale Sicherheit gewährleisten und Kommunen finanziell handlungsfähig machen: Das waren die zentralen Botschaften bei der diesjährigen Hauptversammlung des Deutschen Städtetags in Hannover. Der Verband zeigte sich bereit, beim Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen mitzuarbeiten und forderte noch in diesem Jahr konkrete Ergebnisse, um die Handlungsfähigkeit der Städte zu stärken.

Vor rund 1.500 Delegierten und Gästen aus dem gesamten Bundesgebiet bezeichnete der scheidende Städtetagspräsident, Oberbürgermeister Markus Lewe (Münster), das Thema Wohnen

diesen Ankündigungen aber auch entschlossene Taten folgen. „Es braucht nicht nur Geld, sondern vor allem einfachere Prozesse.“

Auch die soziale Dimension der Stadtpolitik wurde von Lewe

irgendwer in Berlin.“ Zudem warnte er vor einem einseitigen Spardiktat: „Eine Reform des Sozialstaats darf nicht das Signal aussenden: Es wird nur gekürzt, sondern: Es wird besser, effektiver, zielgenauer – und niemand wird zurückgelassen.“ Klar sei auch: Eine gerechte Sozialpolitik vor Ort funktioniert nur mit gut ausgestatteten Jobcentern, Sozial-, Jugend- und Gesundheitsämtern. Genau hier mangle es jedoch in vielen Städten an Personal und Ressourcen.

Prekäre Haushaltslage vieler Kommunen

Ein weiteres zentrales Thema war die prekäre Haushaltslage vieler Kommunen. Mit einem bundesweiten Defizit von fast 25 Milliarden Euro im Jahr 2024 steht die kommunale Selbstverwaltung Lewe zufolge vor einer Zerreißprobe. Er verwies darauf, dass dies keine abstrakte Zahl sei, sondern ganz konkrete Folgen habe – etwa für Kitas,

Bürgerbüros oder Kultureinrichtungen. Entsprechend lauteten die Forderungen an die Politik auf Landes- und Bundesebene: mehr Beteiligung an Gemeinschaftssteuern; keine neuen Aufgaben ohne vollständige Gegenfinanzierung; Ausgleich für kommunale Einnahmeverluste durch steuerpolitische Entscheidungen des Bundes.

Immer neue Aufgaben ohne Finanzierung

Dass die Stärke Deutschlands vor allem auf handlungsfähigen Kommunen beruhe, unterstrich der neu gewählte Präsident des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeister Burkhard Jung aus Leipzig. Der kommunalen Ebene würden aber immer mehr Aufgaben übertragen, ohne deren Finanzierung auch nur annähernd sicherzustellen. Die Kommunen trügen ein Viertel der staatlichen Ausgaben, verfügten aber nur über ein Siebtel der staatlichen Einnahmen. „Das geht so nicht mehr. Der im Koalitionsvertrag angekündigte Zukunftspakt von Bund, Ländern und Kommunen muss die Städte finanziell stärken“, so Jung.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Die neue Spitze des Deutschen Städtetags (v.l.): Vizepräsident Uwe Conradt, Vizepräsidentin Katja Dörner und Präsident Burkhard Jung. Bild: Dt. Städtetag

als „existenzielle Frage unserer Zeit“. Wenn Menschen sich ihre Miete nicht mehr leisten können, gefährde dies ihre gesamte Lebensperspektive. Lewe forderte deshalb ein umfangreiches Maßnahmenpaket: mehr sozialen Wohnungsbau, eine Baugesetzbuchreform für schnellere Verfahren, zielgerichtete Förderung für Neubauprojekte sowie Programme zur Modernisierung im Bestand. Gleichzeitig brauche es wirksame Instrumente gegen Mietenexplosionen.

Einfachere Prozesse sind gefragt

Die neue Bundesregierung habe im Koalitionsvertrag entsprechende Vorhaben angekündigt, etwa einen Investitionsfonds für den Wohnungsbau. „Gut so“, kommentierte Lewe. Jetzt müssten

in den Blick genommen. „Ohne soziale Sicherheit keine Teilhabe, und ohne Teilhabe kein Gemeinwohl“, erklärte er. Doch genau hier stünden die Städte zunehmend mit dem Rücken zur Wand. Die Sozialausgaben wüchsen Jahr für Jahr, während die Kommunen gleichzeitig immer neue Aufgaben zugewiesen bekämen – oft ohne ausreichende Finanzierung.

Sozialstaatskommission

Der scheidende Präsident begrüßte die Ankündigung einer Sozialstaatskommission durch die Bundesregierung, forderte aber eine zentrale Rolle der Kommunen in diesem Gremium. „Wir sind die, die vor Ort dafür sorgen, dass Menschen Unterstützung bekommen – nicht

Rekord bei Einbürgerungen in Bayern:

54.518 neue Staatsbürger im Jahr 2024

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann hat in Fürth die Einbürgerungstatistik 2024 vorgestellt – mit einem Rekordwert: 54.518 Menschen wurden eingebürgert, ein Anstieg um 51 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Herrmann wertete dies als starkes Signal für gelungene Integration: „Eine Einbürgerung gut integrierter Menschen ist in Bayern problemlos möglich.“

17 Prozent der Eingebürgerten stammen aus EU-Ländern, allen voran Rumänien (2.811), Italien (984) und Polen (952). Spitzenreiter außerhalb der EU ist Syrien mit 9.351 Einbürgerungen, trotz leichten Rückgangs. Es folgen die Türkei mit einem Zuwachs von 145 Prozent (4.306 Personen) und erstmals Russland (3.248) auf Platz drei.

Das neue Staatsangehörigkeitsrecht, das u.a. verkürzte Wartezeiten und Mehrstaatigkeit ermöglicht, habe den Anstieg verstärkt. Über 90.000 Neuanträge wurden 2024 gestellt – eine Herausforderung für die Behörden. Herrmann sieht die Reformen kritisch: „Einbürgerungen nach kurzer Zeit führen nicht automatisch zu gesellschaftlicher Verankerung.“ Er begrüßt die angekündigte Rücknahme der Turboeinbürgerung.

Zum Abschluss ehrte Herrmann sechs exemplarisch eingebürgerte Personen – darunter Pflegekräfte, Lehrende und eine Diakonin – als gelungene Beispiele gelungener Integration. □



Mittelschule Altstadt – Projekt „Jung & Alt Zusammenhalt“. Bild: StFMH/Christian Blaschka

Füracker verlieh „Demografiepreis Bayern 2024“:

Zukunft gestalten für alle Generationen

Wie man gesellschaftliche Herausforderungen kreativ und solidarisch bewältigen und ein Miteinander aller Generationen gestalten kann, zeigen neun engagierte Projekte, die Finanz- und Heimatminister Albert Füracker in Nürnberg mit dem „Demografiepreis Bayern 2024“, dotiert mit insgesamt 15.000 Euro, auszeichnete. „Demografie ist eines der Top-Themen unserer Zeit – auch in Bayern“, betonte Füracker. „Mit den richtigen Ideen und mutigem Engagement kann der demografische Wandel nicht nur bewältigt, sondern als Chance genutzt werden.“

Der Verein „Die gute Stube“ (München) verwandelte einen ehemals ungenutzten Ort inmitten der Stadt in einen offenen Treffpunkt für alle Generationen – besonders für Seniorinnen und Senioren. Die „gute Stube“ dient als geselliger „Zweitwohnsitz“, in dem kreative, kulturelle und handwerkliche Aktivitäten angeboten werden. Das Projekt fördert die aktive Teilhabe älterer Menschen und wirkt Einsamkeit entgegen.

Zuhören und gehört werden

Mit dem Projekt „Momo Zuhörerraum“ und „Momo Training“ (digital) vermittelt der bayernweite Verein „momo hört zu“ nicht nur die Bedeutung von gegenseitigem Zuhören, sondern zeigt auch, wie essenziell das Gefühl ist, gehört zu werden. Das Herzstück ist ein mobiler Raum, in dem Menschen täglich zwischen 12 und 18 Uhr anonym und kostenlos ein offenes Ohr finden. Das Angebot bekämpft soziale Isolation und fördert zwischenmenschliches Vertrauen – ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der Demokratie.

Spezielle Ausflüge und Wallfahrten für Senioren und Menschen mit Einschränkungen, die an regulären Gruppenreisen nicht teilnehmen können, organisiert der Malteser Hilfsdienst

e.V., Diözese Passau. Das Projekt eröffnet diesen Menschen Möglichkeiten zur Teilhabe und stärkt soziale Bindungen.

(Fortsetzung auf Seite 4)



Kukuruz, Paradeiser, Ribisel – von Österreich lernen heißt schmunzeln lernen. Doch bei „oblomowieren“ hört der Spaß auf: Wenn wir Deutschen angeblich zu viel frei machen, zu früh in Rente gehen und zu wenig malochen, steht gleich der Wohlstand auf der Kippe. Ob wir wirklich ein Volk der faulen Säcke sind – oder einfach nur mit System ausgebremst werden, das fragt sich Pino unser Rathauskater. Seite 15

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die

Bayerische GemeindeZeitung

als umfassende Informationsquelle für kommunale Entscheiderinnen und Entscheider.



Die Ideen und Prinzipien der Sozialen Marktwirtschaft hochhalten wollen der Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. und der Wirtschaftsbeirat der Union. Unser Bild zeigt v.l.: Nationalrätin Dr. Barbara Kolm (A), Vizepräsidentin der Österreichischen Nationalbank ret., Direktorin Austrian Economics Center; Dr. Ralf Schneider, Präsident Vereinigung Europäischer Journalisten; Albert Füracker, MdL, Staatsminister der Finanzen und für Heimat; Rolf von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern e.V. und der langjährige Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Dr. Ingo Friedrich, Präsident des Europäischen Wirtschaftssenats (EWS). Vgl. Bericht auf Seite 2. Bild: Kerstin Kellis/BDSt

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
Landtag: „Migrations- und Wirtschaftswende jetzt!“	2
Grünes Licht für Olympische Spiele in München	2
Soziale Marktwirtschaft als Kompass	2
GZ-Kolumne Christoph Göbel:	
Bevölkerungsschutz ist Gemeinschaftsaufgabe	3
Maß halten seit 150 Jahren	3
Politik für die Zukunft der jungen Menschen	3
Kommunale Finanzthemen	5-8
Kommunaler Bau - GaLaBau - Winterdienst	9
Kommunale Energiethemen	10-13
Aus den bayerischen Kommunen	14-16

Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag:

„Migrations- und Wirtschaftswende jetzt!“

Die wirtschaftliche Lage Bayerns und die Herausforderungen der Migrationspolitik standen im Mittelpunkt einer von der AfD-Fraktion beantragten Aktuelle Stunde im Bayerischen Landtag mit dem Titel „Aufbruch für Bayern – Niedergang beenden: Migrations- und Wirtschaftswende jetzt!“. Der Anlass: Die bayerische Wirtschaft stagniert, ein Aufschwung lässt weiter auf sich warten.

Nach Auffassung der AfD-Fraktionsvorsitzenden Katrin Ebner-Steiner habe die aktuelle Bundesregierung weder bei der Überwindung der Wirtschaftskrise noch in der Migrationspolitik überzeugende Maßnahmen ergriffen. Auch die Bayerische Staatsregierung lasse die „notwendigen Aktivitäten“ vermissen. Sie beschwöre „das Gespenst des Fachkräftemangels“, statt die Ursachen illegaler Zuwanderung anzugehen.

AFD-Forderungen

Laut Ebner-Steiner sind die seit 2015 nach Deutschland Geflüchteten mehrheitlich weder qualifiziert noch arbeitswillig. Daher plädiere die AfD für eine „Remigration“ all jener, die keine Bleibeperspektive hätten. Ihre wirtschaftspolitischen Forderungen: Rückkehr zur Atomkraft, Import von russischem Gas, drastischer Bürokratieabbau, steuerliche Entlastungen sowie Konzentration auf heimische Fachkräfte.

Schlechte Stimmungsmache

Stefan Ebner (CSU) warf der AfD vor, mit „schlechter Stimmungsmache“ politische Profite zu erzielen zu wollen. Die Regierung in Berlin habe bereits die ersten Weichen für eine Migrationswende gestellt, etwa durch verstärkte Grenzkontrollen und schnellere Verfahren zur Zurückweisung illegaler Einreisen. Auch wirtschaftlich seien erste Reformen auf dem Weg, darunter Steuererleichterungen, Bürokratieabbau und Refor-

Wir gratulieren

ZUM 70. GEBURTSTAG

Landrat Wolfgang Lippert
Landratsamt Tirschenreuth
am 6.6.

Bürgermeister Rainer Erdel
Markt Diethenhofen
am 7.6.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Raimund Lindner
Gemeinde Hepberg
am 31.5.

Bürgermeister Martin Brenner
Stadt Burgau
am 8.6.

Bürgermeister Josef Beham
Markt Eichendorf
am 9.6.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Dieter Lenzer
Stadt Iphofen
am 1.6.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Marco Friepes
Gemeinde Weilersbach
am 2.6.

Bürgermeister Manuel Schott
Gemeinde Wurmsham
am 7.6.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister Matthias Hauke
Markt Zeitlofs
am 10.6.

Hinweis in eigener Sache

Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe der bevorstehenden runden Geburtstage.

men im Arbeitsrecht. „Das führt Deutschland wieder zurück an die Spitze Europas“, betonte Ebner. Die AfD dagegen gefährde mit ihrem EU-kritischen Kurs den Wirtschaftsstandort Deutschland massiv.

Ängste schüren

Auch die Freien Wähler distanzieren sich deutlich von den AfD-Vorschlägen. Alexander Hold, Sprecher für Migration, Asyl und Integration, erklärte: „Die AfD spricht von einem ‚bayerischen Niedergang‘ – davon kann aber keinesfalls die Rede sein. Es ist einmal mehr der bloße Versuch, Ängste zu schüren und die Gesellschaft weiter zu spalten. Was es bei den Themen Migrations- und Wirtschaftswende hingegen wirklich braucht, sind konkrete Initiativen auf Bundes- sowie europäischer Ebene. Wirtschafts- und Migrationspolitik müssen dabei Hand in Hand zukunftsfähig gemacht werden. Deutschland muss wieder attraktiv wer-

den für ausländische Fachkräfte. Nicht nur im Gesundheitswesen, in IT-Berufen und der Hotel- und Gaststättenbranche droht sonst ein Kollaps, wenn die Babyboomer in den Ruhestand eintreten. Daher brauchen wir endlich digitalisierte Anwerbe- und Anerkennungsverfahren ausländischer Studien- und Berufsschlüsse und vor allem deutlich beschleunigte Visaverfahren.“

Auf der anderen Seite, so Hold, müssten Anreize für die Zuwanderung in unsere Sozialsysteme beseitigt und illegale Einreise verhindert werden. Wirkungsvolle Grenzkontrollen an deutschen Grenzen mit Zurückweisungen bei illegaler Migration seien hierfür ein wichtiges Mittel. Zugleich müsse die europäische Grenzschutzeinheit Frontex im Hinblick auf Personal, Ausstattung und Befugnisse weiter gestärkt werden. Von zentraler Bedeutung sei es, Asylverfahren grundlegend zu beschleunigen und im Regelfall als Grenz- bzw. zentrale Asylverfahren durchzuführen. Bei Abschiebungen gelte es, konsequent zu sein, insbesondere bei Straftätern und Gefährdern. Dabei seien sichere Herkunftsländer – im Idealfall einheitlich innerhalb der EU-Staaten – auszuweiten.

Bayerns Wirtschaft in der Rezession

Wie Markus Saller, wirtschaftspolitischer Sprecher der FW-Fraktion darlegte, sei in ins-

gesamt neun der 13 deutschen Flächenländer das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr gesunken. Auch Bayerns Wirtschaft stecke in der Rezession: Hier gelte es, gegenzusteuern. Dazu müsse die Merz-Regierung die Ärmel hochkrempeln und ihre Zusagen aus dem Koalitionsvertrag – Abbau von Bürokratie, Entlastung bei Energiekosten, Modernisierung der Infrastruktur – rasch umsetzen. Die Trump-Zölle und die unsichere geopolitische Lage machten die Wirtschaftswende nicht leichter. „Wir als Freie Wähler-Fraktion setzen auf europäische Zusammenarbeit und freien Handel. Dagegen gewinnt man mit dem Motto ‚Raus aus der EU, raus aus dem Euro!‘ keinen Blumentopf, sondern fährt Land und Wirtschaft erst recht mit Karacho an die Wand, stellte Saller fest.“

Stephanie Schuhknecht (Bündnis 90/Die Grünen) zufolge erinnere die Politik der AfD an „dumpfe Parolen in der Mottekiste“ und sei insbesondere für ein exportorientiertes Land wie Deutschland wirtschaftlich kontraproduktiv. Die von der AfD vorgeschlagenen Maßnahmen, insbesondere in der Steuerpolitik, würden soziale Ungleichheit verschärfen und die soziale Marktwirtschaft untergraben.

Auch Christiane Feichtmeier (SPD) warnte vor einem Rückfall in „eine verschlossene, misstrauische und kalte Gesellschaft“. Zuwanderung sei kein Niedergang, sondern eine Notwendigkeit für wirtschaftliches Wachstum und gesellschaftlichen Fortschritt. Integration sei der Schlüssel zur Teilhabe – nicht Ausgrenzung.

Herrmann für qualifizierte Zuwanderung

Innenminister Joachim Herrmann kritisierte die AfD und ihr „Schlechtden der Lage in Bayern“. Fakt sei, dass der Freistaat im Bundesvergleich führend sei – mit der niedrigsten Arbeitslosenquote und der geringsten Kriminalitätsrate. Der Minister sprach sich für qualifizierte Zuwanderung aus, unterstrich jedoch auch die Notwendigkeit, illegale Migration weiter einzudämmen. Die Zahl der neu eingereisten Flüchtlinge habe sich im Vergleich zum Vorjahr bereits halbiert – ein Zeichen, dass die politischen Maßnahmen Wirkung zeigten. **DK**

Bayern investiert umfangreich in Krankenhausbau

Mit einem neuen Pflegeneubau stärkt der Freistaat Bayern die stationäre Gesundheitsversorgung am Klinikum Passau. Ministerpräsident Dr. Markus Söder und Gesundheitsministerin Judith Gerlach nahmen an der feierlichen Einweihung teil.

„Moderne Medizin mit High-Tech und Herz – auch im ländlichen Raum“, betonte Söder. Der Freistaat unterstütze den Neubau mit über 50 Millionen Euro, insgesamt fließen mehr als 105 Millionen Euro in das Klinikum – auch für OP-Sanierung und Bettenhaus-Modernisierung. Bayerns Ministerpräsident kritisierte die Krankenhausreform der Ampel, die sich zu stark auf Großstädte konzentriere: „Wir machen es besser.“

Gesundheitsministerin Gerlach hob die Bedeutung des Klinikums als größtes Krankenhaus

Niederbayerns hervor. Mit dem Neubau entstehen eine moderne Palliativstation, fünf neue Allgemeinpflagestationen sowie Räume für Arztdienste und Untersuchungen. Dies verbessere nicht nur die Patientenversorgung, sondern auch die Arbeitsbedingungen für das Personal.

Gerlach betonte: „Krankenhäuser sind zentrale Säulen der Daseinsvorsorge. Bayern hat allein in den letzten zehn Jahren rund sechs Milliarden Euro für Klinikbauten bereitgestellt – flächendeckend, in Stadt und Land.“ **DK**

Soziale Marktwirtschaft als Kompass

Steuerzahlerbund und Wirtschaftsbeirat setzen Kontrapunkt zur Staatswirtschaft

Unter dem programmatischen Titel „Soziale Marktwirtschaft statt Planwirtschaft – Eine grundlegende Entscheidung!“ luden der Bund der Steuerzahler in Bayern e.V. und der Wirtschaftsbeirat der Union zu einer wirtschaftspolitischen Diskussionsveranstaltung in den Bayerischen Hof nach München. Im Mittelpunkt stand die Frage, wie sich angesichts multipler Krisen Wachstum sichern und Wohlstand erhalten lassen – ohne dabei den ordnungspolitischen Kompass der Sozialen Marktwirtschaft zu verlieren.

Initiator und Gastgeber war Rolf Baron von Hohenhau, Präsident des Bundes der Steuerzahler in Bayern, der gemeinsam mit dem Wirtschaftsbeirat der Union eine hochkarätige Runde von Fachleuten und Gästen versammelte. Im Zentrum der Debatte standen Handlungsempfehlungen, die auf finanzielle Solidität, klare Prioritäten und investitionsfreundliche Rahmenbedingungen setzen.

Konsolidierung vor Verschuldung

Ein zentrales Anliegen der Teilnehmer: Die Rückbesinnung auf tragfähige Staatsfinanzen. „Verschuldung auf Vorrat“ sei kein gangbarer Weg, so der Tenor. Stattdessen brauche es strikte Obergrenzen für die Staatsverschuldung, eine Zweckbindung der aufgenommenen Mittel sowie verbindliche Tilgungspläne

– mit Beginn der Rückzahlung bereits in der kommenden Legislaturperiode. Kreditlaufzeiten sollen maximal 30 Jahre betragen, sämtliche Schulden über den Bundeshaushalt abgewickelt werden. Transparenz und nachhaltige Finanzpolitik seien unerlässlich, um Generationengerechtigkeit zu gewährleisten.

Wachstum fördern statt Schulden ausweiten

Impulse für Wachstum sollen gezielt durch ein Investitionsbeschleunigungsgesetz gesetzt werden. Gleichzeitig forderten die Teilnehmer Effizienzprüfungen staatlicher Ausgaben und eine konsequente Folgenabschätzung neuer Gesetzesvorhaben. Auch im Bereich der Verteidigung sehen die Veranstalter Potenziale: Durch einheitliche Rüstungsstandards könnten Synergien gehoben und Kosten

minimiert werden – ohne Einbußen bei der Verteidigungsfähigkeit.

In der Frage der Ukraine-Hilfen sprachen sich die Diskutanten für neue Modelle aus: Eine Aufteilung in rückzahlbare und nicht rückzahlbare Leistungen könne zur finanziellen Nachhaltigkeit beitragen, ohne die Solidarität mit dem angegriffenen Land infrage zu stellen.

Österreich als warnendes Beispiel

Für pointierte Kritik sorgte die Präsidentin des Friedrich A. v. Hayek-Instituts in Wien, Dr. Barbara Kolm. Sie warnte eindringlich vor wachsender Staatsgläubigkeit und einer ausufernden Sozialquote. In Österreich sei der Wohlfahrtsstaat längst in Schiefelage geraten – getragen von einer Politik, die von „ideologischen Vorgaben aus Brüssel“ beeinflusst werde. Die aktuelle Sozialquote von 57 Prozent sei Ausdruck dieser Entwicklung. Als Vorbilder nannte sie unter anderem Hayek, Erhard, Thatcher und Reagan – allesamt überzeugte Vertreter marktwirtschaftlicher Ordnungsprinzipien.

Besondere Aufmerksamkeit

GZ

GZ-PODCAST

GZ

Das gute Beispiel

Podcast-Moderator Michael von Hassel spricht mit beeindruckenden Menschen, die mit ihrem Talent und Engagement für Hoffnung in schwierigen Zeiten sorgen.

Folge 8: Kommunen mit klarer Klimasprache – KOM2KOM im Gespräch



Wie gelingt glaubwürdiger Klimaschutz vor Ort? Im neuen Podcast „Das gute Beispiel“ sprechen Thomas Thumann, Oberbürgermeister a.D., und Christian Baumann vom Startup KOM2KOM über ein innovatives Konzept: CO2-Reduktionsprojekte zwischen Kommunen – transparent, regional und wirtschaftlich sinnvoll. Ein Gespräch mit Wirkung für alle, die kommunale Verantwortung tragen.

Alle Folgen unter www.gemeindezeitung.de/podcast.

Bayerisches Kabinett:

Grünes Licht für Olympische Spiele in München

Der Traum von Olympia in München lebt erneut auf: Sollte München sich erneut für die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele 2036 oder 2040 bewerben, würde der Freistaat Bayern die Stadt unterstützen und Rückendeckung geben, betonte Ministerpräsident Markus Söder nach einer gemeinsamen Kabinettsitzung mit Oberbürgermeister Dieter Reiter.

Die Staatsregierung sieht in der Ausrichtung olympischer Spiele ein gesellschaftliches Vorhaben von nationaler Strahlkraft. Es wäre nicht nur ein sportliches Großereignis, sondern die Chance, Bayern und die Landeshauptstadt als weltoffene, innovative, nachhaltige und sportbegeisterte Gastgeber auf internationaler Bühne zu präsentieren. Die Bewerbung entfaltet aus der Sicht des Ministerrats Wirkung weit über den Sport hinaus – sie stärke das Ehrenamt, fördere die Mobilität der Zukunft, gebe der Landes- und Stadtentwicklung stärkende, beschleunigende Impulse, setze wichtige Anreize, die auch von Wirtschaft, Forschung und Tourismus eingefordert würden, und bringe Menschen aus allen Teilen der Gesellschaft zusammen.

Nachhaltigkeit im Fokus

Nach Auffassung von OB Reiter könnte eine weitere Sommerolympiade in der Landeshauptstadt eine der nachhaltigsten Spiele überhaupt werden. Kern des Konzepts sei das „One Village“-Modell. Rund 90 Prozent der Sportstätten liegen nach aktuellen Planungen im Radius von 30 Kilometern rund um den Olympiapark. Etwa 90 Prozent der Athletinnen und Athleten sollen im geplanten Olympischen Dorf im Nordosten Münchens in Daglfing, Engelschalking und Johanneskirchen untergebracht werden. Das Olympische Dorf ist als Teil eines neuen Stadtteils für rund 30.000 Menschen mit Schulen, Kindergärten, Nahversorgung und Erholungsflächen geplant.

Die Olympia-Arenen von 1972, wie die Olympiaschießanlage in Garching, die Reitanlage Riem in München, der Eiskanal in Augsburg, die Regattastrecke Oberschleißheim und der Olympiapark mit seinen Sportstätten, bilden Reiter zufolge das Herzstück des Sportstättenkonzepts und stehen für eine einzigartige Nachhaltigkeit. Es werde nur wenige temporär errichtete Sportstätten geben – ähnlich wie bei den European Championships 2022 in München. Neue Austragungsorte sollen ausschließlich dort geschaffen werden, wo sich bestehende Infrastruktur modular erweitern lässt. Nur vereinzelt gebe es im Konzept weitere Standorte, beispielsweise im Fall von Segeln, das nach Vorschrift des Deutschen Olympischen Sportbunds (DOSB) am offenen Meer stattfinden muss.

Wie Reiter erläuterte, sei der Großteil der städtischen Maßnahmen ohnehin Bestandteil geplanter oder bereits beschlossener Infrastrukturprogramme. Dazu zählten unter anderem der S-Bahn-Ringschluss Nord, die U-Bahn-Linien U4 und U9, neue Rad- und Fußwege und barrierefreie Mobilitätsknotenpunkte.

Von der Bewerbung erhofft sich der Rathauschef „mehr positive Vibes“ für seine Stadt. Bis zum 31. Mai 2025 ist das Bewerbungskonzept beim Deutschen Olympischen Sportbund einzureichen. Im Oktober 2025 findet in München auf Initiative der Landeshauptstadt ein Bürgerentscheid statt. Nur bei einem positiven Votum der Bürgerschaft wird die Bewerbung fortgesetzt. Die Entscheidung, mit welcher Stadt oder Region Deutschland ins Rennen geht, soll bis Ende 2026 fallen.

Die Kosten für eine solche Bewerbung beziffert OB Reiter mit „sechs bis sieben Millionen Euro“. Diese Kosten hätten sich seit dem gescheiterten Versuch der Landeshauptstadt, Winterspiele für 2018 zu erhalten, um rund 75 Prozent reduziert. „Wir machen ein starkes Angebot für nachhaltige, gute, aber vor allem für sympathische Spiele“, erklärte Söder. „Wir werden für Deutschland ein gutes Bild abgeben.“ **DK**

schenkte Kolm auch der wirtschaftspolitischen Radikalkurs des argentinischen Präsidenten Javier Milei. Zwar sei seine Vorgehensweise umstritten, die wirtschaftlichen Erfolge und der aufflammende Bauboom sprächen jedoch für sich.

Klare Forderungen – klare Sprache

Dr. Kolms wirtschaftspolitisches Rezept fiel ebenso deutlich wie radikal aus: „Keine neuen Steuern, keine Steuererhöhungen, keine neuen Schulden, keine Budgettricks, stattdes-

sen Ausgabensenkungen, Investitionsanreize, tiefgreifende Reformen in Bildungs-, Steuer- und Sozialpolitik sowie ein Ende der Überregulierung und der CO₂-Steuer.“ Den europäischen Green Deal nannte sie einen „Wahnsinn“, der verkappte „Marxismus im Alpenstaat“ sei mitverantwortlich für die eskalierenden Staatsschulden.

Die Veranstaltung setzte damit ein deutliches Signal für eine wirtschaftspolitische Neuausrichtung im Zeichen der Sozialen Marktwirtschaft – und gegen einen weiteren Vormarsch staatsdirigistischer Konzepte. **Ha**

Maß halten seit 150 Jahren

Bayerns Urmeter als Kulturgut und Symbol technischer Präzision

Zum 150. Jubiläum der Meterkonvention gewährte das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht einen seltenen Blick auf eines der beiden bayerischen Urmeter. Eine fachlich fundierte und historisch faszinierende Begegnung mit einem Artefakt von europäischem Format – und bayerischer Eigenständigkeit.

Am 20. Mai, dem „Tag des Messens“, öffnete Stefan Thums, Leiter des Bayerischen Landesamts für Maß und Gewicht, seine Türen für einen besonderen Gast: Florian Streibl, Fraktionsvorsitzender der Freien Wähler. Anlass war das 150-jährige Jubiläum der Meterkonvention von 1875 – ein Meilenstein internationaler wis-

sen-Deutsche Reich der Meterkonvention bei.

Zwei eigene Urmeter für Bayern

„Das Königreich Bayern hatte das metrische System bereits 1869 eingeführt und durch sein starkes Engagement im Eichwe-

gefertigt aus einer Platin-Iridium-Legierung – bis heute Symbole für höchste Messgenauigkeit.

Die Gäste erfuhren nicht nur technische Details, sondern auch überraschende historische Zusammenhänge. So wurde der Meter ursprünglich als Zehnmillionstel der Strecke vom Nordpol bis zum Äquator über Paris definiert – ein rationales Ideal der Französischen Revolution. „Das war ein Ausdruck des egalitären Denkens: gleiche Rechte, gleiche Maße“, betonte Thums. Dass ein solcher „demokratischer Maßstab“ später auch in einem Königreich wie Bayern landete, nennt Streibl augenzwinkernd „eine schöne Ironie der Geschichte“.

Eine besonders kuriose Episode berichtete Thums über den Versuch, das metrische System auch in den USA zu etablieren. Thomas Jefferson, dritter US-Präsident und überzeugter Aufklärer, hatte als Botschafter in Paris das metrische Projekt kennengelernt und wollte es in die Vereinigten Staaten bringen. „Die Franzosen sagten: Wir schicken dir einen Meterstab – samt Wissenschaftlern. Doch das Schiff geriet in Seenot, wurde von Piraten gekapert, die Wissenschaftler starben an Krankheit – und der Meterstab verschwand vorerst“, so Thums augenzwinkernd. „1889 haben die USA aber doch Kopien erhalten.“

Auch heute ist das metrische System nicht überall selbstverständlich. „Bedeutende Staaten wie die USA arbeiten noch immer mit dem imperialen System“, sagte Thums. Dass solche Unterschiede problematisch sein können, zeigt das Beispiel der NASA: „1999 zerschellte eine Mars-Sonde, weil Entwickler und Steuerteam mit unterschiedlichen Maßeinheiten rechneten. Ohne gemeinsame Sprache keine funktionierende Technik.“

Wichtig ist die gemeinsame Sprache

Im Freistaat wird diese Sprache mit großer Präzision gesprochen – etwa bei Fertigpackungskontrollen oder pharmazeutischen Messungen. „Ob eine Softdrink-Flasche wirklich 0,5 Liter enthält, hängt von Temperatur, Dichte und der richtigen Kalibrierung ab“, erläuterte Thums. Dafür betreibt sein Amt klimatisierte Labore, in denen hochpräzise Waagen arbeiten – nicht nur für Apotheken, sondern auch für den Edelmetallhandel.

Und weil es um Bayern geht, darf ein Schluck Geschichte nicht fehlen: „Früher fasste eine bayerische Maß 1,069 Liter. Mit der Vereinheitlichung 1872 kam das Litermaß – und seitdem fehlen uns 69 Milliliter. „Bismarck hat uns bei jeder Maß ein Schluckl Bier gestohlen“, scherzt Thums.

Maßeinheiten stehen für Ordnung, Fairness und Identität

Für Florian Streibl steht fest: „Maßeinheiten sind nicht nur eine technische Notwendigkeit. Sie stehen für Ordnung, Fairness – und am Ende auch für ein Stück Identität. Dass Bayern zwei Urmeter besitzt, ist kein Zufall, sondern Ausdruck unserer langen technischen Kulturgeschichte.“

Hintergrund: Die Meterkonvention wurde am 20. Mai 1875 von 17 Staaten unterzeichnet, darunter das Deutsche Reich. Bayern als Teilstaat war kein eigenständiger Unterzeichner, verfügte aber über eine eigene Eichverwaltung und gehörte zu den führenden technischen Akteuren im Reich. Das Bayerische Landesamt für Maß und Gewicht wurde 1869 gegründet und pflegt dieses Erbe bis heute mit großer Sorgfalt. CH



Halten gemeinsam (das) Maß, v.l.: Constanze von Hassel, GZ-Chefredakteurin, MdL Florian Streibl, Fraktionschef der Freien Wähler Landtagsfraktion und Stefan Thums, Amtsleiter Bayerisches Landesamt für Maß und Gewicht.

senschaftlich-technischer Zusammenarbeit. In Bayern besitzt dieses Datum besonderen Stellenwert, denn das Königreich war früh an der Einführung des metrischen Systems beteiligt – und trat formal über das 1871 gegründete

sen erhielt es zwei eigene Urmeter“, so Thums. Dabei handelt es sich um ein Strichmaß von 1889 (mit Messlinien auf einem leicht überlangen Stab) und ein Endmaß von 1897 (exakt ein Meter zwischen zwei Endflächen),

Landesweites Verpackungssteuer-Verbot:

Städtetag übt Kritik

Der Ministerrat hat auf Vorschlag von Innen- und Kommunalminister Joachim Herrmann beschlossen, kommunale Verpackungssteuern in Bayern künftig gesetzlich zu verbieten. Ein entsprechender Gesetzentwurf zur Änderung des Kommunalabgabengesetzes ist bereits in Vorbereitung. Herrmann begründete die Entscheidung mit dem Ziel, zusätzliche Belastungen für Bürger und Betriebe zu vermeiden. Die Einführung einer solchen Steuer sei nicht nur wirtschaftsfeindlich, sondern auch bürokratisch aufwendig und schwer praktikabel.

„Wir wollen keine Bagatellsteuern reaktivieren, die wir bewusst seit 1979 abgeschafft haben“, betonte Herrmann. Zudem widerspreche eine kommunale Steuer für To-Go-Verpackungen den bundespolitischen Entlastungszielen für die Gastronomie. So sei etwa im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung eine dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer für Speisen ab 2026 vorgesehen – eine lokale Verpackungssteuer konterkarriere dieses Ziel. Auch Aufzeichnungspflichten und Abgrenzungsfragen, etwa bei der Bepreisung von Kaffeebechern mit oder ohne Deckel, würden neue Bürokratielasten schaffen.

Finanzminister Hubert Aiwanger bekräftigte die ablehnende Haltung: „Unsere Betriebe brauchen keine neuen Steuern, sondern weniger Bürokratie und mehr unternehmerische Freiheit.“

Überzogener Eingriff in die kommunale Finanzhoheit

Der Bayerische Städtetag kritisiert das Vorhaben scharf. Geschäftsführer Bernd Buckenhofer sieht darin einen „überzogenen Eingriff in die kommunale Finanzhoheit“, die durch Verfassung und Grundgesetz geschützt sei. Er verweist auf frühere politische Eingriffe wie das Verbot der Übernachtungssteuer oder die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge. „Kommunalfreundliches Handeln sieht anders aus“, so Buckenhofer.

Ziel der Kommunen sei nicht zusätzliche Einnahmen, sondern

Anreize zur Abfallvermeidung. Schmutzige To-Go-Verpackungen auf Straßen und Plätzen verursachen wachsende Entsorgungskosten. Eine kommunale Steuer auf Einwegverpackungen könne Teil eines örtlichen Umweltkonzepts sein. Dabei sei es legitim, die Verursacher dieser Kosten stärker zur Verantwortung zu ziehen.

Beispiel Tübingen

Ein pauschales Verbot nehme Städte und Gemeinden die Möglichkeit, lokal maßgeschneiderte Lösungen zu finden. Buckenhofer verwies auf das kürzlich ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das die Verpackungssteuer der Stadt Tübingen für verfassungsgemäß erklärte. In Tübingen werden seit 2022 50 Cent pro Einwegverpackung oder -becher sowie 20 Cent für Einwegbesteck erhoben. Der Städtetag forderte, dieses Urteil anzuerkennen und den Städten auch in Bayern ähnliche Spielräume zuzugestehen.

Das Innenministerium kündigte an, auch ohne aktuelle Satzungen präventiv gegen geplante Verpackungssteuern vorzugehen. Regionale Rechtsaufsichtsbehörden würden entsprechenden Satzungen nicht zustimmen. Der Freistaat will damit eine landesweit einheitliche Linie sicherstellen.

Der Konflikt zwischen kommunaler Eigenverantwortung und landespolitischer Steuerpolitik ist damit erneut entbrannt – mit offenem Ausgang, aber klaren Fronten. DK

GZ

KOLUMNE
Christoph Göbel

Liebe Leserinnen und Leser,

die vergangenen Jahre haben uns eindringlich vor Augen geführt, wie verletzlich selbst hochentwickelte Gesellschaften sein können – sei es durch Naturereignisse wie Starkregen und Hochwasser, durch extreme Hitzeperioden oder durch geopolitische Krisen, deren Auswirkungen längst nicht mehr an Landesgrenzen Halt machen. Parallel dazu spüren wir auch im Landkreis München zunehmend die Folgen des Klimawandels. Die Zeiten, in denen Zivilschutz nur als historische Fußnote oder Szenario ferner Konflikte galt, sind vorbei. Bevölkerungsschutz, sei es der Katastrophen-, aber auch der Zivilschutz, ist heute wieder ein Thema mit ganz konkreter Relevanz und ein kommunalpolitisches Handlungsfeld ersten Ranges.



regelmäßige, gemeinschaftliche Übungen komplexer Krisenszenarien wird die Zusammenarbeit kontinuierlich gestärkt – denn in der Krise zählt vor allem eines: dass man sich kennt und aufeinander verlassen kann.

Doch damit dies auch in Zukunft so bleibt, braucht es unsere politische Unterstützung – strukturell, personell und kommunikativ. Bevölkerungsschutz funktioniert nur als Gemeinschaftsaufgabe: zwischen staatlicher Ebene, kommunalen Verwaltungen und der Zivilgesellschaft. Wir Kommunalpolitiker haben hier eine besondere Verantwortung. Wir sind es, die beispielsweise über die Ausstattung unserer Feuerwehren oder die Funktionsfähigkeit der Gemeindeverwaltungen im Krisenfall entscheiden. Und wir sind es, die mit Informations- und Sensibilisierungsarbeit in unseren Gemeinden das Bewusstsein für individuelle Vorsorge stärken können.

Ein starker Bevölkerungsschutz ist deshalb keine Frage der Bedrohung, sondern eine Frage der Resilienz. Ich freue mich daher sehr, dass wir am 24. Mai erstmals einen Bevölkerungsschutztag im Landkreis München veranstalteten, bei dem zahlreiche Organisationen ihre wertvolle Arbeit vorstellten – für alle Bürgerinnen und Bürger, aber auch als Plattform für Austausch und Vernetzung innerhalb unserer kommunalen Familie.

Lassen Sie uns gemeinsam daran arbeiten, dass unsere Gemeinden sicher und handlungsfähig bleiben, heute und in der Zukunft. Bevölkerungsschutz geht uns alle an.

Mit den besten Grüßen

Ihr Christoph Göbel

Stv. Landesvorsitzender der KPVB Bayern
Landrat des Landkreises München

Bevölkerungsschutz ist Gemeinschaftsaufgabe

Dabei geht es nicht darum, Ängste zu schüren. Im Gegenteil: Unser Bevölkerungsschutz basiert auf soliden Strukturen und einer beachtlichen Einsatzbereitschaft, nicht zuletzt dank des Engagements vieler Ehrenamtlicher. Feuerwehren, Rettungsdienste, Polizei, THW, Katastrophenschutzeinheiten, die Kommunen selbst und viele mehr arbeiten Hand in Hand. Nicht nur im Ernstfall zeigen unsere Blaulichtorganisationen, wie gut sie vernetzt und einsatzbereit sind. Durch



Auf großes Interesse stieß der 3. Zukunftsdialogtag in Roth. Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf (M., zusammen mit Landrat Ben Schwarz) diskutierte mit den jungen Menschen über deren Anliegen. Bild: STMAS / Schäffler

Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf beim 3. Zukunftsdialog in Roth:

„Wir machen Politik für die Zukunft der jungen Menschen“

Von Avataren, Gemeinschaft und Zukunftsperspektiven junger Menschen

Was macht gutes Zusammenleben in der Zukunft aus? Welche Themen bewegen die junge Generation? Fragen wie diese hat Bayerns Jugendministerin Ulrike Scharf beim 3. Zukunftsdialogtag Anfang Mai in Roth mit rund 60 jungen Menschen im Alter zwischen 14 und 21 Jahren diskutiert.

Jugendministerin Scharf ist der Dialog wichtig: „Ich will wissen, was die Themen, Wünsche und Vorstellungen der jungen Generation sind. Mich interessieren auch ihre Sorgen und Ängste. Junge Menschen wollen mitgestalten, sich stark machen für gemeinsame Ziele und unsere Demokratie. Das zu unterstützen, ist mir wichtig. Wir machen Politik für die jungen Menschen.“

Medienlabor im Sitzungsraum

Der vom Kreisjugendring Roth organisierte große Sitzungsraum im Landratsamt Roth verwandelte sich in ein Medienlabor für Zukunftsfragen: Die Gäste gestalteten Memes mit Botschaften für mehr Beteiligung, gegen Hass und Hetze und Ungleichheit. Von künstlicher Intelligenz kreierte Songs reicherten sie mit

Hoffnungen und Wünschen an. Auch den Social Media-Trend „Zukunftsavatare“ griffen die Jugendlichen auf. Über ChatGPT erzeugten sie Spielboxen, die ihre Vorstellung von Zukunft bildlich darstellen.

Mitmach-Charakter

Selina (14) und Kiana (13), Schülerinnen aus Roth, schätzen am Zukunftsdialog den Mitmach-Charakter: „Es ist uns wichtig, heute hier dabei zu sein, weil jede Stimme gehört werden muss – insbesondere die von uns Jugendlichen. Der Zukunftsdialog bietet die Möglichkeit, seiner Kreativität freien Lauf zu lassen und sich über unsere Zukunft auszutauschen.“

Kathrin Demmler, Direktorin des JFF – Institut für Medienpädagogik, betonte: „Jugendliche haben nicht nur das Recht,

sondern auch die Kompetenz, ihre Zukunft mitzugestalten. In den Zukunftsdialogen bringen sie ihre Perspektiven kreativ zum Ausdruck – und zeigen eindrucksvoll, wie wichtig ihre Stimmen für unsere Demokratie sind.“

In den „Zukunftsdialogen vor Ort“ kommen Jugendliche und Experten des JFF – Instituts für Medienpädagogik zusammen, um über Themen zu sprechen, die junge Menschen bewegen. Am Ende präsentieren die Jugendlichen Ministerin Ulrike Scharf ihre Gedanken und Wünsche in einer multimedialen und interaktiven Ausstellung.

Bayerischer Aktionsplan Jugend

Die „Zukunftsdialoge vor Ort“ sind Teil des Bayerischen Aktionsplans Jugend und werden von und für Jugendliche gestaltet. Nach Bayreuth und Weilheim folgte Roth. Für weitere Informationen besuchen Sie bitte die Website des JFF – Instituts für Medienpädagogik. □



V.l.: Kommunalpolitikerin Lisa-Marie Schmitt, Verlegerin Dr. Elisabeth Sandmann, Monika Meier-Pojda, Präsidentin des Bayerischen Landesfrauenrates, Sozialministerin Ulrike Scharf, Robert Franken, ehrenamtlicher Botschafter der Initiative „HeForShe Deutschland“, und Moderatorin Caro Matzko bei der Podiumsdiskussion „Weibliche Vorbilder – inspirierende Wege“ in der Münchner Residenz. Bild: StMAS/Nötel

„Gleichstellung bedeutet, alte Muster zu durchbrechen“

Projekt „FrauenOrte“ zeigt historische weibliche Vorbilder

Frauen sind in der Öffentlichkeit nach wie vor weniger sichtbar als Männer. Erfolgreiche und starke Frauen wirken mit ihren Biografien und herausragenden Lebensleistungen als Vorbilder. Bayerns Sozialministerin und Frauenbeauftragte der Bayerischen Staatsregierung Ulrike Scharf betont: „Rollenbilder beeinflussen das Denken und Handeln. Sie sind oft tief verwurzelt. Gleichstellung bedeutet, alte Muster zu durchbrechen, Verantwortung zu übernehmen und mutig Veränderung voranzutreiben. Ich will starke Frauen und ihre spannenden Geschichten sichtbar machen!“ Dazu wird ein erfolgreiches Digitalprojekt umgesetzt.

Die Biografien, Ideen und Erfolge starker Frauen ins Rampenlicht zu rücken, war Ziel einer Kooperationsveranstaltung „Weibliche Vorbilder – inspirierende Wege“ des Bayerischen Sozialministeriums mit dem Bayerischen Landesfrauenrat in der Münchner Residenz. Neben dem Podcast des Bayerischen Landesfrauenrates bietet die Website „Bayerns Frauen – Jede anders stark“ inspirierende Geschichten weiblicher Vorbilder.

Spannende Geschichten

Dieser Internetauftritt wächst nun um das Projekt „FrauenOrte“. Die spannenden Geschichten historischer weiblicher Vorbilder werden erzählt. Ein wissenschaftlicher Beirat hat 140 Frauen aus ganz Bayern vom frühen Mittelalter bis ins 21. Jahrhundert hinweg ausgewählt: Von

Therese Wagner aus München, die als Witwe mit fünf Kindern die Leitung der Augustiner Brauerei übernahm über Hope Bridges Adams Lehmann, die erste Frau in Deutschland, die ihr Medizinstudium mit Staatsexamen abschloss bis hin zu Barbara Stamm aus Würzburg, die Bayern als Sozial- und Gesundheitsministerin und Präsidentin des Bayerischen Landtags prägte.

Sozialministerin Scharf: „Mut, Widerstand und Durchsetzungsstärke – das eint die porträtierten Frauen. Jede von ihnen hat in Kunst, Medizin, Wissenschaft, Wirtschaft und im sozialen Bereich Großartiges geleistet. Das Wirken der Frauen in Verbindung mit einem Ort schafft einen wahren ‚FrauenOrt‘.“

Zum Start des Projekts „FrauenOrte“ sind über 80 Porträts auf der Website veröffentlicht, die laufend ergänzt werden. □

Zukunft gestalten ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Auf einem brachliegenden, zentralen Gemeindegrundstück hat der Obst- und Gartenbauverein Mellrichstadt einen Mehrgenerationen-Gemeinschaftswaldgarten angelegt, in den sich jeder Gartenbegeisterte nach seinen Möglichkeiten einbringen darf oder einfach die besondere Atmosphäre genießen kann. Das Projekt wird damit nicht nur zum Symbol gelebter Nachhaltigkeit, sondern bringt zugleich Menschen aller Generationen zusammen.

Schüler und Senioren

Das Projekt „Jung & Alt Zusammenhalt“ der Mittelschule Altstadt (Oberbayern) bringt Schüler regelmäßig mit Bewohnern eines ortsanässigen Seniorenheims zusammen. Gemeinsame Aktivitäten und Feste fördern gegenseitiges Verständnis, bauen Vorurteile ab und schaffen dauerhafte Beziehungen.

Das innovative Mentoring-Programm „MUTmacherinnen“ des Landkreises Coburg unterstützt Frauen mit Migrationshintergrund beim Einstieg ins Berufsleben. Mentorinnen mit ähnlichem Lebensweg begleiten die Teilnehmerinnen durch Workshops, Firmenbesuche und Jobmessen. Ziel ist es, Integration praktisch und motivierend zu gestalten. Das Projekt stärkt nicht nur die individuelle Selbstständigkeit, sondern

auch die Fachkräftesicherung. Gegründet von der Stadt Gunzenhausen und der Caritas, leistet die Initiative „Hand in Hand gegen Altersarmut e.V.“ umfassende Hilfe für Menschen ab 60 Jahren, die unverschuldet in Armut geraten sind. Sie bietet persönliche Beratung, finanzielle Unterstützung und gemeinschaftsstiftende Aktivitäten. Das Projekt steht exemplarisch für Solidarität in einer alternden Gesellschaft.

Soziale Teilhabe

Der Sonderpreis „Soziale Teilhabe“ ging an den SSV Biburg und den TSV Offenstetten. Mit dem Projekt „Fahrgemeinschaft Heimkind“ ermöglichen Eltern von Fußballspielern Kindern aus einem Kinderheim die Teilnahme am Vereinssport. So werden diese in die Dorfgemeinschaft integriert, erhalten soziale Kontakte und erleben Anerkennung. Das Engagement stärkt die Inklusion vor Ort.

Über den Sonderpreis „Innovation“ durfte sich der Caritasverband Röhn-Grabfeld e.V. freuen. Das „Pflegerwohnmobil“ bietet pflegenden Angehörigen eine mobile Plattform zur Vorbereitung auf die häusliche Pflege. Gleichzeitig dient es als Rückzugsort und Entlastungsangebot. Mit dieser mobilen Erweiterung des Pflegezentrums setzt die Caritas neue Maßstäbe in der Unterstützung pflegender Familien. **DK**

Zusammen sind wir ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Außerdem müsse jedes neue Gesetz gemeinsam mit den Städten darauf überprüft werden, wie es sich vor Ort umsetzen lässt. „Die Bürgerinnen und Bürger müssen sehen, dass der Staat funktioniert, das schafft Vertrauen. Der Zukunftspakt der Bundesregierung muss bis Ende dieses Jahres konkrete Ergebnisse bringen. Die finanzielle Situation der Städte ist dramatisch“, erklärte der neue Verbandschef. Der Deutsche Städtetag fordert außerdem, dass die digitale Umsetzung von Gesetzen von Anfang an mitgedacht wird. „Wir brauchen einfache und automatisierbare Verfahren bei allen Gesetzen. Rein formale Aufgaben ohne Gestaltungsspielraum wie die Kfz-Zulassung oder der Antrag auf Elterngeld sollten zentral und digital durch Bund oder Länder erbracht werden. So können sich die Städte auf das konzentrieren, was sie am besten können: Politik für die Menschen vor Ort zu gestalten.“

Differenzierte Sichtweise auf Migration

Mit Blick auf das Thema Migration forderte Jung eine differenzierte Sichtweise: „Migration braucht Regeln, Integration braucht Unterstützung – und beides gemeinsam schafft die Grundlage für ein gutes, friedliches und starkes Zusammenleben in den Städten.“ Vor allem die Integration in den Arbeitsmarkt müsse deutlich einfacher werden. „Wir brauchen eine schnellere Anerkennung von Ausbildungs- und Berufsabschlüssen. Die von der neuen Bundesregierung angekündigte Agentur für Fachkräfteeinwanderung und eine Berufsanerkennung innerhalb von acht Wochen sind gute Schritte.“ Damit Integration gelingt, brauche es aber auch verlässliche Strukturen, ausreichend Ressourcen und klare Zuständigkeiten. „Deshalb benötigen wir eine Migrationspolitik von Bund und Ländern, die kommunale Bedarfe ernst nimmt und dauerhaft finanziell absichert“, stellte Jung klar.

Das geplante 500 Milliarden Euro-Sondervermögen des Bundes wertete der Präsident als Chance. Gemeinsam mit der Reform der Schuldenbremse werde ein schlankes Verfahren für Mittelzuweisungen an die Städte ermöglicht. „Diese Möglichkeiten müssen Bund und Länder jetzt auch ausschöpfen. Wir sagen, bitte keine komplizierten Förderprogramme, sondern am besten feste Budgets für die Städte mit großen Entscheidungsspielräumen vor Ort.“

Praxisnahe Verteilmechanismen

Jetzt seien die Länder am Zug, mit ihren Kommunen gemeinsam praxisnahe Verteilmechanismen zu finden. Die Städte fordern dafür auch strukturelle Merkmale, wie Arbeitslosenquote oder Investitionsbedarf, zu berücksichtigen. „Damit das Geld schnell auf die Straße kommt, muss dem Infrastrukturpaket ein Paket zum Bürokratieabbau und zur Verfahrensbeschleunigung folgen. Wenn die Menschen merken, dass etwas vorangeht, gibt das Sicherheit und Zuversicht. Dafür brauchen wir mehr Befreiheit im kommunalen Planungsrecht und bei der Auftragsvergabe“, fuhr Jung fort.

Auch im Schulbereich seien wichtige Weichen für die Zukunft zu stellen: „Es ist gut, dass jetzt der Digitalpakt 2.0 für die Schulen kommen soll. Aber digitale Bildung ist eine Daueraufgabe und braucht eine dauerhafte Finanzierung durch die Länder.“ Positiv sehen die Städte die Fort-

führung des Startchancen-Programms sowie das angekündigte Schulsanierungsprogramm. „Diesen Ankündigungen im Koalitionsvertrag müssen konkrete Umsetzungspläne folgen“, forderte der Städtetagschef.

Der neu gewählte Verbands-Vizepräsident, Oberbürgermeister Uwe Conradt aus Saarbrücken, lenkte den Blick auf das Thema Gesundheitsversorgung. Während das Praxissterben im ländlichen Raum seit Jahren in der öffentlichen Diskussion sei, stünden die Städte damit selten im Fokus. Doch auch in den Ballungsräumen gebe es zunehmende Ungleichheit in der ärztlichen Versorgung. Insbesondere in sozial benachteiligten Stadtteilen erhielten immer mehr Menschen nur schwer Zugang zur Gesundheitsversorgung, weil sich dort keine Praxen mehr ansiedeln. Deshalb engagierten sich die Städte inzwischen bereits oft über ihre gesetzlichen Verpflichtungen hinaus in der Gesundheitsversorgung – bis hin zur Einrichtung kommunaler Arztpraxen.

Kommunen sind keine Ausfallbürgen im Gesundheitsbereich

Wie Conradt darlegte, „wollen wir eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in unseren Städten. Aber wir können angesichts unserer angespannten Finanzlage nicht auch noch flächendeckend den Ausfallbürgen im Gesundheitsbereich spielen. Die Kassenärztlichen Vereinigungen sollten ihre Bedarfspläne für die Verteilung von Praxen anpassen, so dass eine gute Versorgung im gesamten Stadtgebiet gegeben ist.“

Positiv sieht der Deutsche Städtetag die geplanten Anpassungen an die Krankenhausreform durch die neue Bundesregierung. „Die Krankenhausreform des Bundes muss fortentwickelt, die Finanzierungslücke der Krankenhäuser schnell geschlossen werden“, forderte Conradt. „Es braucht jetzt eine schnelle Finanzspritze, um ein Kliniksterben zu verhindern, bis die Krankenhausreform wirkt.“

Dass Städte mit gut ausgebauten, preiswerten und nachhaltigen Verkehrsangeboten auch für soziale Teilhabe und Zusammenhalt sorgen, darauf verwies die wiedergewählte Vizepräsidentin des Deutschen Städtetags, Oberbürgermeisterin Katja Dörner aus Bonn. Nach ihren Worten „wollen sich die Menschen gut, schnell, sicher und nicht zuletzt bezahlbar in den Städten bewegen können. Eine verlässliche Verkehrsinfrastruktur ermöglicht Begegnungen. Dafür brauchen wir attraktive Verbindungen mit Bussen und Bahnen, gute Rad- und Fußwege und der Autoverkehr soll so umwelt- und stadtverträglich wie möglich werden.“

Modernisierungspakt für den nachhaltigen ÖPNV

Laut Dörner ist ein Modernisierungspakt für einen stabilen und nachhaltigen ÖPNV von Bund und Ländern dringend erforderlich. „Und wir brauchen auch Ausbau, etwa durch den Anstieg der GVFG-Mittel. Die neue Bundesregierung muss die Verhandlungen dafür aufgreifen. In vielen Städten wird auch intensiv an Mobilitätsangeboten und Verkehrskonzepten der Zukunft gearbeitet. Aber der Rechtsrahmen verhindert Kreativität. So können wir immer noch nicht Tempolimits und Mischverkehrsflächen überall dort einsetzen, wo sie wirklich gebraucht werden. Wir brauchen mehr Spielräume auch in



Tourismusministerin Michaela Kaniber beim Anzapfen der „Oidn Wiesn“ auf dem Münchner Oktoberfest im September 2024.

Bild: Pia Regnet/StMELF

Tourismusministerin Michaela Kaniber :

Bayern entlastet Wirte, Schausteller und Vereine

„Bayern soll feiern, statt sich in Papieren zu verlieren“

Wirte, Schausteller und Vereine haben künftig weniger bürokratischen Aufwand durch das Gaststättenrecht. Das hat das zuständige Bayerische Tourismusministerium mitgeteilt. Der Minister hat in seiner jüngsten Sitzung eine weitreichende Änderung der Bayerischen Gaststättenverordnung beschlossen. Mit der Reform wird der Alkoholausschank bei Volksfesten, Märkten und Vereinsveranstaltungen deutlich einfacher und unbürokratischer. Die Bayerische Tourismusministerin begrüßt die Entscheidung: „Wir machen einen großen Schritt hin zu mehr Vertrauen in unsere Bürgerinnen und Bürger“. Dies sei ein Meilenstein für Bayerns Festkultur. „Die Bayern sollen feiern, statt sich in Papieren zu verlieren“, sagte Bayerns Tourismusministerin Michaela Kaniber.

„Wir haben heute nicht einfach eine Verordnung geändert. Wir haben das Ehrenamt gestärkt, unseren Schaustellern zugehört und unsere Wirte von unnötigem

Papierkrieg befreit“, so die Ministerin. „Das ist Bürokratieabbau, wie er im Buche steht: praxistauglich und wirkungsvoll!“

Künftig gilt ein Antrag auf Gaststättenrecht als genehmigt, wenn die zuständige Kommune nicht binnen zwei Wochen nach dem vollständigen Einreichen keine Beanstandungen erhebt. Fachleute sprechen von einer Genehmigungsfiktion. Anträge können künftig unkompliziert per E-Mail oder Onlineformular gestellt werden – ein weiterer Beitrag zur digitalen Verwaltung. Da mit der sogenannten Genehmigungsfiktion keine Verwaltungsentscheidung mehr nötig ist, entfallen auch die bislang fälligen Gebühren. Die Gaststättenerelaubnis bei Wirten oder der Reisegewerbekarte bei Schaustellern reicht künftig bereits als Nachweis der Zuverlässigkeit. Bei Vereinen können die Behörden grundsätzlich von der Zuverlässigkeit der Verantwortlichen ausgehen. Voraussetzung ist, dass es bei früheren Veranstaltungen mit Alkoholausschank keine Beanstandungen gab. „Unsere Vereine, Wirte und Schausteller sind keine Sicherheitsrisiken, sondern Herz und Seele des gesellschaftlichen Lebens in Bayern. Sie verdienen Rückenwind – keinen Antragsrückenlauf“, betont die Ministerin.

der Verkehrspolitik.“

In einer von der Hauptversammlung verabschiedeten „Hannoverschen Erklärung“ wurde auch auf das Kernthema Klimaschutz und Klimaanpassung verwiesen. Darin heißt es: „Wir müssen Risiken identifizieren und vorausschauend handeln, damit unsere Städte lebenswert und sicher bleiben. Durch gezielte Klimaanpassungsmaßnahmen – Stadtgrün und Wasserspeicher, hitzeresistente Planung und Sensibilisierung der Bevölkerung – lassen sich die Folgen des Klimawandels in den Städten abmildern. Die Kosten dafür werden allein in Ländern und Kommunen auf 55 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030 geschätzt. Neben den Kosten der Klimaanpassung werden auch für den Klimaschutz Zukunftsinvestitionen in Milliardenhöhe benötigt. Wir müssen mit Bund und Ländern gemeinsam klären, wie das finanziert wird. Neue Finanzierungswege sind nötig. Etwa ein Energieeffizienzfonds, in den sowohl öffentliches als auch privates Kapital fließt.“

Resilienz bei der Versorgung verbessern

Ein zentraler Baustein für Klimaschutz in den Städten sei die Wärmewende, die gleichzeitig auch die Resilienz bei der Versorgung verbessert. Hierfür müssten Wärme-, Gas- und Stromnetze im großen Stil angefasst, Gebäude um- und Fernwärme ausgebaut werden. Vor diesem Hintergrund arbeiteten die Städte mit Hochdruck an den Wärmeplanungen und suchten nach passgenauen Lösungen. „Nach dem Plan beginnen die eigentlichen Herausforderungen. Dann geht es um Genehmigungen und Investitionen in die Infrastruktur. Die neue Bundesregierung darf hier keine neuen Unsicherheiten schaffen.“ **DK**

Gewinn für Bayerns Kommunen

Auch Bayerns Kommunen profitieren: Durch die klare Regelung und den Wegfall von Einzelfallentscheidungen wird der Verwaltungsaufwand deutlich reduziert. Mit dieser Novelle erfüllt die Staatsregierung nicht nur einen weiteren Punkt aus dem Koalitionsvertrag. Sie greift jahrelange Forderung aus der Branche auf. „Wir setzen den Wunsch der Schausteller um, wir stärken niedergelassene Wirte, unterstützen Vereine und erleichtern kommunale Verwaltungsprozesse. Wenn Bayern reformiert, dann mit Augenmaß, Verstand und einem klaren Ziel – mehr Freiheit für die Menschen, die unsere Feste erst möglich machen.“ **DK**

Ergebnisse Steuerschätzung Frühjahr 2025:

Kommunale Finanzmisere verschärft sich weiter

Angespannte Lage auch in Bayern

Auch in der aktuellen Steuerschätzung spiegelt sich das stagnierende Wirtschaftswachstum in Deutschland wider. Für dieses Jahr werden für Bund, Länder und Kommunen Steuereinnahmen von etwa 980 Milliarden Euro erwartet. Das sind insgesamt rund drei Milliarden Euro weniger als noch im vergangenen Oktober prognostiziert. Auf den Bund entfallen davon etwa 0,6 Milliarden Euro. Für Bundesfinanzminister Lars Klingbeil ein Beleg dafür, dass sich die Wirtschaft weiter in schwierigerem Fahrwasser befinde. Daher sei es jetzt wichtig, „durch ein höheres Wirtschaftswachstum die Einnahmen zu stärken und so neue finanzielle Spielräume zu gewinnen“, folgerte Klingbeil.

Grund für die geringeren Steuereinnahmen sind u.a. im vergangenen Jahr beschlossene Entlastungen für die Bürgerinnen und Bürger, beispielsweise zur Abfederung der sogenannten kalten Progression oder durch das Gesetz zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums. Zudem fallen wegen der zähen Konjunktur die Einnahmen der Körperschaftsteuer von Unternehmen niedriger aus. Auch für kommendes Jahr rechnen die Schätzer für den Bund mit weniger Steuereinnahmen, und zwar in Höhe

von etwa zehn Milliarden Euro.

Einnahmeerwartungen der Städte und Gemeinden

Für die Städte und Gemeinden prognostiziert der Arbeitskreis Steuerschätzung eine Steigerung ihrer Steuereinnahmen im Jahr 2025 um 1,5 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Für den Bund werden Einnahmezunächste von 3,8 Prozent erwartet, für die Länder von 3,2 Prozent. Das Gesamtaufkommen der Gewerbesteuer als wichtigste eigene Steuer der Städte wird 2025 voraussichtlich

bei 74,7 Milliarden Euro liegen. Dies ist ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr von 0,8 Prozent. Im Jahr 2026 liegt das Aufkommen der Gewerbesteuer voraussichtlich bei 78,7 Milliarden Euro.

Im Vergleich zur Steuerschätzung vom Oktober 2024 wurden für das Jahr 2025 die Einnahmeerwartungen der Städte und Gemeinden um 3,5 Milliarden Euro, und für die Folgejahre jeweils um circa 6 Milliarden Euro nach unten korrigiert.

Ausgaben wachsen dynamisch

Nach Angaben des Deutschen Städte- und Gemeindebunds sind für die kommunalen Haushalte für die Jahre 2025-2029 27,2 Milliarden Euro weniger gemeindliche Steuereinnahmen als zuvor im Oktober 2024 geschätzt, zu erwarten. Die prekäre kommunale Finanzlage werde damit noch mehr unter Druck geraten, vor allem, weil die Aus-

gaben weiterhin sehr dynamisch wachsen, die Steuereinnahmen aber deutlich schwächer steigen werden als angenommen und den kommunalen Ausgabenanwuchs nicht annähernd ausgleichen können. Dies unterstreiche die Forderungen des DStGB an die neue Bundesregierung: 1. Strikte Konnexität, 2. Ausgabenbegrenzung und Entlastung kommunaler Kassen, vor allem von Sozialausgaben, 3. Erhöhung gemeindlicher Anteile an Gemeinschaftssteuern, 4. Aufgabengerechte Finanzausstattung durch die Länder, 5. Entschlossener Bürokratieabbau.

Kommunen benötigen mehr Geld und Spielraum

Als „höchst alarmierend“ wertete die Steuerschätzung Burkhard Jung, Präsident des Deutschen Städtetags. Sie bestätige eine katastrophale kommunale Finanzlage und verdeutliche, dass Deutschland die Probleme der öffentlichen Haushalte auf absehbare Zeit nicht durch Wirtschaftswachstum lösen können. Die Kommunen, deren Haushalte zum Großteil durch gesetzliche Vorgaben fremdbestimmt sind, benötigten neben mehr Finanzmitteln von Bund und Ländern auch endlich mehr Beinfreiheit und Entscheidungsspielräume, so Jung.

Vor allem beim Blick auf die mittelfristige Entwicklung der Steuereinnahmen zeige sich, dass besonders die Kommunen strukturell unterfinanziert sind, „denn die Sozialausgaben steigen ungebremst, während gleichzeitig die Steuereinnahmen unter Berücksichtigung der Inflation nahezu auf der Stelle verharren. Dadurch können Städte immer weniger in die

notwendige Infrastruktur investieren.“

„Das neue Sondervermögen verhindert hoffentlich, dass die kommunalen Investitionen im Zuge der Haushaltskrise nicht zu stark einbrechen“, bemerkte Jung. „Aber das reicht nicht. Bund und Länder müssen die Kommunen deshalb schnellstmöglich nachhaltig und langfristig stärken. Dafür müssen wir uns in Deutschland an wirksame Reformen machen, die den Ausgabenwuchs der Kommunen bei den Sozialausgaben begrenzen. Wir brauchen dafür ein neues Miteinander von Bund, Ländern und Kommunen und ein gemeinsam vereinbartes Verständnis für Aufgaben und wer dafür verantwortlich ist. Es gilt, die knappen vorhandenen Mittel auf den einzelnen Ebenen wirkungsvoller einzusetzen. Solange die kommunalen Haushalte der Städte durch Gesetze und Standards weitgehend fremdbestimmt sind, können die Kommunen selbst nur kleinere Konsolidierungsbeiträge erbringen.“

Bayerische Zahlen

Laut Finanz- und Heimatminister Albert Füracker „zeigt die aktuelle Steuerschätzung für Bayern, die öffentliche Haushaltslage ist und bleibt enorm angespannt und damit weiter eine Herausforderung. Für 2025 besteht nach der diesjährigen Mai-Steuerschätzung kein Handlungsbedarf. Die solide Planung im Rahmen des Nachtragshaushalts 2025 zahlt sich insoweit aus.“

Für die Folgejahre ergebe sich nach den aktuellen Prognosen ein leichtes Plus von rund 0,1 Milliarden Euro für 2026 und ein leichtes Minus von rund 0,1 Milliarden Euro für 2027 ge-

genüber der Herbststeuerschätzung. „Wir sehen hier eine Seitwärtsbewegung auf sehr niedrigem Niveau“, erklärte Füracker. Für die Aufstellung des Doppelhaushalts 2026/2027 sei damit klar, „dass Wünschenswertes vor dem Notwendigen zurücktreten muss“. Es sei nicht die Zeit für Ausgabesteigerungen; vielmehr seien Ausgabendisziplin und weiterhin kluge Prioritätensetzung das Gebot der Stunde. „Daran halten wir im Rahmen unserer soliden Haushaltspolitik in Bayern auch in Zukunft fest“, unterstrich der Minister.

Außerplanmäßiger Kassensturz

Um die staatliche Einnahmehausbasis strukturell und nachhaltig zu stärken, braucht Deutschland aus seiner Sicht eine wirtschaftliche Trendwende. Die Politik der Ampel habe das Land zu einem wirtschaftlichen Schlusslicht unter den G7-Staaten gemacht. „Wir stehen vor dem dritten Jahr in Folge ohne Wachstum. Die neue Bundesregierung hat hier viel zu tun. Wir brauchen rasch effektive Maßnahmen, die das Land wieder in Schwung bringen“, machte Füracker deutlich.

Vor kurzem hatte CSU-Landtagsfraktionschef Klaus Holetschek wegen der sinkenden Steuereinnahmen in Bayern einen außerplanmäßigen Kassensturz und finanzielle Konsequenzen für künftige Projekte im Freistaat angekündigt. „Wir werden noch vor der Sommerpause eine Haushaltsklausur organisieren, um angesichts vermutlich sinkender Einnahmen zu klären: Wo gehen wir finanziell hin?“, erklärte Holetschek. Er werbe dafür, klar zu sagen, was sich der Staat noch weiter leisten könne und müsse. **DK**

Bilanzpressekonferenz Sparkasse Niederbayern-Mitte:

Starke Bilanz und klare Zukunftsstrategie

In einem wirtschaftlich von Unsicherheiten geprägten Jahr 2024 hat die Sparkasse Niederbayern-Mitte ein starkes Zeichen gesetzt: Mit einer Bilanzsumme von 5,6 Milliarden Euro, wachsendem Vertrauen der Kundschaft und stabiler Geschäftsentwicklung präsentiert sich das Institut als krisenfester Anker in der Region, wie Vorstandsvorsitzender Walter Strohmaier gemeinsam mit Verwaltungsratsvorsitzendem Landrat Werner Bumeder, Oberbürgermeister Markus Pannermayr, Landrat Josef Laumer, dem stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden Dr. Martin Kreuzer sowie Vorstandsmitglied Jürgen Kerber vor Pressevertretern betonte.

Besonders erfreulich sei das starke Wachstum im Einlagengeschäft. Mit einem Zuwachs von 3,9 Prozent stieg das Gesamtvolumen auf knapp 4 Milliarden Euro. „Noch nie zuvor haben sich so viele Menschen bewusst für uns als Finanzpartner entschieden“, erklärte Strohmaier. Dies sei Ausdruck eines tief verwurzelten Vertrauens gerade in Krisenzeiten.

Zugleich weist die Sparkasse mit einer Cost-Income-Ratio von 49,5 Prozent eine der besten Effizienzzahlen im bundesweiten Vergleich auf. Diese Kennzahl belegt, dass die Sparkasse Niederbayern-Mitte auch betriebswirtschaftlich zu den Top-Instituten ihrer Klasse zählt.

Trotz Herausforderungen wie abrupter Zinswende, regulatorischem Druck und wirtschaftlicher Eintrübung konnte die Eigenkapitalausstattung weiter verbessert werden. „Wir stehen heute mit einem kontinuierlich gestärkten Eigenkapital so gut da wie nie zuvor in den letzten 20 Jahren“, unterstrich der Vorstandsvorsitzende. Damit sei das Institut nicht nur für kurzfristige Schwankungen, sondern auch für langfristige Entwicklungen bestens gewappnet.

Hausbankprinzip

Zentrales Element des Geschäfts bleibe das Hausbankprinzip – die enge, persönliche

Beziehung zu den Kunden. „Vertrauen, Verlässlichkeit und Verständnis sind die Basis für nachhaltigen Erfolg – für uns und unsere Kundinnen und Kunden“, stellte Strohmaier fest.

Auch in Sachen Erreichbarkeit zeigt sich die Sparkasse bestens aufgestellt. An 41 Standorten bietet sie persönliche Beratung – „hochqualifiziert und nah am Menschen“, wie der stellvertretende Vorstand Dr. Martin Kreuzer hervorhob. Gleichzeitig wird das digitale Angebot konsequent ausgebaut: Die Sparkassen-App wurde 2025 erneut Testsieger und mit Bestnoten ausgezeichnet. Über sämtliche Kanäle hinweg, ob persönlich oder digital, steht die individuelle Beratung im Zentrum.

Über 80.000 geführte Beratungsgespräche im Jahr 2024 belegen, dass auch in einer zunehmend digitalen Welt der persönliche Kontakt nicht an Bedeutung verliert. „Wir setzen auf kompetente Beratung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt“, bemerkte Kreuzer.

Ein weiteres zentrales Thema ist für die Sparkasse Niederbayern-Mitte das nachhaltige und verantwortungsvolle Handeln – ökologisch, ökonomisch und gesellschaftlich. „Wir fördern Investitionen in eine nachhaltige Zukunft und tragen aktiv zur Transformation bei“, unterstrich Vorstandsmitglied Jürgen Kerber. Dabei gehe es nicht nur um ökologische Ziele, sondern auch um soziale Verantwortung in der Region. Ein Beleg dafür sei das traditionsreiche Spenden- und Sponsoring-Engagement der Sparkasse.

Mit einem Ertragssteueraufkommen von 15,3 Millionen Euro leistete die Sparkasse 2024 einen bedeutenden Beitrag zur Finanzierung des öffentlichen Lebens. Davon gingen 6,8 Millionen Euro direkt als Gewerbesteuer an die heimischen Kommunen.

„Wir sind stolz auf unsere Sparkasse“, erklärten die Verwaltungsratsvorsitzenden Bumeder, Pannermayr und Laumer unisono. Sie stehe für Stabilität, Verantwortung und Fortschritt in der Region – und sei damit weit mehr als nur ein Kreditinstitut. **DK**



Bestens abgesichert.

Frühzeitig vorsorgen mit der PlusPunktRente!

Die BVK Zusatzversorgung bietet mit der PlusPunktRente die optimale Absicherung fürs Alter – zusätzlich zu Ihrer Betriebsrente.

- hohe garantierte Rente
- staatliche Förderung
- keine Vermittlungsprovision
- flexible Beitragsgestaltung
- sichere Versorgung aus einer Hand



Beratungstermin

Jetzt informieren und beraten lassen!

Einfach QR-Code scannen und Beratungstermin vereinbaren.



BVK Bayerische Versorgungskammer
Zusatzversorgung

Jetzt anmelden!
UNSER NEWSLETTER
www.bvk-zv.de/Newsletter

Jetzt lesen!
UNSER MAGAZIN
www.bestens-abgesichert.de

Folgen Sie uns!
UNSERE SOCIAL MEDIA ACCOUNTS
bvkzusatzversorgung

Stiftung Warentest empfiehlt LBS Süd

„Das Leben ist eine Baustelle“ – so hat das Magazin „Stiftung Warentest Finanzen“ (Ausgabe 6/2025) seinen jüngsten Vergleich von Bauspartarifen betitelt. Das Thema: Wie kann man am besten für eine Modernisierung vorsorgen, die in einigen Jahren ansteht. Mehr als 140 Tarifvarianten aller deutschen Bausparkassen haben die Verbraucherschützer untersucht. Dabei haben sie sechs Modellfälle unter die Lupe genommen. Die LBS Süd hat mit ihren Tarifangeboten eine Spitzenbewertung erhalten.

Die Empfehlung lautet: „Wenn in den kommenden Jahren eine Modernisierung an Ihrem Haus oder Ihrer Wohnung ansteht, kann ein Bausparvertrag eine sinnvolle Investition sein.“

Verglichen mit Bankkrediten sind die Konditionen aktuell günstig und Sie sichern sich damit für den Fall ab, dass die Kreditzinsen steigen.“ Weiter heißt es: „Eine echte Allrounderin ist die LBS Süd: Sie schafft es in allen sechs Modellfällen in die Top 5 und bietet für die Finanzierung all unserer Projekte einen empfehlenswerten Tarif.“

Seit Oktober vergangenen

Jahres hat die LBS Süd ein neues Tarifangebot. Kundinnen und Kunden in Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz können aus insgesamt sechs Varianten wählen, die auf unterschiedliche Kundenbedürfnisse ausgerichtet sind – vom Eigenkapitalaufbau über die Finanzierung der eigenen vier Wände bis hin zu Modernisierungs- und Energiesparmaßnahmen. Angeboten wird erstmals auch eine Tarifvariante, welche die Verwendung für bestimmte energieeffiziente Maßnahmen mit einem aktuell um 0,3 Prozentpunkte vergünstigten Darlehenszins belohnt. **DK**

Gutes Jahr für die Förderprofis der bayerischen Sparkassen:

2,3 Mrd. Euro an Förderkrediten ausgereicht

Die Sparkassen-Finanzgruppe hat bei der Vergabe von Förderkrediten im Freistaat erneut ein sehr hohes Volumen erreicht. Förderkredite helfen beim ökologischen Umbau, bei gewerblichen Innovations- und Digitalisierungsmaßnahmen, beim Unternehmensstart und sie tragen immer wieder in Sonderprogrammen zur wirtschaftlichen Bewältigung von Krisensituationen bei.

2024 haben die bayerischen Sparkassen in Kooperation mit der BayernLB Darlehen der LfA Förderbank Bayern, der KfW und der Landwirtschaftlichen Rentenbank ein Gesamtvolumen von 2,3 Mrd. Euro an Förderkrediten ausgereicht. Mit einem Marktanteil von 42,9 Prozent beim Volumen konnte die Spar-

kassen-Finanzgruppe sich wieder als Marktführer behaupten.

Fachexpertise und Kundennähe

Für ihren großen Beitrag zu diesem Erfolg wurden wieder besonders engagierte Sparkassen in München mit dem „För-

derprofi“ ausgezeichnet. „Bayerns Sparkassen und die BayernLB sind im Verbund auch im Fördergeschäft sehr gut aufeinander eingespielt. Förderdarlehen für Kunden bestmöglich in die Finanzierung einzubinden, erfordert hohe Fachexpertise und Kundennähe der Berater. Die hohe Förderkompetenz und das gute Teamwork in der Sparkassen-Finanzgruppe zahlen sich für Privatkunden ebenso aus wie für landwirtschaftliche Betriebe oder mittelständischen Unternehmen. Dies ist auch ein Beitrag zu den großen Herausforderungen und Transformationen, vor denen unsere Wirtschaft steht.“, sagte Gero Bergmann, der im Vorstand der BayernLB das Sparkassengeschäft verantwortet.

Stefan Proßer, Vizepräsident des Sparkassenverbands Bayern: „Ein Förderprofi zu sein heißt, die verschiedenen Bausteine geschickt zu kombinieren, so dass unsere Kunden sicher sein können, dass sie den für sie jeweils bestmöglichen Finanzierungsmix bekommen. Voraussetzung dafür ist, dass Beraterinnen und Berater genau wissen, welche Förderungen auf welche Weise optimal in eine Finanzierung eingebunden werden können, und dass der Gesamtprozess rund und schnell

abläuft. In der bewährten Zusammenarbeit zwischen Sparkassen und BayernLB arbeiten alle Beteiligten auf höchstem professionellen Niveau Hand in Hand. Vor Deutschland liegen jetzt so viele Aufgaben im unternehmerischen wie im privaten Bereich. Da ist jede reibungslose, unterstützende Förderung wesentlich.“

Auszeichnung der „Förderprofis“

Die Auszeichnung „Förderprofi“ vergibt die BayernLB jährlich. Sie würdigt damit die engagiertesten Institute im Fördergeschäft in jedem Regierungsbezirk. Gemessen an der Neugeschäftsquote (Anteil Förderkreditzusagen am Kreditneugeschäft) waren das im Jahr 2024 die Sparkasse Allgäu, die Sparkasse Rottal-Inn, die Sparkasse Forchheim, die Sparkasse Nürnberg, die Kreis- und Stadtparkasse Wasserburg am Inn, die Vereinigten Sparkassen im Landkreis Schwandorf und die Sparkasse Bad Kissingen.

Des Weiteren wurde der Sparkasse Rottal-Inn der Förderprofi „Nachhaltigkeit“ verliehen. Sie wies die höchste Zusagequote für Förderprogramme aus, die auf Energieeffizienz und Umweltschutz einzahlen, diese hatte auch gleichzeitig das höchste Zusagevolumen aller in Bayern tätigen Sparkassen erreicht.

Die KfW verlieh darüber hinaus einen Sonderpreis für die höchste Neugeschäftsquote von KfW-Programmen in Bayern an die Sparkasse Deggendorf. □

Regulatorische Proportionalität rückt stärker in den Blick der BaFin:

GVB begrüßt geplante Entlastungen für Regionalbanken

Zustimmend hat der Genossenschaftsverband Bayern (GVB) auf die Ankündigung von BaFin-Präsident Mark Branson auf der Jahrespressekonferenz der Aufsicht reagiert, kleinere Regionalbanken regulatorisch entlasten zu wollen. So sollen Vergaben der europäischen Bankenaufsicht EBA zur Nachhaltigkeit nicht vollständig umgesetzt werden. „Das ist ein wichtiger Schritt. Banken können nicht als Hilffsheriff benutzt werden, um politische Ziele zu erreichen“, betonte GVB-Präsident Stefan Müller in München.

Erhebliche Belastungen

„Schon jetzt sind die bürokratischen Belastungen erheblich, und die gebotene Proportionalität ist nicht ausreichend gewahrt. Dass nun auch der Regulator dies erkennt und konkrete Schritte ankündigt, ist zu begrüßen“, ergänzte Müller. Er forderte die BaFin zudem dazu auf, auch bei anderen EBA-Vorgaben genauer hinzusehen. Diese seien oft weder praxistauglich noch verhältnismäßig. Denn sie orientierten sich an der Realität großer, international agierender Institute.

„Wenn der deutsche Regulator europäische Vorgaben ohne Verpflichtung in der Regel eins zu eins übernimmt, stellt er sich selbst infrage. Aufgabe der BaFin ist es, eine Regulierung zu gestalten, die passgenau für die deutsche Bankenlandschaft ist. Diese ist wesentlich geprägt von kleinen, regional tätigen Instituten wie den Volks- und Raiffeisenbanken. Dass die BaFin das nun erkennt, ist zu begrüßen“, sagte Müller.

Mindestanforderungen an das Risikomanagement

Ebenso positiv beurteilt Müller, dass sich die BaFin auch bei den Mindestanforderungen an das Risikomanagement der Banken (MaRisk) kritisch mit der eigenen Praxis auseinandersetzt. Durch Vereinfachung könne mehr Effizienz und mehr Proportionalität erreicht werden.

Aus Sicht des GVB bedeutet das, regulatorische Auflagen dort zurückzufahren, wo sie keinen Beitrag zur Finanzstabilität leisten. Anzustreben sei zudem ein eigenes Regulierungsregime, das maßgeschneidert auf die



GVB-Präsident Stefan Müller. □

Risiken kleiner, regionaler Institute wie Volksbanken und Raiffeisenbanken zugeschnitten ist.

One-Size-Fits-All-Ansatz ist überholt

„Der bisherige One-Size-Fits-All-Ansatz in der Regulierung, bei dem Volks- und Raiffeisenbanken ebenso behandelt wurden wie international tätige Institute, passt nicht in die heutige Zeit und wird den Besonderheiten des deutschen Bankenstandorts nicht gerecht“, kritisierte Müller. □

Bilanz der VR Bayern Mitte:

Auf Erfolgskurs

Mit einem kräftigen Wachstum, einer klaren regionalen Ausrichtung und Innovationsgeist in neuen Geschäftsfeldern blickt die Volksbank Raiffeisenbank Bayern Mitte eG auf ein äußerst erfolgreiches Geschäftsjahr 2024 zurück. Die Genossenschaftsbank mit Hauptsitz in Ingolstadt und 42 Standorten konnte nicht nur ihre finanziellen Kennzahlen deutlich verbessern, sondern positionierte sich auch als digitaler Vorreiter und verlässlicher Partner in der Region. „Die Zahlen bestätigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind“, hob Vorstandsvorsitzender Andreas Streb hervor. Gemeinsam mit seinem Vorstandskollegen Helmut Kundinger zog er eine überaus positive Bilanz.

Im Vergleich zum Vorjahr hat die VR Bayern Mitte ihre Bilanzsumme um beachtliche 5,3 Prozent auf 5,9 Milliarden Euro gesteigert. Damit rangiert sie auf Platz 37 unter den insgesamt 670 Genossenschaftsbanken in Deutschland und ist die Nummer zwei in Bayern. Doch Größe ist für die Bank kein Selbstzweck. Vielmehr verweist man im Vorstand stolz auf die enge regionale Verankerung: „Unsere 42 Standorte garantieren Kunden- und persönliche Beratung“, unterstrich Kundinger.

Das betreute Kundenvolumen, die Summe aller Einlagen, Kredite und Wertpapiere, wuchs um 4,6 Prozent auf 12,2 Milliarden Euro. Besonders erfreulich entwickelten sich auch die Kreditgeschäfte: Die gewerblichen Finanzierungen und privaten Baufinanzierungen legten um 3,9 Prozent auf 4,2 Milliarden Euro zu. Auch die Kundeneinlagen stiegen um 2,7 Prozent auf ebenfalls 4,2 Milliarden Euro.

Umfassender Omnikanal-Ansatz

Stichwort Kundenverhalten: „Viele Menschen kommunizieren heute anders mit ihrer Bank – online, mobil, hybrid“, stellte Streb fest. Die Bank reagiert auf diesen Wandel mit einem umfassenden Omnikanal-Ansatz. Ob vor Ort, telefonisch, digital oder per App: Die VR Bayern Mitte will überall erreichbar sein. Dafür braucht es nicht nur Technik, sondern qualifiziertes Personal. „Wir bilden unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbst aus – sei es in klassischen Bankberufen, in der IT oder im Dialogmarketing“, so Streb.

Mit über 175.000 Kundinnen und Kunden, darunter rund 85.670 Mitglieder, setzt die VR Bayern Mitte auf persönliche Beratung und maßgeschneiderte Lösungen. „Ob Finanzierung oder Geldanlage – wir wollen für jeden die passende Antwort finden“, erläuterte Kundinger.

Besonders erfreulich ist für

die Bank auch die Entwicklung im zinsunabhängigen Geschäft. Mit einem Zuwachs von 14,1 Prozent wurde ein Provisionsüberschuss von 35,6 Millionen Euro und damit ein neuer Rekordwert erzielt. Gestiegen ist auch die Nachfrage nach Versicherungen, Wertpapieren und Fonds. Das klassische Bausparen erlebt angesichts der gestiegenen Zinsen ein Comeback.

Allerdings macht sich die allgemeine konjunkturelle Lage bemerkbar. Streb zufolge ist bei privaten Anschaffungen und beim Thema Hausbau eine gewisse Zurückhaltung zu beobachten. Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland dämpfen nach Einschätzung des Vorstands derzeit die Investitionsbereitschaft. „Auch politisch gibt es wenig Impulse, die für Euphorie sorgen würden“, ergänzte Kundinger.

„Bitcoin-Bank“

In den vergangenen Jahren hat sich die VR Bayern Mitte einen Namen als „Bitcoin-Bank“ gemacht. Vorstandschef Streb gilt als ausgewiesener Krypto-Experte. Das bankeigene Handelsportal verzeichnete 2024 erneut deutliche Zuwächse. Beim zweiten BitcoinForum der Bank in Ingolstadt kamen über 1.500 Interessierte zusammen.

Auch im Immobiliensektor werden Akzente gesetzt. Mit einem Engagement von aktuell rund 350 Millionen Euro hat sich die VR Bayern Mitte als Player am regionalen Markt etabliert. Die Zielmarke liegt bei 500 Millionen Euro, was zehn Prozent der Bilanzsumme entspricht.

Im Jahr ihres 130-jährigen Bestehens zeigt sich die Bank nicht nur wirtschaftlich stark, sondern auch gesellschaftlich engagiert. 2024 wurden insgesamt 420.000 Euro an Spenden in der Region verteilt. Anlässlich des Jubiläums wird zusätzlich ein Spendentopf von 130.000 Euro bereitgestellt. Vereine und Organisationen können sich online bewerben. DK

Haus des Stiftens feiert Jubiläum

Das Haus des Stiftens blickt dieses Jahr auf 30 Jahre wirksamen Einsatz für den gemeinsamen Sektor zurück. 1995 gegründet, begleitet das Sozialunternehmen Non-Profit-Organisationen, Unternehmen und engagierte Privatpersonen auf ihrem Weg zu mehr gesellschaftlicher Wirkung.

Seit der Gründung hat sich das Haus des Stiftens zu einer zentralen Plattform für wirkungsvolles Engagement entwickelt – mit digitalen Lösungen, Beratung und wirkungsorientierten Angeboten. Heute verwaltet das Haus des Stiftens über 1.600 gemeinnützige Stiftungen mit einem Gesamtvermögen von mehr als 1,3 Milliarden Euro. Seit seiner Gründung wurden durch die im Haus betreuten Stiftungen insgesamt 680 Mio. Euro für gemeinnützige Projekte ausgeschüttet.

Ein weiterer Schwerpunkt liegt in der Begleitung zahlreicher Unternehmen, die entscheidend zum Gemeinwohl in Deutschland beitragen: Bis heute wurden Geld-, Wissens- und IT-Spenden im Gesamtwert von rund 650 Millionen Euro über das Haus des Stiftens an gemeinnützige Organisationen

vermittelt. Ein direkter Beitrag zu Digitalisierung und Professionalisierung im Non-Profit-Bereich.

Beispiel für strukturelle Innovation sind die Vermögenspooling-Fonds, die das Haus des Stiftens vor zehn Jahren initiierte: Die offenen Investmentfonds ermöglichen seit 2015 insbesondere kleineren und mittleren Organisationen einen professionellen Zugang zum Kapitalmarkt – mit günstigen Konditionen, hoher Transparenz und gebündelter Expertise.

„In den vergangenen 30 Jahren haben wir erlebt, wie viel möglich ist, wenn Menschen gemeinsam an Lösungen arbeiten“, so Philipp Hof, Geschäftsführer und Mitgründer des Hauses des Stiftens. „Unsere Aufgabe ist es, dieses Engagement zu erleichtern und zu stärken.“ □

Auftaktveranstaltung Demografie-Kompetenzzentrum Oberfranken:

Rund 1 Mio. Euro für die Zukunft Oberfrankens

„Der demografische Wandel zeigt sich in unterschiedlichsten Facetten und bringt vielfältige Aspekte mit sich, die maßgeschneiderte Lösungen – auch auf regionaler Ebene – erfordern. Das Demografie-Kompetenzzentrum der Entwicklungsagentur Oberfranken Offensiv ist Vorbild für ganz Bayern – es leistet seit über acht Jahren einen wertvollen Beitrag für die positive Entwicklung Oberfrankens. Durch eine Vielzahl von Projekten werden dort kreative Impulse vor Ort gesetzt und damit ein zentrales Anliegen unserer bayerischen Heimatstrategie unterstützt: Die Schaffung und Erhaltung gleichwertiger Lebensverhältnisse und Arbeitsbedingungen in Stadt und Land für ganz Bayern“, freute sich Finanz- und Heimatminister Albert Füracker anlässlich der Auftaktveranstaltung des Demografie-Kompetenzzentrums Oberfranken.

„Unser Ziel ist es, die Chancen des demografischen Wandels optimal zu nutzen. Mit der Förderung des ‚Trafo‘ bauen wir die Kompetenzen in Oberfranken nachhaltig aus – für eine zukunftsgerichtete und nachhaltig gesicherte hohe Lebensqualität“, so Füracker.

Aktuelles Projekt: Trafo

„Seit über 25 Jahren ist der Freistaat starker Partner des Vereins Oberfranken Offensiv e.V. Ich freue mich besonders, dass wir auch das neue Demografie-Projekt ‚Zentrum für Transformation und Change-Management Oberfranken‘ mit 993.500 Euro unterstützen können. Dieses Projekt wird in den kommenden Jahren Kommunen bei den anstehenden Transformationsprozessen unterstützen, um so die Auswirkungen des demografischen Wandels aktiv steuern und gestalten zu können. Herzlichen Dank für das große Engagement an den Verein Oberfranken Offensiv e.V., insbesondere seinen beiden Vorsitzenden Herrn Bezirkstagspräsidenten Henry Schramm und Herrn Regierungspräsidenten Florian Luderschmid. Gemeinsam setzen wir den Erfolgskurs für eine attraktive Zukunft Oberfrankens fort“, betonte Finanz- und Heimatstaatssekretär Martin Schöffel bei der Übergabe des Förderbescheids an den Projektträger Oberfranken Offensiv e. V. in Bayreuth.

Auch Regierungspräsident Florian Luderschmid, Vorsitzender von Oberfranken Offensiv e.V., betonte in seiner Ansprache: „Wir erwarten uns vom Zentrum für Transformation und Change-Management, dass wir den demografischen Wandel auch künftig konstruktiv begleiten und neue Impulse setzen können“. Neben dem Rückgriff auf bewährte Konzepte sollen künftig neue Themenschwerpunkte gesetzt werden – mit dem Ziel, Netzwerke aufzubauen und zu stärken, die Eigeninitiative der Kommunen zu fördern und innovative Lösungen für die Herausforderungen des demo-

grafischen Wandels zu entwickeln.

Der demografische Wandel gehört zu den großen gesellschaftlichen Zukunftsthemen.



Finanzminister Albert Füracker. □

Das Demografie-Kompetenzzentrum Oberfranken setzt sich für demografiefeste und zukunftsfähige Strukturen in Oberfranken ein. Das Bayerische Heimatministerium unterstützte die bedeutungsvolle Arbeit des Demografie-Kompetenzzentrums Oberfranken von Beginn an mit einer Fördersumme von bisher insgesamt rund 2,5 Millionen Euro.

Transfer erfolgreicher Best-Practices

Das aktuelle Projekt „Demografie-Kompetenzzentrum Oberfranken: Trafo – Zentrum für Transformation und Change-Management Oberfranken“ des Projektträgers Oberfranken Offensiv e. V. unterstützt Kommunen im Umgang mit dem demografischen Wandel. Beispielsweise durch Sensibilisierung für dessen Wirkung und entstehende Gestaltungsmöglichkeiten, die Begleitung und Durchführung von Demografie-Projekten, den Austausch und Transfer erfolgreicher regionaler und überregionaler Best-Practices sowie die Vernetzung regionaler und überregionaler Akteure. □

Deutscher Sparkassentag in Nürnberg:

„Zukunft machen“

Die Sparkassen-Finanzgruppe positioniert sich als Impulsgeber für eine wirtschaftlich und gesellschaftlich erneuerte Bundesrepublik. Unter dem Leitmotiv „Zukunft machen“ forderten der Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes (DSGV) Präsident Prof. Ulrich Reuter, und der bayerische Gastgeber Matthias Dießl beim Deutschen Sparkassentag in Nürnberg nicht weniger als einen gesellschaftlichen Neustart – getragen von Investitionen, Bürokratieabbau und einer ehrlichen Reformbereitschaft.

„Wir haben alle Voraussetzungen für einen modernen, wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort“, hob DSGV-Chef Reuter hervor. Der Mittelstand sei in seiner Breite auskömmlich finanziert und Deutschland einer der innovativsten Wirtschaftsstandorte. Auch die Infrastruktur sei mit Schienen, Straßen und Schifffahrtswegen grundsätzlich vorhanden und müsse nur in Teilen neu in Stand gesetzt werden.

Bürokratiefesseln lösen, Strukturreformen einleiten

Deutschland brauche einen Zukunftsplan, der verlässlich abgearbeitet werde. „Es muss darum gehen, endlich die Bürokratiefesseln zu lösen und Strukturreformen einzuleiten. Nicht jedes Detail muss geregelt werden. Strukturreformen sind die Basis, damit die notwendigen Investitionen ihre Wirkung entfalten können“, so Reuter. Der DSGV-Präsident kündigte an, dass die Sparkassen hier ihren Beitrag leisten werden: „Allein die 343 deutschen Sparkassen vergeben in vier Jahren so viele neue Kredite, wie die öffentliche Hand über den Sonderkredit ‚Infrastruktur und Klimaschutz‘ in zwölf Jahren zusätzlich investieren will – rund 500 Milliarden Euro. Und wir könnten noch viel mehr Kredite vergeben, wenn die Aufsicht die zur Aufarbeitung der Finanzmarktkrise eingeführten Eigenkapitalanforderungen auf das wirklich notwendige Maß zurückschrauben würde.“ Die Absenkung des systemischen Risikopuffers für Wohnimmobilien sei hier ein erster Schritt gewesen.

Wohnungsmarkt im Blick

Im Wohnungsmarkt werde die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage immer größer, erläuterte Reuter. Es müssten deutlich mehr Wohnungen entstehen – von den eigenen vier Wänden über den frei finanzierten Wohnungsbau bis hin zu Sozialwohnungen. Dazu müssten überzogene baurechtliche und energetische Standards zurückgeschnitten und die Wohnungseigentumsförderung kräftig aus-

gebaut und zielgenauer ausgestaltet werden.

Um den Wohlstand und die Stabilität der sozialen Sicherungssysteme zu erhalten, sei es künftig zudem notwendig, alle möglichen Arbeitspotenziale zu nutzen. Reuter: „Alle werden in Zukunft etwas mehr beitragen müssen. Manche durch Kapital, auch durch Abgaben, andere durch mehr Arbeit. Wir brauchen eine gezielte Zuwanderung in den Arbeitsmarkt durch Menschen, die hier am Erwerbsleben teilnehmen, sich eine Zukunft aufbauen und so zum gemeinsamen volkswirtschaftlichen Vermögen beitragen wollen.“ Gemeinsam sei es möglich, das Land nach vorn zu bringen und damit einen wichtigen Beitrag zu leisten, Europa wettbewerbsfähig und auf Augenhöhe mit anderen wichtigen Wirtschaftsräumen zu halten.

Private Altersvorsorge stärken

„Wer arbeitet, muss sich aus eigener Kraft einen sicheren Lebensstandard aufbauen und ihn halten können. Deshalb muss die Vorsorge durch Aufbau eigenen Vermögens, insbesondere die private Altersvorsorge, durch bessere Anreize deutlich gestärkt werden. Die Schaffung eines Altersvorsorgedepots ohne Garantien wäre ein entscheidender Fortschritt“, machte der deutsche Sparkassenpräsident deutlich. Marktangebote müssten dabei Vorrang vor staatlichen Angeboten haben.

„Ich sehe auch die von der Koalition vorgesehene ‚Frühstart-Rente‘ mit Zuschüssen für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren als wichtiges Instrument, um deren Rente abzusichern“, unterstrich Reuter. „Menschen mit geringem Einkommen verdienen ein besonderes Augenmerk der Politik bei der Vermögensbildung. Sie brauchen bessere Anreize zum Vermögensaufbau. Mit der Förderung von vermögenswirksamen Leistungen und der Wohnungsbauprämie sind die Instrumente vorhanden. Sie müssen aber durch Anpassung der Einkommensgrenzen und der Zulagen

breitenwirksamer gestaltet werden.“

Mit Blick auf die digitale Erneuerung Deutschlands wies der DSGV-Chef darauf hin, dass die Sparkassen-Finanzgruppe mit der Finanz Informatik GmbH & Co. KG (FI) den größten internen IT-Dienstleister in Deutschland als Digitalisierungspartner an seiner Seite habe. Reuter: „Mit unseren Leistungen werden wir die digitale Souveränität der EU unterstützen und damit Europa unabhängiger von globalen Tech-Unternehmen machen. Das gilt besonders für die digitale Identität und Payment-Angebote. Schon heute kann digital mit dem Euro bezahlt werden. Einen Digitalen Euro braucht es dazu wirklich nicht. Wir können aber die eher theoretischen EZB-Pläne mit dem echten Leben verbinden. Mit der europäischen Payment-Initiative ‚Wero‘, die das Ziel hat, eine kontobasierte, europäische Alternative zu US-Plattformen wie PayPal und Apple Pay zu etablieren.“

Finanzierungspartner für den Mittelstand

„Wir selbst sehen uns als eine große und mitentscheidende Kraft im Aufbau und in der Bereitstellung finanzieller Mittel, die in die an so vielen Stellen notwendigen Investitionen fließen müssen. Die 56 bayerischen Sparkassen stehen von Aschaffenburg bis Garmisch als Finanzierungspartner für den Mittelstand und die Menschen in ihrer Heimat bereit, um einen Umschwung zu gestalten. Wir packen kräftig mit an“, hob Matthias Dießl, Präsident des Sparkassenverbandes Bayern, hervor.

Bayern benötige aber auch seinen Anteil am Infrastruktur-Sondervermögen, an vielen Stellen gebe es Investitionsbedarf, die Kommunen müssten viel investieren, fuhr Dießl fort. Auch im Freistaat warteten viele Bau- und Sanierungsvorhaben auf Finanzierung. Vor allem in Schulen und Krankenhäusern sei der Investitionsstau groß, der Ausbaubedarf bei Kitas weiterhin hoch. Straßen und Brücken seien auch im Freistaat ein Thema, dem frühzeitig Rechnung getragen werden müsse. Dass Bayern nunmehr den Zuschlag für 15,6 Milliarden bekommen habe, sei richtig und wichtig, um die Grundlage für eine funktionierende Wirtschaft zu sichern.

„Unser Land muss dringend auf allen staatlichen Ebenen schlanker, schneller und damit

leistungsfähiger werden“, bemerkte Dießl. Notwendig sei der Abbau von Bürokratie, in Deutschland wie in Europa. Der SVB-Präsident sprach sich in diesem Zusammenhang für eine Abschaffung des Lieferkettensorgfaltsgesetzes und eine Überprüfung der ESG-Berichtspflichten aus. Das One-in-two-out-Prinzip sollte aus seiner Sicht neu interpretiert werden.

Politik muss auch Anwalt der Sparkassen sein

Bayerns Ministerpräsident Dr. Markus Söder bezeichnete die Sparkassen als verlässlichen Partner für Wirtschaft und Kommunen. Durch ihre regionale Verankerung seien sie ein Stabilisator im finanziellen Sektor und hätten dazu beigetragen, finanzielle Krisen zu überstehen. Allein deswegen müsse Politik immer auch Anwalt der Sparkassen sein. Söder warnte vor Einlagensicherungen, die das Sparguthaben angreifen und plädierte für die Erhaltung des Bargelds, bedeute dies doch „gelebte Freiheit“.

Darüber hinaus rief er zu einem bedächtigen Umgang mit den von Bundestag und Bundesrat beschlossenen Investitions-Milliarden auf. Das Geld dürfe nicht wahllos verteilt werden. Die Politik habe lediglich einen Schutzschirm gespannt, der es ermögliche, reaktionsfähig zu bleiben.

Über das bloße Ausgeben von Geld müsse aber vor allem auf die Zukunft gesetzt werden, stelle Söder klar. Technologieförderung laute das Zauberwort. Steuern und Energiekosten seien zu senken, Bürokratie müsse abgebaut werden, um mehr Freiraum für wirtschaftliches Handeln zu schaffen. „Wir müssen abzubauen, was uns den Mut

nimmt“, so der Ministerpräsident.

Kanzleramtschef Thorsten Frei beschwor die wirtschaftliche Kraft Deutschlands und forderte in Anlehnung an die Rede von Sparkassenpräsident Ulrich Reuter die Bürger auf, gemeinsam diesem Ziel alles unterzuordnen. Um die Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu stärken, seien vor allem Strukturreformen und der Anstoß für Investitionen unverzichtbar. Vor allen Dingen müsse das Umfeld für private Investitionen stimmen. Denn der Staat sei nicht der bessere Unternehmer. „Wir brauchen schlanke Strukturen und Partner, die viele Dinge besser können als der Staat“, erklärte Frei. Er versprach, dass vor allem Unternehmen von den Reformen profitieren sollen und nannte einige bereits im Koalitionsvertrag vorgesehene Änderungen. Unter anderem werde es verbesserte Abschreibungsregeln und eine Reform der Körperschaftsteuer geben. Ebenso soll das Arbeitszeitgesetz mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeit erneuert werden.

Digitalisierungsagenda

Karsten Wildberger, neuer Minister für Digitales und Staatsmodernisierung, stellte drei Kernpunkte seiner Digitalisierungsagenda vor. Im Mittelpunkt stehe der digitale Staat, der schlanker und gleichzeitig einfacher und damit schneller sein müsse. Digitale Lösungen würden für jede Verwaltung nur in einer Form angeboten. Dass jede Kommune ihre eigene Software nutze, werde es nicht mehr geben.

Um Digitalisierung effizient zu nutzen, müsse die digitale Infrastruktur weiterhin mit Nachdruck verbessert werden. Da-

zu zählten die Einrichtung von Rechenzentren und der Ausbau des Glasfasernetzes. Gleichzeitig sollten inländische Dienstleister unterstützt werden, die zum Beispiel eigene Clouddienste anbieten, so dass der Markt nicht allein von ausländischen Tech-Unternehmen dominiert werde.

Die Nutzung digitaler Technik soll aus Wildbergers Sicht für Unternehmen generell erleichtert werden. Firmen müsse erlaubt sein, bestimmte Dinge auch einmal auszuprobieren. Zu viel werde derzeit durch Regulierung verhindert – siehe Datenschutz.

Bankenunion weiterentwickeln

Michael Schrodi, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, betonte die Bedeutung der Sparkassen-Finanzgruppe: 50 Millionen Kunden, 2 Millionen Unternehmen unterhielten eine Geschäftsbeziehung. Den Austausch der Sparkassen sieht Schrodi als sehr wertvoll an, da die Sparkassen auch immer ein „Seismograf der Stimmung vor Ort“ seien.

Wesentlich für die Bundesregierung seien zwei Ziele: Bewährte nationale Systeme für kleine und mittlere Banken müssten erhalten bleiben. Dies gelte vor allem auch für die Institutssicherungssysteme der Sparkassen- und Genossenschaftsbanken. Zudem sei es notwendig, das Prinzip der vorrangigen Haftung zu erhalten – „die entscheidende Lehre aus der Finanzkrise“. Für das BMF steht laut Schrodi fest: Die Bankenunion muss weiterentwickelt werden. Zunächst gehe es jetzt aber darum, die CMDI-Arbeiten abzuschließen. Erst danach sollte man sich weiteren denkbaren Elementen zuwenden. **DK**

Gemeinsam gegen Wasserschäden

Versicherungskammer mit strategischer Beteiligung an Spezialisten für datenbasierte Prävention SURU

SURU und die Versicherungskammer vertiefen die bestehende Zusammenarbeit im Bereich der Leitungswasser-Schadenprävention. Die Versicherungskammer beteiligt sich mit einer strategischen Investition an SURU. Der Software-Spezialist für Leitungswasser-Schadenprävention ist Teil der LIXIL Corporation, einem Hersteller richtungweisender Wassertechnologien und Gebäudeausstattung.

Das Geschäftsmodell des Unternehmens reduziert Leitungswasserschäden in Gebäuden basierend auf einer digitalen Zähler-Infrastruktur (Advanced Metering Infrastructure) mit intelligenten Wasserzählern.

Mehr Sicherheit für das Zuhause

Statistisch kommt es in Deutschland alle 30 Sekunden zu einem Leitungswasserschaden. Gemeinsam möchten die Versicherungskammer und SURU die Prävention weiter stärken. Die SURU-Services werden auch anderen Versicherungsunternehmen für deren Kunden angeboten.

Die SURU-Technologie in den „SURU-ready-Zählern“ ermöglicht die datenbasierte Identifikation von Leitungswasserschäden und schützt damit Gebäude vor Schäden. Hierzu kooperiert SURU mit führenden Zähler-Herstellern und Versorgern, um langfristig möglichst vielen Bürgern mehr Sicherheit für ihr Zuhause bieten zu können.

Schutz und Transparenz

Nutzerinnen und Nutzer profitieren von frühzeitig entdeckten Wasserschäden und Transparenz über deren Wasserverbrauch. Die Kooperation leistet gleichzeitig einen wichtigen Beitrag zu einem nachhaltigen Umgang mit Wasser. □

„Mit dieser Partnerschaft setzen wir langfristig neue Maßstäbe in der Leitungswasser-Schadenprävention“, erklärt Sigrid Reichardt, Leiterin Sachversicherung Konzern Versicherungskammer. „Die innovative Technologie von SURU ermöglicht es, unseren Kundinnen und Kunden erstklassigen Schutz und Transparenz zu bieten und gleichzeitig unsere Position als exzellenter Gebäudeversicherer auszubauen.“

Starker Partner

Helmut Rieger, Leader SURU, kommentiert: „Ich freue mich, die bisherige strategische Partnerschaft weiter zu vertiefen. Mit der Versicherungskammer haben wir einen starken Partner an unserer Seite, um die Entwicklung nachhaltiger, technologiebasierter Lösungen für den präventiven Schutz vor Leitungswasserschäden weiter voranzutreiben.“



VERSICHERUNGSKAMMER BAYERN

Ihr verlässlicher Partner, egal was kommt.

Sicherheit unter dem blauen Schirm.

Finanzgruppe

Bayerns Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften:

Höherer Gesamtumsatz trotz schwacher Konjunktur

Die deutsche Volkswirtschaft bewegt sich am Rande der Rezession. Die 1.044 genossenschaftlichen Unternehmen in Bayern konnten sich im Jahr 2024 trotz des fehlenden konjunkturellen Rückenwinds abermals gut behaupten. Sie steigerten ihre Umsätze von 16,6 Milliarden Euro (bereinigte Zahlen) um fast 3,2 Prozent auf knapp über 17 Milliarden Euro. „Die mittelständischen genossenschaftlichen Unternehmen beweisen einmal mehr ihre Widerstandsfähigkeit in wirtschaftlich schwierigen Zeiten“, sagte Stefan Müller, Präsident des Genossenschaftsverbands Bayern (GVB), in München.

Das Gründungsgeschehen blieb mit 33 Gründungen auf hohem Niveau – konnte aber den außergewöhnlichen Gründungsboom des Vorjahres mit 51 Gründungen nicht ganz erreichen. „Das Interesse an Genossenschaftsgründungen bleibt hoch. Denn das Genossenschaftsmodell bietet Lösungen für viele aktuelle Herausforderungen der Menschen und ihrer Regionen. Angesichts der hohen wirtschaftlichen Volatilität stellen aber viele ihr Vorhaben zurück und warten erst einmal ab“, betonte Müller.

Energie

Einen Umsatz in Höhe von 431,1 Millionen Euro erwirtschafteten die 346 (2023: 329) Energiegenossenschaften, nach 461,5 Millionen Euro im Vorjahr – ein Rückgang um 6,6 Prozent. Dieser Umsatzrückgang ist zum einen auf geringere Strompreise, zum anderen auf eine geringere Stromausbeute zurückzuführen. Gegenüber 2023 gingen die nutzbaren Sonnenstunden in 2024 deutlich zurück. Hinzu kommt: An Tagen, an denen die Sonne scheint und der Wind weht, kommt es immer wieder zur Abschaltung von Anlagen, da die Netze die Strommengen nicht aufnehmen können. „Das zeigt deutlich, wo es derzeit bei der Energiewende hakt. Der Netzausbau muss beschleunigt werden und die regionale Vermarktung von Strom gilt es zu fördern“, forderte Müller.

Während in zurückliegenden Jahren auch kleinere Anlagen wirtschaftlich errichtet und betrieben werden konnten, geht der Trend inzwischen zu größeren Einheiten. Zudem sind Windenergieprojekte aufwendiger und mit deutlich höheren Kosten verbunden als Solarparks. Daher rechnet der GVB in den kommenden Jahren im Bereich Energie mit Fusionen unter den Genossenschaften, damit diese

die notwendige kritische Größe erreichen und größere Projekte stemmen können. Offen ist zudem die Zukunft von Anlagen, die nach 20 Jahren aus der Ausbauförderung fallen.

Unter den Neugründungen hält der Trend zu Wärme-genossenschaften weiter an. Deren Zahl legte von 143 auf 157 zu. Die Umsatzsteigerung fiel durch die Nachverdichtung von Baugebieten und damit neue Anschlüsse höher aus als erwartet. Im Zuge der kommunalen Wärmeplanung wird genossenschaftlichen Wärmenetzwerken eine weiter steigende Bedeutung zuwachsen.

„Energiegenossenschaften stehen für echte Bürgerbeteiligung. Bürgerinnen und Bürger profitieren unmittelbar von Projekten in ihrer Region. Das schafft Akzeptanz und sorgt für Wertschöpfung vor Ort“, sagte Müller. Er hofft auf die Neuvorlage des kürzlich zurückgezogenen Entwurfs für ein bayerisches Bürgerbeteiligungsgesetz und darauf, dass hier Genossenschaften als wesentliche Akteure der Energiewende anerkannt werden.

Raiffeisen-Warengeschäft

Die 70 Raiffeisen-Warenunternehmen erwirtschafteten Umsätze in Höhe von rund 1,5 Milliarden Euro, nach 1,6 Milliarden Euro im Vorjahr. Der Rückgang bei Umsatz (9,0 Prozent) und der Anzahl – im Jahr 2023 waren es noch 74 Unternehmen – ist vor allem auf das schwächere Agrar- und Baustoffgeschäft zurückzuführen. Zudem bleiben Strukturveränderungen in der Landwirtschaft sowie Begrenzungen beim Stickstoffeintrag nicht ohne Wirkung. Dies führt zu einem geringeren Absatz von Düngemitteln, aber auch zu Einbußen in der Getreidequalität. Zudem wirken sich der Klimawandel und damit verbundene Belastungen für die Pflan-

zen auf die Erntemengen aus.

Im Bereich Landwirtschaftstechnik bleibt der Absatz der Händler stabil, abgesehen vom deutlich rückläufigen Stallbau. Auch die gedämpfte Entwicklung am Bau bleibt nicht ohne Folgen und führt zu einer geringeren Nachfrage nach Baustoffen. An dieser Stelle zeichnet sich aber eine Besserung ab. Das Neugeschäft für private Wohnungsbaukredite der bayerischen Volks- und Raiffeisenbanken nimmt wieder Fahrt auf. Im März 2025 lag dieses 56 Prozent über dem Vorjahresniveau. „Wir gehen davon aus, dass davon auch der Baustoffhandel ebenso wie baunahe Handwerksleistungen profitieren werden“, folgerte Müller. „Für den ländlichen Raum sind und bleiben die Raiffeisen-Märkte eine wichtige Stütze und machen die Bedeutung von Genossenschaften für die Regionen sichtbar“, ergänzte er.

Milchgenossenschaften

Einen Umsatz in Höhe von rund 4,0 Milliarden Euro (Vorjahr: 3,8 Milliarden Euro) erwirtschafteten die 98 Milchgenossenschaften – ein leichtes Plus von 100 Millionen Euro beziehungsweise 2,6 Prozent. „Im Bereich Milch befinden wir uns derzeit in einer Phase von Stabilität, wie wir sie in den vergangenen Jahrzehnten nicht erlebt haben“, sagte Müller. Allerdings steigt die Milchmenge weltweit kaum noch an.

Mit Sorge blickt die Branche auf die Ausbreitung der Maul- und Klauenseuche. Zwar blieb Bayern bislang verschont, doch der freizügige Personen- und Warenverkehr birgt eine große Gefahr. Mitgebrachte Speisen aus dem Ausland gelten als Hauptursache für die Verbreitung von Tierseuchen. Daher bleiben diese Krankheiten eine Herausforderung für die Branche. Denn die Folgen sind dramatisch. Bei zurückliegenden Fällen hat sich gezeigt: Betroffene Höfe verschwinden oft dauerhaft vom Markt.

Mit Sorge blickt die Branche außerdem nach Brüssel. Die EU-Kommission plant offenbar, den bislang freiwillig von den Mitgliedsstaaten angewandten Artikel 148 der EU-Verordnung 1308, Gemeinsame Marktorganisation (GMO), für alle Mitglieder verpflichtend einzuführen. Dieser besagt, dass vor der Lieferung von Milch an die Molke-rei die Menge und der Preis festgeschrieben sein sollen. „Gegen diese verpflichtende Einführung wehren wir uns, da sie genossenschaftlichen Prinzipien widerspricht und bei den Molke-rei zu einem gewaltigen bürokratischen Aufwand führen würde“, kritisierte Müller. Genossenschaftlicher Logik entspricht es, dass die Molke-rei das Geld verdient und an die Mitglieder weiterreicht. „Staatliche Lenkung und noch mehr Bürokratie sind das Gegenteil dessen, was eine Marktwirtschaft braucht. Sie widersprechen zudem den immer wieder wiederholten Bekenntnissen der EU-Kommission zu einer freien Wirtschaft und weniger Bürokratie“, sagte Müller.

Handel

Ein Umsatzplus um 6,9 Prozent von 6,6 Milliarden Euro auf 7,1 Milliarden Euro verzeichneten die 65 Handelsgenossenschaften. Ein Unternehmen aus der Arzneimittelbranche dominiert diese Sparte. Darüber hinaus zählen hierzu Unternehmen

aus dem Bereich Nahrungs- und Genussmittel sowie Dorfläden.

Durch das sehr preismempfindliche Verhalten von Verbraucherinnen und Verbraucher tun sich Dorf- und Unverpacktläden zunehmend schwer. Die inflationsbedingten Preissteigerungen und der steigende Druck durch Discounter haben dazu geführt, dass sich die kostenbewusste Kundschaft umorientiert. Besser läuft es dagegen für Dorfläden in besonders günstiger Lage und für solche mit einer klaren Ausrichtung in Richtung Bio-sortiment.

Ländliche Genossenschaften

Die 223 ländlichen Genossen-

Wohnungswirtschaft begrüßt BaFin-Entscheidung:

Halbierung des Systemrisikopuffers ist wichtiger Schritt, aber nicht ausreichend

Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) hat bekanntgegeben, den sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienkredite von bislang 2 auf 1 Prozent zu senken. Dazu Ingeborg Esser, Hauptgeschäftsführerin des Spitzenverbandes der Wohnungswirtschaft GdW: „Die heutige Entscheidung der BaFin, den sektoralen Systemrisikopuffer für Wohnimmobilienfinanzierungen zu halbieren, ist absolut wichtig und richtig, reicht aber noch nicht aus. Der GdW hat seit langem auf die negativen Auswirkungen dieses Instruments für den bezahlbaren Wohnungsbau hingewiesen. Die nun erfolgte Reduktion mildert die Belastung etwas. Sie ändert aber nichts daran, dass dieser Puffer angesichts der risikoreichen Situation für Wohnimmobilienfinanzierungen insgesamt fehlt am Platz ist.“

Angesichts der schwachen Baukonjunktur, drastisch eingebrochener Fertigstellungszahlen und eines stagnierenden Wohnungsmarkts bleibt es Esser zufolge unverstän-dlich, weshalb überhaupt an einem zusätzlichen Kapitalpuffer für Banken festgehalten wird, der Immobilienkredite unnötig verteuert und auch die Finanzierungsspielräume der Banken einschränkt. „Damit wird ausgerechnet in einer Phase aku-

ten Wohnungsmangels ein zentraler Hemmschuh für dringend benötigte Investitionen in bezahlbaren Wohnraum aufrecht-erhalten. Der Systemrisikopuffer sollte für Wohnimmobilien vollständig gestrichen werden – zugunsten von Investitionen, die das Land dringend braucht. Denn klar ist: Wer bezahlbares Wohnen will, muss auch bezahlbare Finanzierung möglich machen“, betonte Esser.

Im Bereich Immobilien vorbereitet zu sein, lag weiterhin bei 378 Mio. Euro. Die NPL-Quote, die den Anteil notleidender Kredite am Gesamtkreditvolumen abbildet, betrug 1,1 Prozent.

Das Fair-Value-Ergebnis reduzierte sich auf 46 Mio. Euro (Vj.: 88 Mio. Euro). Im Rückgang des Fair Value Ergebnisses spiegeln sich u.a. Marktwertveränderungen infolge des volatilen Börsenumfelds wider.

Der BayernLB-Konzern konnte den Verwaltungsaufwand trotz anhaltenden Inflationsdrucks mit 419 Mio. Euro weitgehend stabil halten (Vj.: 409 Mio. Euro), erwartet aber auf Jahres-sicht einen moderaten Anstieg der Kosten aufgrund der vollen Wirkung der Tarifierhöhungen im Bankgewerbe, Investitionen in die Modernisierung der IT sowie in den gezielten Ausbau des Kundengeschäftes. Auf die BayernLB entfielen 225 Mio. Euro (Vj.: 204 Mio. Euro). Für den Anstieg sind vor allem Investitionen in die IT-Infrastruktur ursächlich.

Die DKB konnte ihren Verwaltungsaufwand dagegen auf 194 Mio. Euro reduzieren (Vj.: 205 Mio. Euro), wobei der Rückgang u.a. aus Maßnahmen des Effizienzprogramms „Fit4Growth“ und die Entkonsolidierung der Bayern Card-Services GmbH (BCS) zurückzuführen ist.

Der Aufwand aus Bankenabgabe und Einlagensicherung stieg auf 43 Mio. Euro (Vj.: 16 Mio. Euro). Der BayernLB-Konzern hatte keine Bankenabgabe zu leisten, da das Beitragsvolumen bereits erfüllt wurde. Die

Entscheidend für die weitere positive Entwicklung der Fleischbranche ist jedoch eine tragfähige Schlachthofstruktur. Nach dem Rückzug eines großen Akteurs hoffen die Erzeuger nun auf eine Normalisierung.

Bei den Winzern bleibt die Lage angespannt. Drei Winzergenossenschaften zählt der GVB zu seinen Mitgliedern. Steigende Kosten für Personal, Energie oder Transport sowie Veränderungen bei den Trinkgewohnheiten tragen dazu bei, dass perspektivisch voraussichtlich weitere Anbauflächen stillgelegt werden. Aufgrund des Klimawandels vollzieht sich zudem ein fortschreitender Wechsel zu hitze- und trockenheitsresistenteren Rebsorten.

Handwerksgenossenschaften

46 Handwerksgenossenschaften zählen zu den Mitgliedern des GVB. 2025 erwirtschafteten sie einen Umsatz in Höhe von 940 Millionen Euro, nach 981 Millionen Euro im Jahr zuvor – ein Rückgang um gut 4,2 Prozent. Zu dieser Gruppe gehören Genossenschaften für das Bauhandwerk, aber auch für Kaminkehrer, Bäcker, Metzger sowie Brauereigenossenschaften. Bemerkbar macht sich in diesem Segment die Flaute im Baugewerbe.

Im Lebensmittelhandwerk spüren die Betriebe Druck durch Fachkräftemangel, gestiegene Personalkosten und durch Inflation gestiegene Verkaufspreise. Dies hat dazu geführt, dass Verbraucherinnen und Verbraucher zunehmend ausweichen. Die anhaltende konjunkturelle Schwäche dämpft auch den privaten Konsum. Zwar ist die Lage in einzelnen Betrieben weiter stabil, doch je kleiner die Einheiten sind, umso schwerer ist es, weiter zu bestehen. Dies beschleunigt perspektivisch den Strukturwandel weiter.

Gewerbliche Genossenschaften

Die 152 gewerblichen Genossenschaften erwirtschafteten einen Umsatz in Höhe von 1,7 Milliarden Euro – nach 1,6 Milliarden Euro im Vorjahr – ein Plus von über 5,3 Prozent. Auch hier ist ein einzelnes Unternehmen dominant, das der Kommunikations- und IT-Branche angehört. Darüber hinaus zählen zu dieser Sparte freie Berufsgruppen, Gastronomie, Gesundheit, Marketing und Tourismus sowie Verkehr.

Beiträge zur Einlagen- und Institutssicherung erhöhten sich dagegen auf 43 Mio. Euro (Vj.: 16 Mio. Euro) aufgrund der Dotierung des freiwilligen Zusatzfonds des Sicherungssystems der S-Finanzgruppe durch die BayernLB.

Die Bilanzsumme des BayernLB-Konzerns lag bei 287 Mrd. Euro (31.12.2024: 268 Mrd. Euro). Die risikogewichteten Aktiva (RWA) betragen 62 Mrd. Euro (nach CRR 3).

Der Konzern verfügt mit einer CET1-Quote von 21,1 Prozent (nach CRR 3) weiterhin über eine komfortable Kapitalbasis.

Die Cost-Income-Ratio (CIR) lag bei 53,6 Prozent (Vj.: 45,2 Prozent). Die Eigenkapitalrentabilität (RoE) betrug 8,8 Prozent (Vj.: 15,0 Prozent).

Ergebnisprognose bestätigt

Für das Jahr 2025 erwartet der BayernLB-Konzern weiterhin ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 1,0 bis 1,3 Mrd. Euro. Angesichts der hohen geopolitischen Unwägbarkeiten sowie der Inflations- und Zinsentwicklung ist die Prognose weiterhin mit einem erhöhten Maß an Unsicherheit behaftet.

LfA fördert Handel in Bayern 2024 mit über 200 Mio. Euro

Über 420 Handelsunternehmen profitieren von LfA-Förderung

Die LfA Förderbank Bayern hat die bayerischen Handelsunternehmen 2024 mit Förderkrediten von mehr als 200 Millionen Euro unterstützt. Die über 420 geförderten Betriebe konnten mit den LfA-Förderdarlehen Investitionen in Höhe von rund 305 Millionen Euro tätigen und über 15.000 Arbeitsplätze festigen.

„Als Förderbank für Bayern ist es unser Anspruch, dem bayerischen Mittelstand bestmögliche Förderangebote für die Bewältigung seiner Zukunftsherausforderungen anzubieten. Die Handelsunternehmen haben 2024 erfreulicherweise den Großteil unserer Förderdarlehen wieder für Wachstumsvorhaben, Unternehmensnachfolgen sowie für Modernisierung, Innovation und Digitalisierung eingesetzt. Auch die Öffnung unseres Gründungs- und Wachstumskredits für Betriebsmittelfinanzierungen im Vorjahr hat der Handel gut angenommen. Dies zeigt, dass unsere Förderprogramme den Finanzierungsbedarf der Unternehmen treffen. Dieses Angebot haben wir zuletzt mit deutlich erhöhten Darlehenshöchstbeträgen und Haftungs-

freistellungen sowie erweiterten Antragstellerkreisen noch einmal erheblich verbessert“, bewertet Dr. Bernhard Schwab, Vorstandsvorsitzender der LfA, die Zahlen.

Mehr Innovation wagen

Ernst Läger, Präsident des Handelsverbands Bayern (HBE), erklärt: „Gerade in herausfordernden Zeiten und bei sich verändernden technologischen Entwicklungen müssen unsere Unternehmen mehr Innovationen wagen und in Modernisierungen investieren. Dank zuverlässiger Partner für langfristige Finanzierungen und Risikoübernahmen wie die LfA können die bayerischen Handelsbetriebe vorausschauend in die Zukunft investieren.“



V.l. Andreas Demharter, Georg Gerhäuser und Alexander Tauscher

München: Bayerisches Baugewerbe mahnt Umsetzung der Investitionsversprechen an

Kommunaler Bauimpuls muss ankommen

Ergebnisse der Frühjahrskonjunkturumfrage 2025 zeigen vorsichtige Erholung – doch ohne konkrete Fördermittel droht Stillstand auf kommunaler Ebene

„Jetzt müssen Taten folgen“ – mit diesem klaren Appell wendet sich der Verband des Bayerischen Baugewerbes an Politik und Verwaltung. Im Rahmen einer Pressekonferenz am 20. Mai 2025 präsentierte Präsident Georg Gerhäuser die Ergebnisse der aktuellen Konjunkturumfrage. 351 Bauunternehmen, überwiegend kleine und mittelständische Betriebe aus ganz Bayern, wurden befragt. Das Stimmungsbild ist verhalten optimistisch – getragen von Hoffnung auf die angekündigten Investitionsprogramme. Doch die Realität vieler Kommunen ist ernüchternd: Kassen sind leer, Bauaufträge fehlen, und die Umsetzung zentraler Fördermaßnahmen lässt auf sich warten.

Kommunale Haushaltslage belastet Bautätigkeit

Gerade für die Städte, Märkte und Gemeinden Bayerns sind die Ergebnisse hochrelevant. Die angespannte Finanzlage vieler Kommunen schlägt direkt auf den öffentlichen Hoch- und Tiefbau durch. „Im öffentlichen Hochbau bewerten aktuell 70 Prozent der Betriebe ihre Auftragsbestände als unzureichend“, so Gerhäuser. Die Folge: Baukapazitäten werden nicht abgerufen, wichtige Infrastrukturvorhaben verschoben oder ganz gestrichen. Dabei sei gerade jetzt der richtige Zeitpunkt, um Bauprojekte anzustoßen – die Auftragslage sei vielerorts stabilisierend, aber nicht ausgelastet.

Investitionspaket – Kommunen müssen in den Fokus

Zentrale Forderung des Verbands: Das angekündigte Sondervermögen des Bundes müsse so ausgestaltet werden, dass es direkt in kommunale Bauprojekte fließt. „Nur wenn an der Basis investiert wird, erreicht das Geld die Bauwirtschaft und entfaltet volkswirtschaftliche Wirkung“, betont Gerhäuser. Das gelte für Straßenbau, Kanalnetze, Brückensanierungen ebenso wie für den sozialen Wohnungsbau – insbesondere in kleineren Städten und Landgemeinden,

Nachhaltigkeitswochen:

Nachhaltiges Engagement für dauerhaftes Stadtgrün

Im Rahmen der Nachhaltigkeitswochen 2022 errichtete die Stadtsparkasse Augsburg einen Stadtgarten am Königsplatz. Mittendrin – eine Sammelbox für Pfandspenden. Die Botschaft: Auch wenn der grüne Ort vergänglich war, sollte zusammen mit der HAUS DER STIFTER Stiftergemeinschaft und den Spenden vieler Bürgerinnen und Bürger aus der Aktion ein dauerhaftes Grün für die Stadt entstehen.

Dieses Ziel wurde nun Wirklichkeit. Anfang Mai konnte am südlichen Ende der Grünanlage am Königsplatz ein klimaresilienter Baum, eine Purpur Erle, gepflanzt werden. Diese Baumart ist hitze- und trockenheitsresistent und somit optimal für die Herausforderungen des Stadtklimas gerüstet.

Baum und Stadt

Unter dem Motto „Die Stadt soll noch grüner werden!“ startet eine Initiative um das Thema „Baum und Stadt“ noch enger in Verbindung zu bringen. Bürgerinnen und Bürger können ab sofort für neue Bäume spenden. Damit unterstützen sie Pflanzungen von klimaresilienten Baumarten in der Stadt Augsburg,

wo Fachkräfte und junge Familien Wohnraum suchen.

Dass dieser Bedarf vorhanden ist, zeigen auch die Zahlen: In Bayern sind derzeit 77.000 Wohnungen genehmigt, aber nicht im Bau – ein gewaltiger Bauüberhang, der nicht an fehlenden Baugenehmigungen, sondern an fehlender Finanzierbarkeit scheitert.

Fördermittel fehlen – und mit ihnen die Perspektive

Ein zentrales Problem: Die EOF-Fördertöpfe sind leer, der aktuelle Bundeshaushalt immer noch nicht beschlossen. Auch in Bayern stehen laut Verband im laufenden Jahr keine neuen Fördermittel für den Wohnungsbau zur Verfügung. Das gefährdet nicht nur private Vorhaben, sondern trifft auch die kommunale Wohnraumversorgung empfindlich. Besonders problematisch: Für Selbstnutzer existiert derzeit faktisch keine Förderung – ein Mischstand, den der Verband im Hinblick auf die demografische Entwicklung und den Eigentumswunsch junger Familien scharf kritisiert.

Bürokratieabbau dringend notwendig

Neben der finanziellen Unsicherheit sehen die Bauunternehmen weiterhin eine erhebliche Belastung durch Normen und Dokumen-

tationspflichten. Genehmigungsverfahren seien oft überkomplex, etwa bei Abstandsflächen, Brandschutz oder Flächenwidmung. Der Verband spricht sich für mehr kommunale Entscheidungsspielräume und vereinfachte Verfahren aus. „Entscheidungsfreudigkeit in den unteren Behörden ist ein Schlüssel – wie sie Ministerpräsident Söder angekündigt hat“, so der Tenor.

Digitalisierung: Große Chance, kleine Schritte

Ein Hoffnungsträger bleibt die Digitalisierung. 54 Prozent der befragten Unternehmen wollen in digitale Prozesse investieren, sei es in KI-gestützte Kalkulationssoftware, ERP-Systeme oder sichere E-Rechnungen. Auch hier gilt: Kommunen als Auftraggeber können durch digitale Schnittstellen und vereinfachte Ausschreibungen erheblich zur Effizienz beitragen.

Fazit: Kommunen als Motor der Trendwende

Die Ergebnisse der Umfrage lassen vorsichtigen Optimismus zu. Investitionsbereitschaft, Ausbildung und Digitalisierung sind vorhanden – doch ohne verlässliche Förderkulisse und handlungsfähige kommunale Haushalte bleibt der Bauimpuls stecken. Der Verband appelliert an Bund und Länder, Förderprogramme verlässlich auszustatten und konkret umzusetzen. Kommunale Entscheidungsträger spielen dabei eine Schlüsselrolle: Durch strategische Vorbereitung von Projekten, Priorisierung in Haushaltsberatungen und aktives Einfordern von Unterstützung können sie entscheidend dazu beitragen, dass das „zarte Pflänzchen Erholung“ nicht verdorrt – sondern zu neuer Stärke wächst. MH



Das Team vom HAUS DER STIFTER bedankt sich bei allen Spenderinnen und Spendern (v. l.: Kerstin Wieland, Cornelia Böhm, Susanne Stippler, Eva Maria Schäfer).

Bild: Jürgen Finger, ssk

Parallelen zum HAUS DER STIFTER. „Dieser Baum soll wachsen wie die Stiftergemeinschaft, denn auch sie hat klein angefangen. Inzwischen nutzen über 130 Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, sich mit einer persönlichen Stiftung dauerhaft und nachhaltig zu engagieren. □

Finanz- und Heimatminister Albert Füracker:

Über eine Milliarde Euro für Bayerns kommunalen Hochbau

Freistaat stärkt Bildungs- und Betreuungsinfrastruktur
1,07 Milliarden Euro für Schulen und Kitas

Der Freistaat Bayern investiert auch 2025 gezielt in die kommunale Infrastruktur: Rund 1,07 Milliarden Euro fließen im Rahmen des kommunalen Finanzausgleichs in die Förderung des kommunalen Hochbaus. „Damit unterstützen wir vorrangig Bauprojekte an öffentlichen Schulen und Kindertageseinrichtungen und setzen ein starkes Zeichen für die Zukunft unserer Kommunen“, betonte Finanz- und Heimatminister Albert Füracker bei der Vorstellung der aktuellen Zuweisungen.

Trotz wirtschaftlich angespannter Zeiten und schwacher Steuerentwicklung stehe der Freistaat fest an der Seite der Kommunen. Ziel der Förderung sei es, die Lebensqualität vor Ort zu steigern und Kindern moderne, lernfreundliche Räume zu bieten. „Wir bekennen uns zu einer lebenswerten Zukunft für alle Bürgerinnen und Bürger in Bayern“, so Füracker.

Die Förderung des kommunalen Hochbaus ist ein zentrales Instrument der bayerischen Kommunalpolitik. Als Teil des Fi-

nanzausgleichs ermöglicht sie Städten und Gemeinden, dringend benötigte Investitionen im Bildungs- und Betreuungsbereich umzusetzen.

Bayerische Kommunen haben höchste Investitionsquote

Mit einer Gesamtsumme von rund 11,98 Milliarden Euro bleibt der kommunale Finanzausgleich 2025 auf hohem Niveau – trotz schwieriger Haushaltslage. Ein Drittel des Staatshaushalts, nämlich über 22 Milli-



Staatsminister Albert Füracker.

arden Euro, kommt bayerischen Kommunen zugute. „Unsere Städte und Gemeinden verfügen im bundesweiten Vergleich über die höchste Investitionsquote bei gleichzeitig niedriger Verschuldung. Das ist auch ein Verdienst der verlässlichen Unterstützung durch den Freistaat“, erklärte Füracker.

Die bereitgestellten Mittel ermöglichen Hochbauprojekte in ganz Bayern und leisten einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung kommunaler Strukturen – insbesondere in der Bildungs- und Kinderbetreuung. □

Effiziente Winterdienstlösungen aus einer Hand

Bucher Municipal Wernberg als verlässlicher Partner für Kommunen

Die Bucher Municipal Wernberg GmbH bietet ein umfassendes Portfolio an leistungsstarken Lösungen für den kommunalen Winterdienst – kundenorientiert, wirtschaftlich und aus einer Hand. Mit einem modularen Baukastensystem, das sowohl Standardprodukte für gängige Fahrzeugtypen als auch individuell abgestimmte Komplettlösungen umfasst, deckt das Unternehmen ein breites Einsatzspektrum ab: vom innerstädtischen Winterdienst bis zum großflächigen Räumen und Streuen auf überregionalen Verkehrswegen.

Das Produktsortiment überzeugt durch hohe Zuverlässigkeit, Langlebigkeit und Bedienkomfort. Kommunale Bauhöfe, Straßenmeisterereien und Dienstleister profitieren von einer praxisgerechten Vielfalt an Schneepflügen und Streugeräten:

Unix: kompakter Keil-Vario-Schneepflug für enge innerstädtische Bereiche
Polyx: einschariger Schneepflug für Land- und Bundesstraßen

Teplex: teleskopierbarer Pflug zur gleichzeitigen Räumung zweier Fahrspuren

Auch im Bereich der Streuautomaten bietet Bucher vielfältige Lösungen für unterschiedliche Fahrzeugklassen:

Husky: kompakte Streugeräte für Schmalspurfahrzeuge, mit und ohne Feuchtsalzausstattung, optional als reiner Solestreuer oder elektrisch betrieben
Yeti: Streugeräte für Unimog



Einscharschneepflug Polyx und der Keil-Vario-Schneepflug Unix – in verschiedenen Größen erhältlich. Bild: Bucher Municipal Wernberg GmbH

und mittlere LKW, mit Doppelförderschnecken in FS30, FS50 oder FS100, auch als Sole-Variante

Icebear: leistungsstarke Streuer für schwere LKW, für Trocken-, Feuchtsalz- oder Flüssigstreuerung, wahlweise ebenfalls in elektrischer Ausführung

Tracon: Streuautomaten für den Traktor- und Mähdrescherbau, mit Trockenstoff-, Feuchtsalz- oder Solestreuerung, als Ein- oder Doppelkammergerät

Ergänzt wird das Angebot durch bewährte Hydrauliksysteme wie die **Economic**-Konstantanlage für Pflug und Streuer oder die **Ecomatic**-Load-Sensing-Hydraulik, die sich flexibel auf mehrere Verbraucher einstellt.

Qualität und maßgeschneiderte Lösungen

Ein qualifiziertes Team gewährleistet die zuverlässige und qualitätsorientierte Umsetzung sämtlicher Projekte. Ziel ist stets die Entwicklung einer passgenauen Lösung – abgestimmt auf die konkreten Anforderungen vor Ort. Die Kunden profitieren von einer persönlichen Betreuung von der ersten Beratung bis zur finalen Inbetriebnahme. Mit diesem ganzheitlichen Ansatz positioniert sich die Bucher Municipal Wernberg GmbH als leistungsstarker Partner für den kommunalen Winterdienst – flexibel, lösungsorientiert und immer einsatzbereit. □



Driven by better

Besuchen Sie uns auf der **Demopark** - Stand B-228 vom 22. bis 24. Juni

Bucher Municipal Wernberg GmbH
Weidachstraße 1
92533 Wernberg-Köblitz
Telefon +49 9604 93267 0
www.buchermunicipal.com
info-wernberg.de@buchermunicipal.com

Energiewende ist Teamsache

Wie Qair den Schulterschluss mit Kommunen in Bayern sucht

Wind im Wald, Sonnenstrom vom Acker und kommunale Beteiligungsmodelle – Heike von der Heyden von der Qair Group spricht im Interview mit der Bayerischen Gemeindezeitung über Synergien, Stolpersteine und warum Projektentwicklung für Erneuerbare vor allem eines ist: ein Gemeinschaftsprojekt.

GZ: Frau von der Heyden, die Qair Group engagiert sich europaweit für die Energiewende. Wo sehen Sie aktuell die größten Potenziale für Wind- und Solarenergie in Bayern – speziell im ländlichen Raum?

Heike von der Heyden: Der ländliche Raum Bayerns bietet nach wie vor die größten Flächenreserven – und damit auch enormes Potenzial für den weiteren Ausbau von Wind- und Solarenergie. Bayern ist bereits heute füh-



Heike von der Heyden.

Bild: Qair Group

Jahresgespräch der N-ERGIE 2025:

N-ERGIE investiert Milliarden in regionale Energiewende

Trotz eines erwarteten Rückgangs gegenüber dem Ausnahmejahr 2023 blickt die N-ERGIE auf ein solides Geschäftsjahr 2024 zurück. Beim Jahrespressgespräch präsentierten die Vorstände Maik Rander und Magdalena Weigel ein Ergebnis der Geschäftstätigkeit von 180,2 Millionen Euro. Davon gehen 111,4 Millionen Euro an die kommunalen Anteilseigner – allen voran die Städtischen Werke Nürnberg mit 86,4 Millionen Euro. Die restlichen 63 Millionen Euro verbleiben im Unternehmen, um die Eigenkapitalquote zu stärken und den enormen Investitionsbedarf der kommenden Jahre zu finanzieren.

Denn die Pläne sind ehrgeizig: Bis 2027 will die N-ERGIE ihre Investitionen in Sachanlagen verdreifachen. Im Fokus stehen der massive Ausbau des Stromverteilnetzes und die Wärmewende in Nürnberg. Allein für neue Umspannwerke, Leitungsprojekte und weitere Netzausbaumaßnahmen sind bis 2030 rund 1,3 Milliarden Euro vorgesehen. Hinzu kommen 1,6 Milliarden Euro bis 2040 für den Ausbau des Fernwärmenetzes und die klimaneutrale Wärmeversorgung.

Klarer strategischer Kurs

Die Grundlage für diese Vorhaben sei ein klarer strategischer Kurs, betonten die Vorstände. „Wir bekennen uns zur Energiewende und richten unsere Infrastruktur konsequent auf die Zukunft aus“, so Magdalena Weigel.

Kunden sind zufrieden

Trotz der Herausforderungen behauptet sich das Unternehmen erfolgreich im Markt. Besonders im

Großkundensegment punktet die N-ERGIE mit maßgeschneiderten Konzepten – 97 Prozent der Industriekunden verlängerten ihre Verträge. Auch im Privatkundenbereich konnten Zufriedenheit und Treue weiter gesteigert werden.

Konsequenter Kundenfokus

Ein weiterer Erfolgsfaktor sei laut Vorstandssprecher Maik Rander der konsequente Kundenfokus: „2024 konnten wir unsere Energiepreise deutlich senken und gleichzeitig attraktive Angebote für alle Zielgruppen machen.“ Mit einem umfassenden Digitalisierungsprogramm will die N-ERGIE das Kundenerlebnis künftig weiter verbessern.

Viele neue Stellen besetzt

Auch im Wettbewerb um Fachkräfte ist die N-ERGIE gut aufgestellt: Der Konzern beschäftigte 2024 rund 2.600 Mitarbeitende und konnte zahlreiche neue Stellen besetzen – ein starkes Signal für eine nachhaltige Transformation. □

Neue EEG-Regelung:

Flexible Netzanschlüsse für mehr erneuerbare Energie

Die N-ERGIE Netz GmbH setzt ab Mai 2025 auf flexible Netzanschlussvereinbarungen (Flexible Connection Agreements), um trotz hoher Auslastung weitere größere EE-Anlagen an das Stromnetz anzubinden. Grundlage ist eine neue EEG-Regelung. Anlagen über 30 kW können so auch ohne sofortigen Netzausbau vor Ort angeschlossen werden – etwa mit Einschränkungen während PV-Spitzenzeiten.

Ausbau auch bei Engpässen möglich

Gerade in Regionen mit starkem PV-Zubau stößt das Netz an seine Grenzen. FCAs ermöglichen hier individuelle Lösungen, besonders für Windkraft, Biomasse oder PV-Anlagen mit Eigenverbrauch und Speicher. Damit bleibt der Ausbau regenerativer Energie auch bei Engpässen möglich.

Bis 2030 investiert die N-ERGIE Netz GmbH rund 1,3 Mrd. Euro in den Netzausbau, etwa für neue Umspannwerke und Leitungen. Das Stromnetz umfasst rund 29.000 Kilometer und versorgt eine große Region von Würzburg bis Eichstätt. Die Netzerweiterung erfolgt in enger Abstimmung mit dem Übertragungsnetzbetreiber TenneT.

rend bei der Photovoltaik: Über 26 Prozent der Bruttostromerzeugung stammen hier – Stand 2024 – aus Solarenergie. Diese Stärke lässt sich noch besser nutzen, wenn wir intelligenter kombinieren – zum Beispiel über Agri-PV, bei der Landwirtschaft und Stromerzeugung auf derselben Fläche möglich sind. Dank hoher Sonnenstunden in Bayern ist das sehr attraktiv.

Frühzeitige Zusammenarbeit steigert Akzeptanz

Beim Wind ist die Situation komplexer, da Bayern stark bewaldet ist. Aber auch hier gibt es Fortschritte – sowohl technisch als auch gesellschaftlich. Die Akzeptanz steigt, wenn man die Bevölkerung einbindet und mit den Gemeinden, Naturschutzverbänden und Förstern frühzeitig zusammenarbeitet. Unser Windpark-Projekt bei Altötting zeigt, wie erfolgreiche Projekte im Schulterschluss gelingen. Ganz entscheidend ist auch der direkte Austausch mit Gemeinderäten und kommunalen Arbeitskreisen – denn dort sitzen Menschen mit einem tiefen Verständnis für ihre Region. Nur wenn man weiß, welche Bedarfe es lokal gibt – etwa zur Einbindung von Geothermie oder zur Speicherung von Solarstrom – kann man passgenaue Lösungen entwickeln.

GZ: Viele Bürgermeisterinnen und Bürgermeister berichten von langen Genehmigungsprozessen und Widerständen vor Ort. Was kann aus Ihrer Sicht getan werden, um Planungs- und Umsetzungszeiten zu verkürzen – ohne Akzeptanz zu verlieren?

von der Heyden: Es braucht ein kluges Zusammenspiel aus Kommunikation, Genehmigungsmanagement und Digitalisierung. Wir empfehlen, schon vor Beginn des eigentlichen Genehmigungsverfahrens Arbeitskreise mit Gemeinderäten, Planungsbehörden und auch externen Fachleuten zu bilden. Denn jeder Standort bringt eigene Herausforderungen mit sich – sei es eine seltene Baumart, ein denkmalgeschütztes Gebäude oder besondere Artenvorkommen. Je früher wir das wissen, desto gezielter können wir planen.

Parallel denken

Wichtig ist auch, parallel zu denken: Wir gehen früh in den Dialog mit den Bürgern, aber auch in die Abstimmung mit den Genehmigungsbehörden. Förster und Naturschutzverbände sind für uns wertvolle Partner – gerade bei Projekten im Wald. Ergänzend braucht es mehr Personal in den Behörden und digitale Schnittstellen wie Projektplattformen, damit der Informationsfluss effizienter läuft. Momentan gibt es oft zu viele Anträge für zu wenig Fachpersonal in den Behörden, hier können standardisierte Verfahren entlasten.

Durch direkte Beteiligung profitieren

GZ: Wie gelingt es Kommunen, bei Energieprojekten nicht nur Standort, sondern aktiver Mitgestalter und auch wirtschaftlicher Profiteur zu sein? Haben Sie hierfür ein konkretes Beispiel aus Ihrer Arbeit?

von der Heyden: Unsere Grundhaltung ist: Kommunen sind keine Statisten, sondern aktive Partner mit Einfluss auf Planung, Gestaltung und wirtschaftliche Teilhabe. In einem konkreten Projekt haben wir zum Beispiel gemeinsam mit einer Kommune festgelegt, wie Ausgleichsmaßnahmen für den Wald gestaltet werden – so, dass auch andere Projekte im Ort davon profitieren. Solche Synergien entstehen nur im offenen Dialog.

Finanziell profitieren Kommunen über Pachtzahlungen, Gewerbesteuererinnahmen oder – noch stärker – durch direkte Beteiligung. In einigen Fällen sitzt die Gemeinde selbst oder z.B. über ihre Wirtschaftsförderungsgesellschaft mit im Aufsichtsrat des Projekts – das sichert Mitsprache und Einnahmen zugleich.

Besonders wirkungsvoll ist zudem die Kommunalbeteiligung bei Windenergieprojekten: Gemeinden im Umkreis von 2,5 Kilometern erhalten 0,2 Cent pro erzeugter Kilowattstunde – eine Einnahme, die nicht der Kreisumlage unterliegt und vor Ort verbleibt. Und nicht zu vergessen: Erneuerbare schaffen Standortvorteile – gerade für Unternehmen, die klimaneutral wirtschaften wollen.

GZ: Bürgerbeteiligung wird zunehmend zum Erfolgsfaktor. Wie gestalten Sie Beteiligungsmodelle konkret, sodass sie nicht nur symbolisch, sondern auch wirtschaftlich attraktiv für Bürgerinnen und Bürger sind?

von der Heyden: Wir setzen auf zweigleisige Modelle: Zum einen kooperieren wir mit lokalen Bürgerenergiegenossenschaften, die unsere Projekte prüfen und begleiten. Zum anderen bieten wir Crowdinvesting an – also Nachrangdarlehen, bei denen Bürgerinnen und Bürger schon ab 250 Euro investieren können, zu festen und/oder erfolgsabhängigen Zinsen. Diese Modelle sind bewusst so gestaltet, dass sie auch für Haushalte mit kleinerem Budget attraktiv sind.

Einige Gemeinden gehen sogar noch weiter und beteiligen sich selbst an den Energiegenossenschaften, die die Projekte initiieren. Das ist ein starkes Zeichen, denn es verbindet politische Rückendeckung mit wirtschaftlichem Engagement. Entscheidend ist, dass die Beteiligung keine Hürde sein darf – weder inhaltlich noch finanziell.

GZ: Gibt es in Bayern regulatorische oder strukturelle Besonderheiten, die Ihnen die Arbeit erschweren – oder erleichtern? Was würden Sie sich von Seiten der Landespolitik konkret wünschen?

von der Heyden: Bayern ist ambitioniert, doch auf dem Weg zur Umsetzung sehen wir noch Luft nach oben. Aus unserer Sicht ist es wichtig, dass Energiepolitik ganzheitlich gedacht wird. Wir müssen weg vom Entweder-oder: Solar, Wind, Netze und Speicher gehören gemeinsam gedacht, als Teil eines Systems – sonst verlieren wir Zeit und Effizienz. Auch Herkunftsnachweise für Erneuerbare sind für viele Unternehmen inzwischen entscheidend – sie wollen lokal klimaneutral werden. Dafür braucht es eine direkte Versorgung vor Ort.

Verpflichtende Bürgerbeteiligung

Was wir brauchen, ist Planungssicherheit – etwa beim Strommarktdesign nach 2027 oder beim EEG. Momentan fehlt es hier an klaren politischen Signalen. Ein weiteres Thema ist das Gesetz zur verpflichtenden Bürgerbeteiligung: Je komplexer die Regeln, desto größer die Hürden – und desto weniger bleibt am Ende für die Menschen vor Ort übrig. Statt starrer Vorgaben wünschen wir uns mehr Handlungsspielraum und Vertrauen in die kommunalen Akteure. Sie wissen meist am besten, was vor Ort gebraucht wird.

GZ: Zum Schluss: Was raten Sie einer Kommune, die 2025 erstmals aktiv in die Projektentwicklung von Erneuerbaren einsteigen will – wo sollte man anfangen, und welche Fehler sollte man vermeiden?

von der Heyden: Mein Rat: Nehmen Sie sich Zeit und gehen Sie strategisch vor. Starten Sie mit einer Potenzialanalyse, nutzen Sie Fördermittel des Bundes oder der



Thomas Thumann.

Christian Baumann. Bilder: KOM2KOM

KOM2KOM im Podcast „Das GUTE Beispiel“

Wie das Klimaschutz-Start-up KOM2KOM bayerische Kommunen bewegt

Wenn ein ehemaliger Oberbürgermeister und ein Wirtschaftsprüfer gemeinsam Klimaschutz betreiben, klingt das zunächst nach einem ungewöhnlichen Duo. Doch genau diese Kombination macht den Reiz des Podcasts „Das Gute Beispiel“ aus, in dem die Bayerische Gemeindezeitung zwei engagierte Persönlichkeiten zu Wort kommen lässt: Thomas Thumann, Oberbürgermeister a.D. aus Neumarkt i.d.OPf., und Christian Baumann, Mitgründer der Klimaplattform KOM2KOM. Gemeinsam zeigen sie, wie Klimaschutz in Kommunen konkret, regional und glaubwürdig funktioniert.

Inmitten multipler Krisen – ob Pandemie, Ukrainekrieg, Energiepreise oder gesellschaftliche Polarisierung – stellen die beiden Gesprächspartner eine Gegenbewegung vor: den kommunalen Schulterschluss für wirksamen Klimaschutz. KOM2KOM heißt das Instrument, das Thumann und Baumann mit Leidenschaft erklären. Der Name steht für „Kommune zu Kommune“ – eine Plattform, auf der Kommunen und regionale Unternehmen ihre CO2-Reduktionsprojekte ermöglichen und sichtbar machen können.

Klimaschutz vor Ort

Was das Besondere daran ist? Die Projekte werden nicht in anonymen Fernregionen umgesetzt, sondern direkt vor Ort: in Schulen, Kindergärten, Rathäusern oder Nahwärmenetzen. Die CO2-Einsparungen werden nach dem internationalen Standard ISO 14064-2 validiert und auf Blockchain-Basis dokumentiert. Dadurch entsteht ein verlässliches System, das freiwillige Klimaschutzinvestitionen dort ermöglicht, wo Bürger sie sehen, erleben – und unterstützen können.

Im Gespräch erzählen die beiden nicht nur von ihren persönlichen Motivationen – Baumanns naturgeprägter Kindheit, Thumanns Weg vom erst wegen seiner Anstrengung in der Nachhaltigkeit skeptisch belächelten Bürgermeister zum Nachhaltigkeitspionier – sondern auch von ganz konkreten Beispielen aus der Vergangenheit wie etwa der Verpflanzung eines alten Kastanienbaums auf einem Kindergartenareal oder der Umrüstung städtischer Gebäude auf klimafreundliche Technik, sowie den zukünftigen Ambitionen. Immer wieder betonen sie dabei einen entscheidenden Unterschied zu klassischen Kompensationsanbietern: Bei KOM2KOM bleibt der Nutzen lokal – sowohl ökologisch als auch finanziell.

Zugleich formulieren sie eine klare Botschaft an Politik und Verwaltung: Klimaschutz darf nicht in Förderbürokratie ersticken. Vielmehr braucht es mutige Gemeinden, transparente Strukturen und Plattformen wie KOM2KOM, die Vertrauen schaffen. Denn die gesellschaftliche Stimmung sei sensibel, Klimathemen oft ideologisch aufgeladen. Umso wichtiger sei es, mit konkreten Projekten zu überzeugen, die nachvollziehbar und demokratisch legitimiert sind.

Glaubwürdige Klimafinanzierung

Das Ziel ist ambitioniert: Nicht weniger als eine neue Infrastruktur für glaubwürdige Klimafinanzierung – von Kommune zu Kommune. Und wenn es nach Thumann und Baumann geht, darf das gerne Schule machen – weit über Bayern hinaus. Denn wie Baumann am Ende des Podcasts betont: „Ich wünsche mir, dass meine Kinder einmal sagen: Papa, du hast damals was bewegt.“ Ein Ziel, das wohl viele kommunale Entscheidungsträger teilen dürften.

Hinweis

Der Podcast „Das Gute Beispiel“ ist ein Projekt der Bayerischen Gemeindezeitung, in dem Michael von Hassel engagierte Persönlichkeiten vorstellt, die durch ihre Ideen und Projekte neue Impulse für die kommunale Praxis setzen. Alle Folgen unter www.gemeindezeitung.de/podcast. □

Landesregierung, bilden Sie einen interdisziplinären Arbeitskreis aus Interessierten und Fachleuten, laden Sie erfahrene Projektierer zu Infoveranstaltungen oder Workshops ein – und besuchen Sie Gemeinden, die bereits erfolgreich unterwegs sind. So gewinnen Sie einen Überblick über Konzepte, Beteiligungsmodelle und auch typische Stolpersteine.

Und nicht zuletzt: Vernetzen Sie sich! Auch unter den Projektierern findet zunehmend Austausch statt – etwa zur Nutzung gemeinsamer Studien wie z.B. zu Bodengutachten. Das kostet anfangs Zeit, spart aber später Geld und Nerven. Wenn Energiewende als gemeinschaftliche Aufgabe verstanden wird, kann sie auch verbinden – und genau das brauchen wir in Zeiten wie diesen. **CH**

Vergleichen bringt Qualität

Vermeiden Sie es, sich zu schnell auf einen bestimmten Partner oder ein Konzept zu versteifen. Breite Informationen und Vergleiche bringen Qualität.

Energieministerkonferenz in Rostock-Warnemünde:

Leitplanken für die Energiewende

Mit großer Einigkeit haben sich die Energieministerinnen und -minister der Bundesländer bei der ENMK in Rostock für die konsequente und verlässliche Fortführung der Energiewende ausgesprochen. Gleichzeitig sehen sie Bedarf an strukturellen und nachhaltigen Reformen im Energiesystem. „Es geht nicht um das Ob der Energiewende, sondern um das Wie“, erklärte der Gastgeber, Mecklenburg-Vorpommerns Ressortchef Wolfgang Blank, zum Abschluss der Tagung.

Entscheidend für den Erfolg der Energiewende sei neben Effizienz und sicherer Versorgung auch die Akzeptanz von Bevölkerung und Wirtschaft für den Ausbau der erneuerbaren Energie. Diese gelte es weiter zu stärken, insbesondere durch mehr regionale Wertschöpfung und Bürgerbeteiligung vor Ort.

Strompreis-Entlastung

Begrüßt wurden die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene festgelegten Maßnahmen zur Senkung der Stromkosten. Die zügige und spürbare Senkung der Strompreise sei elementar, um die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands zu erhöhen und die Akzeptanz der Energiewende zu fördern. Die Energieministerkonferenz richtete deshalb den Appell an die neue Bundesregierung und Wirtschaftsministerin Katherina Aiwanger, die Gast der ENMK war, die angekündigte Entlastung bei den Strompreisen schnellstmöglich umzusetzen.

Wichtige Funktion der Stromspeicher

Das Sondervermögen für Investitionen in Infrastruktur und Klimaschutz sei ein starkes Signal und muss nun aus Sicht der Energieminister schnellstmöglich und unter Einbeziehung der Länder zum Auf- und Umbau einer zukunftsfesten Energieinfrastruktur umgesetzt werden. Zudem wurde auf die wichtige Funktion von Stromspeichern im künftigen Stromversorgungssystem verwiesen. Hier sehen die Minister die dringende Notwendigkeit einer eigenständigen Rolle von Stromspeichern im Energiesektor. Speicher sollten vorrangig dort entstehen, wo sie einen Beitrag zur Systemstabilität und zur Integration von hohen Einspeisungen aus erneuerbarer Energie leisten können.

Bayerns Ressortchef Hubert Aiwanger forderte eine bessere Abstimmung der Energiewende, um Kosten zu sparen und die Versorgungssicherheit zu gewährleisten: „Strom teuer zu er-

zeugen, der dann mangels sinnvoller Verwertung oder fehlender Netze abgeregelt werden muss, schadet der Akzeptanz der Energiewende.“

Der Ausbau der Netze, Speicher und Gaskraftwerke müsse mit dem Ausbau der Erzeugungskapazitäten der Erneuerbaren Energien Schritt halten. Dazu müssten die Rahmenbedingungen gezielt angepasst werden und auch mehr Flexibilität auf Verbraucherseite geschaffen werden, damit nicht so viel erzeugte Energie abgeregelt werden und volkswirtschaftliche Potenziale vergeudet werden.

Ausbau wasserstofffähiger Gaskraftwerke

Auch der seit Jahren versprochene Ausbau wasserstofffähiger Gaskraftwerke sei nun endlich umzusetzen. Seit Jahren, so Aiwanger, kündige der Bund einen Rahmen für die Gaskraft an, um den Ausbau der Erneuerbaren mit sicherer Grund- und Spitzenlast zu hinterlegen. „Das muss jetzt schnellstmöglich passieren, sonst verlässt die energieintensive Industrie mangels Versorgungssicherheit verstärkt den Standort Deutschland.“

Im Gespräch mit Bundeswirtschaftsministerin Reiche drängte Bayerns Energieminister auf Verlässlichkeit bei der Planung von Windvorrangflächen bis 2032.

Seinen Angaben zufolge soll die vom Bund angekündigte Evaluation des Ausbaus der Erneuerbaren Energien nach Reiches Zusage in enger Abstimmung mit den Ländern erfolgen. Gerade bei den Flächenzielen für Windkraft sei Planungssicherheit zugesagt worden, „was ich ausdrücklich begrüße und für nötig erachte, nachdem dazu zuletzt Spekulationen aufgekommen sind“.

Schub für die Windkraft

Aiwanger zufolge „sind die kommunalen Planungsverbände in Bayern aktuell bereits sehr weit in ihrer Arbeit und wollen die Ausweisung der Windkraft-Vorrangflächen möglichst in einem Akt bis 2032 erledigen, nicht schrittweise. Wir wollen in Bayern die bisherigen Bundesvorgaben von 1,1 Prozent der Landesfläche für Windkraft bis 2027 und 1,8 Prozent bis 2032 einhalten, um der Windkraft Schub zu verleihen und die Kommunen dabei zu unterstützen, ihre Planungen wie begonnen fortzusetzen.“

Die regelmäßige Evaluation der Ausbauziele der Erneuerbaren Energien, wie vom Bund angekündigt, sei wichtig und richtig, so der Staatsminister. „Allerdings dürfen dabei nicht die Flächenkulissen für die Windkraft über den Haufen geworfen werden, die mittlerweile Planungsgrundlage unserer Behörden und der Politik sind. Dies ist auch breiter Konsens der anderen Bundesländer und auch der Vertreter der Bundespolitik auf der Energieministerkonferenz. Das heißt für uns in Bayern, dass wir die laufende Arbeit bei der Festlegung der Windkraftflächen in Bayern fortsetzen können.“

Neuer Förderaufruf bis 4. Juli

Der neue Förderaufruf soll vom 02. Juni 2025 bis 04. Juli 2025 geöffnet sein. In diesem Zeitraum können Anträge für die Beschaffung und Errichtung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur, einschließlich des dafür erforderlichen Netzanschlusses, eingereicht werden. Aiwanger betont: „Wir ruhen uns beim Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht auf unseren Lorbeeren aus. Wir unterstützen den Ausbau in Bayern weiterhin kräftig und fordern den

Förderprogramm „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern 2.0“:

Neuer Förderaufruf startet im Frühsommer

Das Bayerische Wirtschaftsministerium investiert mit dem fünften Aufruf im Förderprogramm „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern 2.0“ wieder kräftig in den Ausbau der Ladeinfrastruktur. Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger: „Die bisherigen Aufrufe waren alle ein großer Erfolg. Daher stellen wir in diesem Jahr für die fünfte Runde weitere zwei Millionen Euro bereit.“

Bayern liegt nach absoluten Zahlen bei der Ladeinfrastruktur im Bundesländervergleich auf Platz 1. Rund jeder fünfte öffentliche Ladepunkt in Deutschland steht in Bayern. Aktuell gibt es im Freistaat über 31.463 öffentlich zugängliche Ladepunkte, darunter 24.343 AC-Normal-Ladepunkte (77 Prozent) und rund 7.120 DC-Schnellladepunkte (23 Prozent). Die Anzahl der durchgeführten Ladevorgänge an öffentlichen Ladepunkten in Bayern verzeichnete auch im letzten Quartal wieder einen neuen Rekordwert.

Neuer Förderaufruf bis 4. Juli

Der neue Förderaufruf soll vom 02. Juni 2025 bis 04. Juli 2025 geöffnet sein. In diesem Zeitraum können Anträge für die Beschaffung und Errichtung öffentlich zugänglicher Ladeinfrastruktur, einschließlich des dafür erforderlichen Netzanschlusses, eingereicht werden. Aiwanger betont: „Wir ruhen uns beim Ausbau der Ladeinfrastruktur nicht auf unseren Lorbeeren aus. Wir unterstützen den Ausbau in Bayern weiterhin kräftig und fordern den

Bund auf, seine Fördermaßnahmen wieder aktiv anzukurbeln.“

Anreize für kleinere Kommunen

Antragsteller können erneut natürliche und juristische Personen sein. Ähnlich wie beim letzten Mal sollen auch in diesem Aufruf insbesondere kleineren Kommunen Anreize für eine Antragstellung gegeben werden. Es sind mindestens 1 Schnell-Ladepunkt bzw. mindestens 4 Normal-Ladepunkte pro Standort aufzubauen.

Das bayerische Förderprogramm „Öffentlich zugängliche Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in Bayern 2.0“ wird von der Kompetenzstelle Elektromobilität bei der Bayern Innovativ GmbH betreut.

Detaillierte Informationen über das Programm sind abrufbar unter <https://www.bayern-innovativ.de/de/seite/foerderprogramm-ladeinfrastruktur-elektrofahrzeuge-2-0/>.

Nähere Informationen, wo sich Ladesäulen befinden, gibt der Ladeatlas Bayern (www.ladeatlas.bayern). □

Rückenwind für Windkraft im bayerischen Staatswald

Minister Aiwanger besuchte Baustelle im Hofolding Forst

Bei strahlendem Frühlingswetter hat Bayerns Wirtschaftsminister Hubert Aiwanger gemeinsam mit den Bürgermeistern der Gemeinden Otterfing, Aying und Sauerlach sowie Vertretern der Bayerischen Staatsforsten eine Windkraft-Baustelle im Hofolding Forst besucht. Im Fokus: Der Fortschritt beim Bau von drei modernen Windrädern und das breite Bündnis, das dieses Projekt ermöglicht hat.

„Ein guter Tag für die Energiewende in Bayern“, fasste Minister Aiwanger den Besuch zusammen. Die drei Windkraftanlagen mit einer Nabenhöhe von 166 Metern entlang der A8 sollen künftig rund 8.500 Haushalte mit regional produziertem Ökostrom versorgen. Aiwanger lobte dabei ausdrücklich die Bayerischen Staatsforsten, deren Flächen eine wichtige Rolle beim beschleunigten Ausbau der Windenergie spielen. Allein im Jahr 2025 sollen 30 weitere Windräder auf Staatswaldflächen entstehen. Langfristig sei ein Ziel von bis zu 500 Anlagen realistisch.

Bürgerbeteiligung entscheidend für den Projekterfolg

Ein zentrales Thema des Vorterminals war die hohe Ak-

zeptanz in der Bevölkerung. Bürgermeisterin Barbara Bogner (Sauerlach), seit über einem Jahrzehnt im Projekt engagiert, erinnerte an zahlreiche Rückschläge – unter anderem durch die 10H-Abstandsregel – und hob hervor, wie entscheidend Bürgerbeteiligung für den Projekterfolg war: „Innerhalb von zweieinhalb Stunden waren 6 Millionen Euro von Bürgerinnen und Bürgern gezeichnet – mehr ließ die Plattform nicht zu.“

Parteiübergreifende Zusammenarbeit

Auch Bürgermeister Michael Falkenhahn (Otterfing, SPD) betonte die parteiübergreifende Zusammenarbeit als Erfolgsfaktor: „Wir haben hier einen CSU-, einen SPD- und eine Freie-Wähler-Bürgermeisterin. Aber wenn man ein gemeinsa-

mes Ziel hat, spielt das Parteibuch keine Rolle.“ Die Bürgermeister bescheinigten sich gegenseitig einen „festen Zusammenhalt“ über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg.

Aiwanger nutzte die Gelegenheit, um mit einigen Mythen zur Windkraft im Wald aufzuräumen. Der Bau bedeute zwar einen Eingriff, jedoch werde der umgebende Wald ökologisch aufgewertet – etwa durch die Aufforstung mit standortgerechten Baumarten. Zudem kämen getriebelose Windräder zum Einsatz, die besonders wartungsarm und wasserschutzverträglich seien. Das Fundament mit einem Durchmesser von 25 Metern werde flach gegründet, um Eingriffe in den Baugrund zu minimieren.

Zukunft der Stromnetze

Ein weiteres zentrales Thema: die Zukunft der Stromnetze. Aiwanger warnte davor, bei Genehmigungen für Windräder „ins Leere zu laufen“, wenn die Netzkapazitäten nicht mitwachsen. Auch Speichertechnologien, etwa Wasserstoff, müssten konsequent weiterentwickelt werden.

Die anwesenden Vertreter der Herstellungsfirma und der Staatsforsten betonten die professionelle Zusammenarbeit und die besondere Herausforderung des Baus im Wasserschutzgebiet. Gleichzeitig sei man stolz, Teil eines Vorhabens zu sein, das zum Vorbild für andere Regionen werden könne – auch jenseits des Hofolding Forstes.

Der Windpark steht exemplarisch für ein neues Kapitel der bayerischen Energiepolitik: pragmatisch, lokal verwurzelt, ökologisch verantwortbar – und getragen von einer breiten Allianz aus Kommunen, Bürgern, Verwaltung und Politik. Schon bald sollen die Anlagen ans Netz gehen. Dann wird aus Symbolpolitik messbarer Beitrag zur Energiewende. MH



Baustellenbesuch kurz vor der Fertigstellung der Windräder. V.l.: Jens Zangenfeind, Stellvertreter des Landrats, Landkreis Miesbach; Martin Neumeyer (Vorstandsvorsitzender Bayerische Staatsforsten); Hubert Aiwanger (Wirtschaftsminister und Aufsichtsratsvorsitzender BaySF), Peter Wagner (Bürgermeister Aying); Michael Falkenhahn (Bürgermeister Otterfing); Barbara Bogner (Bürgermeisterin Sauerlach). Bild: Michael von Hassel - FOTO ART

Für den Bürgerenergiepreis suchen wir:

Energie-Sparer, Klima-Schützer, Öko-Helden...

... die mit ihren Ideen und Projekten einen Impuls für die Energiezukunft in der Region setzen. Teilnehmen können Privatpersonen, Vereine, Schulen oder Kindergärten.

Mehr unter bayernwerk.de/buergerenergiepreis

bayernwerk

Förderprogramm BioWärme Bayern:

Holzenergie hat Zukunft

Bayerisches Wirtschaftsministerium würdigt vorbildliche Projektinitiativen

Holz hat im erneuerbaren Energiemix einen festen Platz. Das zeigt der Erfolg des Förderprogramms BioWärme Bayern. Seit zwei Jahren fördert das Bayerische Wirtschaftsministerium damit den Bau von Biomasseheizwerken und zugehörigen Wärmenetzen. Im Freistaat wurden dadurch bereits nahezu 100 Vorhaben zur effizienten Nutzung des nachwachsenden Energieträgers Holz realisiert.

Nach Angaben von Bayerns Wirtschafts- und Energieminister Hubert Aiwanger „heizt fast jeder zweite Haushalt im Freistaat mit Holz. Der Rohstoff wächst nach und ersetzt fossile Energieträger wie Öl und Gas und ist vor der Haustür verfügbar. Die geförderten Projekte sparen schon jetzt rund 22.000 Tonnen CO₂ pro Jahr ein. Das entspricht rund 7 Millionen Litern Heizöl oder 350 mittelgroßen Tanklastern.“

Stellvertretend für alle seit 2023 geförderten Vorhaben erfordern nun einige Projektinitiativen eine besondere Würdigung durch Amtschefin Dr. Sabine Jarrothe, die im Wirtschaftsministerium Förderkunden überreichte. Die Vorhaben versorgen Wohngebiete und Wohnanlagen, ein Hotel, ein Schulzentrum sowie Hallenbäder und liefern Prozesswärme für Unternehmen.

Aus der Oberpfalz erhielt die Bayerwerk Natur GmbH eine Förderurkunde. In Tirschenreuth soll das bestehende Schulzentrum mit Turnhalle und Hallenbad mit Wärme aus einem neuen Biomasseheizkessel gespeist werden. Die Gebäude werden bereits seit 2009 über einen zentralen Hackgut- und einen Erdgaskessel versorgt. Der alte Biomassekessel wird nun durch einen Neuen mit gleicher Leistung er-

setzt. Bisher wurden in der Oberpfalz Zuwendungen für 14 Projekte in Höhe von rund 1,4 Millionen Euro bewilligt und somit Investitionen in Höhe von über 5,3 Millionen Euro ausgelöst.

Aus Oberfranken wurden die Verantwortlichen des Projekts „Biomasseheizwerk Bad Staffelstein - Zur Herrgottsmühle“ gewürdigt. Der Betreiber des Hotels im Landkreis Lichtenfels plant die Errichtung eines Biomasseheizwerks zur Wärmeversorgung seiner Hotelgebäude. Das geplante Heizwerk mit einer Leistung von 149 Kilowatt soll abseits des Hotelkomplexes errichtet werden und dieses über eine Wärmeleitung versorgen. In der Energiezentrale des Hotels ist Platz für zwei Biomassekessel sowie die Holzvergassungsanlage vorgesehen. Bisher wurden in Oberfranken Zuwendungen für sechs Projekte in Höhe von 746.752 Euro bewilligt. Investiert wurden über 3,5 Millionen Euro.

Aus Niederbayern erhielten die Verantwortlichen für die Projekte „Biomasseheizwerk Steinach“ und „Biomasseheizwerk Hofkirchen“ Förderurkunden. In Steinach im Landkreis Straubing-Bogen plant die Saatzucht Steinach GmbH & Co. KG die Errichtung einer neuen Lagerhalle für Getreide und Gräser mit integriertem

Heizwerk. Die neue Heizzentrale soll über ein kompaktes Wärmenetz alle Gebäude und Gewächshäuser auf dem Betriebsgelände versorgen und Prozesswärme für die Trocknung der Schüttgüter bereitstellen. Zum Teil wird die Anlage mit eigenem Waldrestholz versorgt.

In Hofkirchen im Landkreis Passau besteht seit vielen Jahren ein ausgedehntes Nahwärmenetz, unter anderem mit einer Schule, einem Freibad und einem Lebensmittel-Großhändler als Großabnehmer. Nun soll es ausgebaut werden. Für die Mittellast als Ergänzung zu einer bestehenden Holzvergaser-Kraftanlage investiert der Zuwendungsempfänger in zwei baugleiche Wärmeerzeuger für Hackschnitzel. Diese können in das bestehende Heizhaus integriert werden. Zudem wird ein neuer Großwärmespeicher neben dem Heizhaus im Freien aufgestellt. Bisher wurden in Niederbayern Zuwendungen für 25 Projekte in Höhe von rund 2,9 Millionen Euro bewilligt. Die Investitionen belaufen sich auf über 14,5 Millionen Euro.

Aus Unterfranken wurde die ECS Energie-Contracting Spessart GmbH aus dem Landkreis Würzburg gewürdigt. Auf dem Gutshof des Schlosses in Uettingen soll eine Wohnanlage mit 24 Wohneinheiten entstehen, die über ein kompaktes Wärmenetz durch Wärme aus naturbelassenen Holzhackschnitzeln versorgt werden sollen. Die ECS Energie-Contracting Spessart GmbH liefert die Wärme als Con-

traktor für die Wohnanlage. Gefördert wird der geplante Kessel für die Holzhackschnitzel mit einer Leistung von 160 Kilowatt. Bisher wurden in Unterfranken Zuwendungen für drei Projekte in Höhe von 172.231 Euro bewilligt und Investitionen in Höhe von knapp 900.000 Euro ausgelöst.

Aus Mittelfranken erhielten die Verantwortlichen für die Projekte „Biomasseheizwerk Pfofeld“ und „Biomasseheizwerk Greding am Hallenbad“ Förderurkunden. In Pfofeld im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen betreibt eine Genossenschaft ein Wärmenetz, das zu einem Großteil durch die Nutzwärme aus zwei Biogasanlagen gespeist wird. Im Zuge einer Nachverdichtung des Bestandsnetzes konnten nun weitere Anschlussnehmer hinzugezogen werden, darunter auch der Bauhof der Gemeinde. Ein dritter Biomassekessel soll die Versorgung nun sicherstellen.

In Greding im Kreis Roth soll ein Nahwärmenetz erweitert und der vorhandene Gasspitzenlastkessel durch einen Biomassekessel ersetzt werden, um in Zukunft 100 Prozent Erneuerbare Energien für die Wärmeversorgung zu nutzen. Zu den Abnehmern zählt neben verschiedenen Wohnhäusern auch das örtliche Hallenbad, das über das ganze Jahr Wärme benötigt. Bisher wurden in Mittelfranken Zuwendungen für 22 Projekte in Höhe von knapp 2,3 Millionen Euro bewilligt. Die Investitionen belaufen sich auf über 7,8 Millionen Euro.

Aus Schwaben wurden die Verantwortlichen für das Projekt „Biomasseheizwerk Ziertheim Pelletwerk“ gewürdigt. In Ziertheim im Landkreis Dillingen an der Donau erzeugen derzeit zwei Biogasanlagen in unmittelbarer Nähe zum Pelletwerk Strom und Wärme. Eine dritte Anlage ist im Bau. Bislang wurde die Abwärme der Biogas-Blockheizkraftwerke zur Trocknung der Sägespäne am Pelletwerk eingesetzt. Es ist geplant, das erzeugte Biogas zukünftig vorwiegend zu Biomethan aufzubereiten, wodurch deutlich weniger Abwärme zur Verfügung stehen wird. Investiert wird deshalb in ein neues Biomasseheizwerk und einen Nahwärmeverbund zwischen den Biogasanlagen, der Methanaufbereitungsanlage und dem Pelletwerk. Bisher wurden in Schwaben Zuwendungen für vier Projekte in Höhe von knapp 680.000 Euro bewilligt und über 2,7 Millionen Euro investiert.

Aus Oberbayern erhielten die Verantwortlichen der Projekte „Biomasseheizwerk Eurasburg-Sterz“ und „Biomasseheizwerk Aßling“ Förderurkunden. Im Eurasburger Ortsteil Sterz (Kreis Bad Tölz-Wolfratshausen) entsteht ein Biomasseheizwerk, das einige Wohngebäude in Hofstätt und ganz Sterz, darunter auch den Golfclub, über ein neu gebautes Nahwärmenetz mit Energie versorgen wird. Die Wärme soll über zwei baugleiche Hackschnitzelkessel bereitgestellt werden. Als Brennstoff dienen Hackschnitzel aus Restholz aus den Wäldern der Region. Bisher wurden die Wohngebäude hauptsächlich mit Heizöl oder Stückgutkesseln beheizt.

In Aßling (Landkreis Ebersberg) müssen die Hausbesitzer in einem Straßenzug ihre alten Ölheizungsanlagen nach und nach erneuern. Im Zuge dessen erklärte sich ein Contractor bereit, ein neues Biomasseheizwerk zu errichten und in einen Nahwärmeverbund zu investieren. Etwa ein Dutzend Nachbarn haben sich dazu entschieden, sich an das Wärmenetz anzuschließen. Die Wärme wird künftig von einem Hackschnitzelkessel erzeugt. Bisher wurden in Oberbayern Zuwendungen für 36 Projekte in Höhe von über 4,8 Millionen Euro bewilligt und somit Investitionen in Höhe von über 18,2 Millionen Euro ausgelöst. **DK**



V.l.: Die LEW-Vorstände Christian Barr und Dietrich Gemmel. Bild: LEW

LEW-Jahrespressegespräch 2025:

Effiziente Energiewende für Südwestbayern

Wie kann die Energiewende nachhaltig, sicher und bezahlbar gelingen? Diese zentrale Frage stand im Mittelpunkt des LEW-Jahrespressegesprächs – in diesem Jahr vor der historischen Kulisse des Wasserkraftwerks Gersthofen. Die beiden LEW-Vorstände Christian Barr und Dietrich Gemmel präsentierten dabei eine klare Vision für die Zukunft des Energiesystems in der Region – und fünf konkrete Lösungsansätze für eine pragmatische Umsetzung der Energiewende.

Die Lechwerke zeigen, wie der Umbau des Energiesystems gelingen kann: Im Netzgebiet der LEW Verteilnetz GmbH (LVN) speisen heute mehr als 130.000 regenerative Anlagen Strom ein – vorrangig aus Photovoltaik und Wasserkraft. 2024 deckte die Jahrerzeugung bereits über 90 Prozent des Verbrauchs im Netzgebiet – deutlich mehr als der bundesweite Durchschnitt von rund 63 Prozent.

LEW investierte in den vergangenen vier Jahren rund 800 Mio. Euro in die regionale Strominfrastruktur, vor allem zur Modernisierung und Erweiterung des Verteilnetzes. Bis 2028 sind weitere 1,2 Mrd. Euro geplant. Die Investitionen stärken nicht nur die Versorgungssicherheit, sondern auch die regionale Wertschöpfung: Allein 2024 flossen über 100 Mio. Euro an Aufträgen an heimische Betriebe.

Um die Energiewende langfristig effizient zu gestalten, setzen Barr und Gemmel auf fünf strategische Ansätze:

- **Marktbasierter Ausbau:** Eine konsequente CO₂-Bepreisung soll Investitionen in erneuerbare Energien attraktiver machen. Gleichzeitig sollen sich Großanlagenbetreiber stärker am Netzausbau beteiligen.
- **Sektorenkopplung fördern:** Die Elektrifizierung von Wärme, Verkehr und Industrie erhöht die Netzauslastung und senkt die spezifischen Netzkosten. Wichtig sei dabei, so Gemmel, die dauerhafte Wettbewerbsfähigkeit der Strompreise.
- **Netzausbau effizient gestalten:** Durch intelligentes Lastmanagement und eine Kombination von PV und Windkraft kann der Bedarf an Netzausbau deutlich re-

duziert werden – Einsparpotenzial: bis zu 30 Prozent.

- **Genehmigungen beschleunigen:** Obwohl neue Trassen meist auf bestehenden verlaufen, dauern Genehmigungen oft Jahre. Die LEW fordert verkürzte Verfahren für Vorhaben in Bestandsnetzen und eine stärkere Gewichtung des öffentlichen Interesses.
- **Flexibilität und gesicherte Leistung nutzen:** Neben smarter Steuerung mittels KI bleibt auch die Wasserkraft ein zentraler Pfeiler der Energieversorgung – grundlastfähig, klimaneutral und regional verfügbar.

Technologische Innovationen als Schlüssel

Ein Beispiel für die Verbindung von Tradition und Innovation ist das am Standort Gersthofen vorgestellte Hybridsystem aus Batteriespeicher und Wasserkraftwerk. Es ermöglicht eine höhere Flexibilität bei gleichzeitiger Versorgungssicherheit. Weitere Projekte wie die „Einspeisesteckdose“, intelligente Energiemanagementsysteme oder KI-gestützte Netzsteuerung sollen den Übergang zur Klimaneutralität vorantreiben.

Die LEW sieht sich als Vorreiter einer regional verankerten, realisierbaren Energiewende. „Wir haben die Technologien, wir haben das Know-how – jetzt braucht es politische und regulatorische Weichenstellungen, um Effizienzreserven zu heben und die Energiewende gemeinsam voranzubringen“, so Vorstand Christian Barr. Seine Botschaft an die Politik: Eine erfolgreiche Energiewende ist machbar – wenn sie pragmatisch, planvoll und partnerschaftlich gestaltet wird. **□**



Energyminer erhält behördliche Genehmigung für Lechprojekt

Energyminer teilt mit, dass die zuständige Behörde der Stadt Augsburg die Genehmigung für die Installation des ersten kleinen Energyfish-Schwarmkraftwerks in Bayern erteilt hat.

Mit der Genehmigung im Rücken startet Energyminer gemeinsam mit Prof. Geist von der TU München ein Forschungsprojekt, das auch den ökologischen Aspekt in den Mittelpunkt stellt. Der Energyfish, der speziell für die sichere Stromerzeugung in Fließgewässern entwickelt wurde, ist auf der Grundlage detaillierter Fisch- und Umweltstudien konzipiert worden. Das Projekt sieht daher von Anfang an Maßnahmen vor, die sicherstellen, dass der natürliche Zustand des Lechs und seine ökologischen Funktionen erhalten bleiben. Durch die kontrollierte, zeitlich befristete und wissenschaftlich begleitete Installation der fünf Anlagen wird sichergestellt, dass mögliche Einflüsse transparent bewertet werden und der Schutz des Gewässers gewährleistet ist. Die Installation der Anlagen soll erst dann erfolgen, wenn erste positive Teilergebnisse der Studie vorliegen. Dazu werden derzeit Untersuchungen an der Pilotanlage im Auer Mühlbach in München vorgenommen. **Bild: Energyminer GmbH**

Unser Marktplatz schließt die Finanzierungslücke für kommunale Projekte

So werden auch anspruchsvolle Klimavorhaben durch zusätzliche Eigenmittel Wirklichkeit!

WIR HABEN DIE LÖSUNG

Wir bringen Klimaschutz-Projekte und Klima-Finanzierer sicher zusammen.

www.kom2kom.com

KOM2KOM

Klimaschutz#Dahaam Marktplatz für regionale CO₂-Reduktionsprojekte

Kirchenthumbach wird Knotenpunkt der Energiewende

Neues Umspannwerk stärkt Versorgung und Europa-Anbindung

Mit dem Bau eines neuen Umspannwerks in Kirchenthumbach setzt die Bayernwerk Netz GmbH ein bedeutendes Zeichen für die regionale Energiewende und die europäische Zusammenarbeit. Das Projekt wurde Anfang Mai feierlich gestartet – mit Beteiligung von Dr. Daniela Groher (Vorstandsmitglied der Bayernwerk AG), Tobias Gotthardt (Staatssekretär im Bayerischen Wirtschaftsministerium) sowie Wolfgang Bücherl (Vertretung der Europäischen Kommission in München). Das Umspannwerk ist Teil des EU-geförderten Projekts „Gabreta Smart Grids“, das den grenzüberschreitenden Ausbau und die Digitalisierung der Energieverteilnetze in Bayern und Böhmen vorantreibt. Die Investitionskosten belaufen sich auf rund 23,4 Millionen Euro.

Die neue Anlage mit einer Trafobleistung von 150 Megavolt-Ampere verbessert die Einspeisung erneuerbarer Energien in das regionale Netz und verbindet Mittel- mit Hochspannung. Rechnerisch entspricht die Leistung rund 15.000 PV-Anlagen auf Einfamilienhäusern. Für Groher ist das Umspannwerk ein zentraler Netzknoten im Landkreis Neustadt a.d. Waldnaab: „Ohne Umspannwerk geht nichts.“ Der grüne Strom gelangt über die neue Infrastruktur zu Haushalten und Betrieben in der Region.

Schlüsselrolle

Staatssekretär Gotthardt hob die hohe Dynamik der Energiewende hervor: „Allein im Bayernwerk-Netz gingen 2024 über 80.000 neue Erneuerbare-Anlagen ans Netz.“ Der Netzausbau sei entscheidend, um mit dem Tempo Schritt zu halten. Das Umspannwerk in Kirchenthumbach

erfülle dabei eine Schlüsselrolle – auch mit Blick auf die erste direkte Verbindung der deutschen und tschechischen Verteilnetze. Als Ostbayer betonte Gotthardt die besondere europäische Dimension des Projekts.

Klimaneutral bis 2050

Die Europäische Union fördert „Gabreta Smart Grids“ mit insgesamt 100 Millionen Euro aus dem CEF-Programm. Kirchenthumbach ist eines von zwei Umspannwerken im Bayernwerk-Netz, das zu 50 Prozent davon profitiert. Für Kommissionsvertreter Bücherl zeigt das Projekt beispielhaft, wie europäische Klimaziele lokal umgesetzt werden können: „Bis 2050 will Europa klimaneutral sein. Dafür brauchen wir moderne, leistungsfähige Netze.“ Gabreta leiste einen entscheidenden Beitrag zur grenzüberschreitenden Netzmodernisierung.

Der Bedarf an leistungsfähiger Infrastruktur wächst rasant: Die Bayernwerk Netz GmbH verzeichnet im Landkreis Neustadt an der Waldnaab eine stetig steigende Zahl dezentraler Einspeiser, darunter Photovoltaik-Anlagen und Biogasanlagen. Gleichzeitig steigt der Verbrauch – durch mehr E-Mobilität, Wärmepumpen und elektrifizierte Industrieprozesse. Groher betonte: „Die Maßstäbe unserer Energieversorgung verändern sich. Energienetze bleiben das Fundament eines sicheren Systems.“

Regionale Wertschöpfung

Neben der Versorgungssicherheit steht auch die regionale Wertschöpfung im Fokus: Am Bau des Umspannwerks sind bayerische Firmen wie Ingenieurbau Oberland GmbH, Schneider und Partner Ingenieur-Consult GmbH sowie die Elektrotechnik Oelsnitz GmbH beteiligt. Bis 2026 investiert die Bayernwerk Netz insgesamt über 6,2 Milliarden Euro in den Netzausbau. Umspannwerke wie das in Kirchenthumbach sind unverzichtbare Schnittstellen im Stromnetz. Hier treffen Hoch- und Mittelspannung zusammen, die Spannung wird über Transformatoren angepasst und die Energie gezielt verteilt. So sichern sie eine zuverlässige Stromversorgung für Gemeinden, Unternehmen und Bürger – heute und morgen. □

Markt Dinkelscherben und energie schwaben:

25 Jahre vertrauensvolle Partnerschaft

In Zukunft stellen grüne Gase die zuverlässige Energieversorgung im bestehenden Netz sicher

Das Jubiläum ihrer Partnerschaft feierten die Marktgemeinde Dinkelscherben und die energie schwaben Gruppe Ende April. energie schwaben stellt seit 1999 die zuverlässige und nachhaltige Energieversorgung in Dinkelscherben sicher.

„Der Markt Dinkelscherben setzt mit energie schwaben auf einen verlässlichen Partner. Die zuverlässige, leistungsfähige und nachhaltige Versorgung mit Gas bietet Planungssicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger – sowohl Familien als auch Gewerbetreibende. Auch kommunale Einrichtungen sind ans Gasnetz angeschlossen“, sagte Edgar Kalb, Erster Bürgermeister in Dinkelscherben.

2.500 Euro für soziale Zwecke

Heute verfügt Dinkelscherben über mehr als 20 Kilometer Ortsverteiltleitung und 444 Hausanschlüsse. Neben dem Hauptort ist auch der Ortsteil Oberschöneberg seit 2012 angeschlossen. Auch Gewerbebetriebe und kommunale Einrichtungen profitieren von der sicheren Energiever-

sorgung. Bereits 2002 etwa wurde das Seniorenheim angeschlossen. Damit ist Dinkelscherben für die Energiezukunft gut aufgestellt.

Fließt heute noch überwiegend Erdgas durch die Rohrnetzleitungen, kann in Zukunft neben Biomethan auch Wasserstoff als innovativer und umweltschonender Energieträger im bestehenden Gasnetz transportiert werden. Grüner Wasserstoff wird vollständig aus erneuerbaren Quellen gewonnen. Er kann für industrielle Zwecke eingesetzt werden, aber auch um Strom und Wärme in Privathaushalten oder öffentlichen Einrichtungen zu erzeugen.

Helmut Kaumeier, Kommunalkundenmanagement energie schwaben, betonte: „Die Gasnetze bleiben wesentlicher Bestandteil der Infrastruktur für eine zu-

verlässige Energieversorgung, unter anderem für Wasserstoff. Ohne klimaneutrale Gase werden wir unsere Klimaziele nicht erreichen.“

Information Dinkelscherben

Die Marktgemeinde Dinkelscherben hat knapp 7.000 Einwohner in 21 Gemeindeorten. Die Lage im Herzen des Naturparks Augsburg-Westliche Wälder sorgt für einen hohen Freizeitwert; ein breites Angebot für Kultur und Tourismus zeichnet den Ort aus. Doch auch für Gewerbebetriebe bestehen hier gute Voraussetzungen: Über die Anschlussstelle des Nachbarortes Zusmarshausen ist Dinkelscherben über die Autobahn A8 erreichbar.

Information energie schwaben

Aktuell sind 212 Städte und Gemeinden an 7.300 Kilometer Rohrnetzleitungen in Bayerisch-Schwaben angeschlossen. Sowohl öffentliche Einrichtungen als auch private Haushalte nutzen Leistungen von energie schwaben und der hundertprozentigen Tochterunternehmen energie schwaben netz. Bereits heute sind mehr als 95 Prozent des Gasverteilnetzes von schwaben netz Wasserstoff-ready.

Gas ist der Partner der erneuerbaren Energien und lässt alle Zukunftsoptionen zu – vor allem klimaschonendes Biogas und grünen Wasserstoff.

energie schwaben bietet neben der Versorgung mit Gas und Strom Dienstleistungen rund ums Thema Energie für Kommunen, Wohnungswirtschaft, Gewerbe und Industrie sowie für Privathaushalte.

Mehr Information unter energie-schwaben.de und schwaben-netz.de. □



Spatenstich für das neue Umspannwerk der Bayernwerk Netz in Kirchenthumbach. V.l.: Karolina Forster, stv. Landrätin, Wolfgang Bücherl, Vertreter der Europäischen Kommission, Bayernwerk-Vorständin Dr. Daniela Groher, Staatssekretär Tobias Gotthardt, Bürgermeister Ewald Plößner und Michael Renghart, Leiter Bau Umspannwerke Bayernwerk Netz.

Bild: Christian Martens, Bayernwerk

Adiabatische Kühlung mit GSWT®

Energieeffizienz steigern, Investitionskosten senken

Für kommunale Entscheider, die Wirtschaftlichkeit, Klimaschutz und Versorgungssicherheit vereinen wollen, bietet die Kombination aus adiabatischer Kühlung und GSWT®-Technologie eine hocheffiziente Lösung zur Klimatisierung öffentlicher Gebäude. Entwickelt und bereitgestellt von der SEW® GmbH aus Kempen, senkt das System den Energieverbrauch sowie Betriebskosten und reduziert gleichzeitig Investitionen in Kälte-, Rückkühl- und Elektrotechnik.

Effiziente Kühlung

Kern des Konzepts ist die indirekt adiabatische Verdunstungskühlung (IAVK): Dabei wird Abluft über einen Oberflächenbefeuchter befeuchtet und verdunstet – die dabei entstehende Kälte wird über ein Kreislaufverbundsystem (GSWT®) auf die Zuluft übertragen. Die Vorteile: keine Keim- oder Schadstoffübertragung, kei-

ne zusätzliche Wasseraufbereitung und kein Aerosolrisiko. Bei Außentemperaturen von 34 °C kann die Zuluft auf ca. 24 °C abgesenkt werden – ohne direkte Befeuchtung der Raumluft.

Das GSWT®-System bietet Rückwärmzahlen bis zu 80 Prozent und hohe Betriebssicherheit durch absperzbare Wärmetauscherschichten. Die kompakte Bauweise ermöglicht zudem

eine deutlich kleinere Auslegung der Kältetechnik und reduziert die Elektroanschlussleistung. Auch an Hitzetagen oberhalb der Auslegungstemperatur bleibt die Kühlung stabil: IAVK kann etwa 75 Prozent der darüber hinausgehenden Wärmeleistung kompensieren – ein erheblicher Vorteil angesichts zunehmender Hitzeperioden.

Hohe Wirtschaftlichkeit

Für kommunale Gebäude wie Schulen, Rathäuser oder Verwaltungszentren ergibt sich dadurch ein großes Einsparpotenzial bei Investitions- und Betriebskosten. Die Technologie ist zudem nachrüstbar und trägt zur Erfüllung kommunaler Klimaziele bei. Die GSWT®-Lösung ist praxiserprobt, robust und bietet Planern und Bauherren Planungssicherheit bei gleichzeitiger Zukunftsfähigkeit der Gebäudetechnik. □



Einen symbolischen Scheck über 2.500 Euro als Spende für soziale Zwecke in Dinkelscherben erhielt Edgar Kalb, Erster Bürgermeister in Dinkelscherben (Mitte), zum Jubiläum 25 Jahre Gas in der Marktgemeinde. V.l.: Ralf Frisch und Helmut Kaumeier, Kommunalkundenmanagement energie schwaben, Gabriele Krybus und Maximilian Kleber, Konzessionsmanagement schwaben netz. Bild: Christina Bleier/energie schwaben



Mit der Kraft der Sonne selbst Strom produzieren

Sonnenenergie von Schwabens Dächern



GZ ZU GAST BEI ...

Welche Kommune und wie viele Einwohner vertreten Sie?

Ich bin Bürgermeisterin der Gemeinde Geiselbach. In den beiden Ortsteilen Geiselbach und Omersbach leben insgesamt 2.070 Menschen.

Wann haben Sie Ihr Amt angetreten und sind Sie hauptamtlich oder ehrenamtlich tätig?

Ich habe das Amt als ehrenamtliche Bürgermeisterin am 1. Mai 1984 angetreten.

Welchem Beruf sind Sie vor Amtsantritt nachgegangen bzw. üben Sie diesen nach wie vor aus?

Ich war zuvor Verwaltungsangestellte in Teilzeit. Teilzeit, wegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Den Beruf der Standesbeamtin in der eigenen Verwaltung übe ich immer noch aus.



Marianne Krohnen

Erste Bürgermeisterin der Gemeinde Geiselbach

Was war Ihr persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen?

Mein persönlicher Anreiz in die Kommunalpolitik zu gehen war u.a. der Gestaltungswille und die Bürgernähe durch den Aufbau einer eigenen Verwaltung zu verbessern.

Wie haben Sie sich vorbereitet?

Die Themen waren durch meine berufliche Tätigkeit nicht neu.

Wo lagen bei Ihrem Amtsantritt die Herausforderungen?

Als ich das Amt übernommen habe, waren wir noch Mitglied einer Verwaltungsgemeinschaft. Die besondere Herausforderung in den ersten Jahren war die Gemeinde Geiselbach mit OT Omersbach in die vollständige Eigenständigkeit zurückzuführen. 1994 sind wir aus der VG ausgeschieden und haben wieder unsere eigene Verwaltung.

Welche Themen beschäftigen Sie momentan?

Eines der größten Probleme derzeit ist die finanzielle Ausstattung der Gemeinde.

Der Landkreis Aschaffenburg hat in den zurückliegenden Jahren die Kreisumlage stark anheben müssen, was zu einer erheblichen finanziellen Mehrbelastung der Gemeinde führt. Gleichzeitig stehen wir aber vor der Aufgabe unsere beiden Kläranlagen zu ertüchtigen und ein neues Feuerwehrhaus zu bauen.

Womit werden Sie sich noch auseinandersetzen müssen/wollen?

In Zusammenarbeit mit einem Investor planen wir die Einrichtung einer Seniorenwohnanlage mit altersgerechten Wohnungen, Tagespflege und Pflegestützpunkt. In den vergangenen Jah-

ren mussten sehr viele Senior*innen wegziehen, weil keine geeigneten Wohnmöglichkeiten zur Verfügung standen. Ich bin sehr froh, dass wir dieses Problem wohl in Kürze gelöst haben werden.

Haben Sie einen wichtigen Ratschlag für junge Kolleginnen und Kollegen?

In der Ruhe liegt die Kraft. Wie beziehen Sie Kolleginnen und Kollegen / Bürgerinnen und Bürger / Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Ihre Arbeit und in Ihre Entscheidungsfindung ein?

Ich beziehe den Gemeinderat und die Bürgerschaft schon von Anfang an in die Ideenfindung ein.

Das gilt natürlich auch für unser Personal, denn sie sind diejenigen, die die Beschlüsse nachher umsetzen müssen. Die beste Idee nutzt nichts, wenn es nachher an der Umsetzung scheitert. Die Kollegen und Kolleginnen sind an den Themen in aller Regel wesentlich näher dran, als der Gemeinderat, insoweit tun wir gut daran, wenn wir ihren Rat in die Entscheidungsfindung einbeziehen. Da macht es auch keinen Unterschied, ob der Verbesserungsvorschlag von der Amtsleitung oder vom Bauhofmitarbeiter kommt. Der gegenseitige Respekt gebietet es, dass wir jede Meinung ernst nehmen.

Wieviel Einfluss wird die Digitalisierung auf die künftige Kommunalpolitik haben?

Als ich vor 40 Jahren meinen Dienst angetreten habe, haben noch mechanische Schreibmaschinen die Amtstuben beherrscht. Meine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ich haben in den vergangenen Jahren alle Möglichkeiten genutzt, um uns mit Hilfe der Digitalisierung die Arbeit zu erleichtern. Viele Behördengänge können unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger bereits von zu Hause aus erledigen.

Das wird in den nächsten Jahren noch sehr viel umfangreicher der Fall sein. Ich möchte aber auch betonen, dass es gerade in einer kleinen Gemeinde sehr wichtig ist, dass wir den persönlichen Kontakt zu unseren Mitbürgerinnen und Mitbürgern nicht verlieren. Der Computer kann die fachliche Beratung, das persönliche Gespräch, das freundliche Wort nicht ersetzen. Gerade deshalb ist es mir wichtig, dass wir zwar die Möglichkeiten nutzen, die uns die Digitalisierung bietet, dass die Türen des Rathauses aber jederzeit für den persönlichen Kontakt offenstehen.

Gibt es ein Lebensmotto, das Sie begleitet?

Tue recht und scheue niemand.

Wie wollen Sie in Erinnerung bleiben?

Ich will mir kein Denkmal setzen. In der nachhaltigen Entwicklung für alle Generationen würde ich gerne in Erinnerung bleiben.



Das Blumenband wird durchschnitten, der Drache brüllt, die Landessgartenschau Furth im Wald 2025 ist eröffnet, v.l.: Drachenstich-RitterTobias Jelinek, EU-Vertreter Wolfgang Bücherl, Generalkonsulin Ivana Červenkova, Bürgermeister Sandro Bauer, Ministerpräsident Markus Söder, LGS-Geschäftsführerin Claudia Knoll, Landrat Franz Löffler, Umweltminister Thorsten Glauber, Gerhard Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landessgartenschau GmbH, Regierungspräsident Walter Jonas und Ritterin Antonia Buschek.

Bild: Heidi Wolf, LGS 2025

Mit Drachengebrüll ins Further Jahrhundert-Ereignis

Die Landessgartenschau 2025 hat begonnen
Eröffnungsfeier mit Ministerpräsident und Umweltminister

Furth im Wald. Mit Drachengebrüll hat das Jahrhundert-Ereignis in der kleinen Grenzstadt begonnen! Eine knappe Stunde wartete der größte vierbeinige Schreitroboter der Welt in der Park-Arena mit dem spektakulären Dach, bis er das Startzeichen für die Bayerische Landessgartenschau Furth im Wald 2025 geben durfte. Sie findet bis zum 5. Oktober unter dem Motto „Sagenhaft viel erleben“ statt. Ministerpräsident Markus Söder war beeindruckt, wie bei diesem 23-Millionen Projekt Stadtentwicklung, Kultur und Natur zusammenspielen. „So etwas wie hier gibt es nicht einmal in München“, stellte er – den geschmückten Drachen im Rücken und die voll besetzte Park-Arena im Blick – launig fest. Den Gästen empfahl er, in die neue Welt in Furth im Wald einzutauchen: „Ihr könnt euch sehen lassen.“

Umweltminister Thorsten Glauber war vor einer Woche schon einmal da, um sich bei der großen Pressekonferenz vor dem Start einen Überblick über die Anlagen zu verschaffen, die mit der bisher höchsten Förderung entstanden sind. Dauerhafte Grün- und Erholungsanlagen für mehr Stadtgrün und mehr Lebensqualität seien geschaffen worden. „Über zehn Hektar Gartenschau-gelände bedeuten 14 Fußballfelder grüne Lebensfreude“, sagte Glauber, der auch die spektakuläre Architektur hervorhob. Er stellte das Dach der Park-Arena mit dem Zeltdach des Olympia-Stadions in München, das die Handschrift des großen Architekten Frei Otto trägt, in eine Reihe. „Das sind bleibende Werte im Stadtbild. Die Gartenschau wird aber auch im Herzen bleiben“, war sich Glauber sicher.

Enorme Unterstützung

Mit der Landessgartenschau beginnt für Furth im Wald eine neue Zeit“, freute sich Bürgermeister Sandro Bauer. Ohne die massive finanzielle Unterstützung von Freistaat Bayern und Europäischer Union hätte die Stadt diese enorme positive Veränderung nie geschafft, vor allem nicht in dieser kurzen Zeit. An dem Projekt sei die Stadt mit einem Eigenanteil von neun Millionen Euro beteiligt, ein Kraftakt bei der finanziellen Situation der Kommune, der sich aber jetzt schon voll auszahle. Die Stadt habe ein anderes Gesicht bekommen, der Gemeinschaftssinn in der Bevölkerung sei spürbar gewachsen; 200 Ehrenamtliche – so viele wie noch nie bei einer Landessgartenschau in Bayern – engagierten sich bei diesem Ereignis.

Wie wichtig der Grenzstadt Furth im Wald gute Beziehungen zu Tschechien sind, spielte in allen Reden eine Rolle. Als Zeichen der guten Verbindungen, die seit der Grenzöffnung 1990 gewachsen sind, kamen auch Ehrengäste aus Tschechien zur Eröffnungsfeier, an der Spitze die Generalkonsulin der Tschechischen Republik

in München, Ivana Červenkova. In einer Gesprächsrunde mit dem Chamer Landrat und Bezirksratspräsidenten Franz Löffler berichtete sie, wie sich die grenzüberschreitende Zusammenarbeit in den vergangenen Jahren intensiviert hat, vor allem seit es den Beirat für die deutsch-tschechische Zusammenarbeit gibt. Dieser wurde 2023 gegründet, um für eine optimale Abstimmung entlang der gemeinsamen Grenze zu sorgen, die zahlreichen Projekte und Initiativen – auch der Ministerien – zu koordinieren und als einheitlicher Ansprechpartner aufzutreten. Er soll das zentrale Instrument für den Austausch der Staatsregierungen zu grenzraumspezifischen Themen mit Tschechien sein und der ostbayerischen Grenzregion eine starke Stimme in München und Prag geben. Seitdem gehe es spürbar voran, so das Fazit von Červenkova und Löffler. Auf die Frage, wo derzeit die besonderen Herausforderungen liegen, nannte die Generalkonsulin das Dauerthema Zugverbindung nach Prag, die Verbesserung der Infrastruktur entlang der Grenze, die Förderung des Jugendaustausches und die bilingualen Schulen in der Grenzregion. „Wir packen das gemeinsam an“, versicherte Landrat Franz Löffler.

Durch das Programm führte Hana Scharffova. Moderatorin beim Tschechischen Fernsehen in Prag – ein Symbol dafür, dass die Landessgartenschau Furth im Wald 2025 auch für die tschechischen Nachbarn eine gute Gastgeberin sein will. Ob er das Geld der EU in Furth im Wald gut angelegt sieht, wollte sie von Wolfgang Bücherl wissen, dem Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in München. Der konnte die Frage nur bejahen. Er kommt aus dem nahen Rötz, kennt Furth noch aus der Zeit vor der Grenzöffnung und freut sich über die riesigen positiven Veränderungen. Wie sichtig neben der Stadtentwicklung mit spektakulärer Architektur auch die gärtnerischen Leistungen sind, beschrieb Gerhard

Zäh, Vorsitzender der Bayerischen Landessgartenschau GmbH: „Blumen und Blüten erfreuen das Auge und wärmen das Herz!“ Seine Bitte an den EU-Vertreter und an den Umweltminister: „Ihr müsst an Gartenschauen festhalten!“

BAYERISCHE GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045
Fachblatt der KPv in Bayern
Herausgeber: Landrat Stefan Rößle
Redaktion:
Constanze von Hassel (verantwortlich)
Doris Kirchner, Chefin vom Dienst
Anne-Marie von Hassel,
Inge Metzger
Telefon 08171 / 9307-11
Ständige Mitarbeiter:
Sebastian Franz (KPv)
Peter Müller
Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.
Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.
Für unverlangt eingesandene Manuskripte, Dokumente und Fotos wird keine Gewähr übernommen.
Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.
Anzeigen und Vertrieb:
Monika Steer (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-12
Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 59 vom 01.01.2025
Anzeigenschlusstermine:
siehe Erscheinungs- und Themenplan
Veranstaltungen:
Theresa von Hassel (verantwortlich)
Telefon 08171 / 9307-17
Erscheinungsweise:
22 Ausgaben jährlich
(mit zwei Doppelausgaben)
Jahresbezugspreis Inland:
€ 76,10 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:
(Abrechnung über eine Adresse)
€ 38,25 zzgl. MWST.
Sammelabo ab 10 Zeitungen:
(Abrechnung und Lieferung an eine Adresse) € 27,- zzgl. MWST.
Kündigung:
zwei Monate vor Jahresende schriftlich an den Verlag
Verlags- und Geschäftsleitung:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Anschrift und Sitz des Verlags und aller verantwortlichen Personen:
Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH
Postanschrift:
Postfach 825, 82533 Geretsried
Paketanschrift:
Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried
Telefon 08171 / 9307-11
Telefax 08171 / 9307-22
eMail: info@gemeindezeitung.de
Internet: www.gemeindezeitung.de
Inhaber- und Beteiligungsverhältnisse:
100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse GmbH; Geschäftsführerinnen:
Constanze von Hassel
Theresa von Hassel
Anne-Marie von Hassel
Druck und Auslieferung:
DZO Druckzentrum Oberfranken GmbH & Co. KG
Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg
Für die Herstellung dieser Zeitung wird Recycling-Papier verwendet.

Neuausrichtung mit Weitblick

Tourismus Oberbayern München e.V. positioniert sich neu als Lebensraumorganisation

Der Tourismus Oberbayern München e.V. (TOM e.V.) hat auf seiner 19. Mitgliederversammlung eine Neuausrichtung beschlossen. Der Verband versteht sich künftig nicht mehr allein als Tourismusorganisation, sondern als Lebensraumgestalter mit kommunalem Bezug. Ziel ist, Tourismuspolitik enger mit Lebensqualität, Standortentwicklung und Daseinsvorsorge zu verknüpfen.

Die neue Strategie entstand im Austausch mit Partnerregionen, kommunalen Vertretern und Verbänden. Im Zentrum stehen vier Themen: Nachhaltigkeit, Digitalisierung, Mobilität und Fachkräftegewinnung. Der TOM will damit die Tourismusentwicklung stärker mit kommunaler Infrastrukturplanung und regionaler Identität verknüpfen.

Erlebnis-Partner-Netzwerk als Umsetzungsinstrument

Ein zentrales Projekt ist das Erlebnis-Partner-Netzwerk Oberbay-

ern, das zwölf Erlebnisanbieter mit Destinationen und Betrieben vernetzt. Durch gemeinsames Marketing, Messeauftritte, eine Panoramakarte und eine digitale Plattform sollen überregionale Sichtbarkeit und lokale Wertschöpfung gestärkt werden. Das Netzwerk gilt auch als Instrument interkommunaler Zusammenarbeit – insbesondere in Regionen mit grenzüberschreitenden touristischen Angeboten. TOM-Vorstand Oswald Pehel betonte, Tourismus müsse als Querschnittsaufgabe gemeinsam mit den Kommunen weiter-

entwickelt werden. Auch Münchens Wirtschaftsreferent Dr. Christian Scharpf verwies auf die wirtschaftliche Bedeutung der Stadt-Umland-Beziehungen.

Kommunale Stimmen im Präsidium

Laut einer aktuellen Studie sehen 93 Prozent der Bevölkerung in Oberbayern den Tourismus als wichtigen regionalen Faktor. Um Kritik besser aufzugreifen, plant der Verband 2025 eine Kommunikationskampagne zu gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Effekten des Tourismus. Auch personell wurde der Verband gestärkt: Klaus Stöttner wurde einstimmig als Präsident bestätigt. Neu im Präsidium sind Doris Baumgartl, Oberbürgermeisterin von Landsberg, und Benedikt Brandmeier, Tourismuschef der Landeshauptstadt München, der zudem als Vizepräsident fungiert. Angela Inselkammer (DEHOGA Bayern) wurde ebenfalls zur Vizepräsidentin gewählt. Karlheinz Jungbeck (ADAC) bleibt kooptiertes Mitglied mit Fokus auf nachhaltige Mobilität. Mit klarer Strategie, neuen Formaten und kommunaler Anbindung positioniert sich der TOM e.V. als aktiver Partner für Städte, Gemeinden und Landkreise – und als Mitgestalter einer lebensraumorientierten Regionalentwicklung.



V.l.: Karlheinz Jungbeck (Tourismuspräsident ADAC), Klaus Stöttner (Präsident TOM e.V.), Dr. Christian Scharpf (Wirtschaftsreferent Landeshauptstadt München).
Bild: oberbayern.de_Goran Gajaniin_Das Kraftbild



Waren beim Festakt mit Ministerpräsident Dr. Markus Söder (2.v.l.) bester Laune: Bürgermeister Franz Stahl, Bezirkstagspräsident Franz Löffler, Finanzminister Albert FÜRacker und Landrat Roland Grillmeier (v.r.)
Bild: Stadt Tirschenreuth / Mirko Streich

Oberpfalztag 2025 in Tirschenreuth:

Vielfalt der Region

Beim Oberpfalztag in Tirschenreuth präsentierte die gesamte Region, was sie kulturell, wirtschaftlich und touristisch zu bieten hat. Über hundert Aussteller präsentierten an einem Wochenende ihre Produkte, vom „Global Player“ bis hin zum regionalen Handwerker war das Angebot groß. Ein buntes Rahmenprogramm lockte zusätzlich Besucher an – insgesamt etwa 20.000.

Fast auf den Tag genau drei Jahre nach der Premiere des Oberpfalztags in Amberg nahmen nunmehr Erster Bürgermeister Franz Stahl und Landrat Roland Grillmeier die Eröffnung des Volksfests vor. Dass die Stadt Tirschenreuth die perfekten Rahmenbedingungen für die Veranstaltung bietet, darauf verwies Rathauschef Stahl: „Der wunderschöne Fischhofpark und unsere charmante Innenstadt eignen sich perfekt für ein solches Event. Unsere Stadt ist reich an Kultur und Geschichte und zugleich offen für Innovationen. Wir sind uns sicher, dass die Besucherinnen und Besucher bei uns ein unvergessliches Wochenende erleben werden.“

Bedeutung für die gesamte Region

Landkreischef Grillmeier hob die Bedeutung der Veranstaltung für die gesamte Region hervor: „Der Oberpfalztag ist eine großartige Gelegenheit, die Innovationskraft und Kreativität der nördlichen Oberpfalz zu präsentieren. Unser Landkreis hat viel zu bieten und wir freuen uns, dies einer breiten Öffentlichkeit zeigen zu können. Diese Veranstaltung wird nicht nur die Vielfalt unserer Region hervorheben, sondern auch die Zusammenarbeit und den Zusammenhalt in der Oberpfalz weiter stärken.“

Von der Innovationskraft und Vielfalt der Oberpfalz überzeugte sich auch Ministerpräsident Dr. Markus Söder. Er bezeichnete die Oberpfalz als „echte Aufsteigerregion im Herzen Europas und eine der schönsten und leistungs-

stärksten Gegenden Deutschlands“. Damit das so bleibt, investiere der Freistaat kräftig in Wissenschaft und Forschung. Erst vor kurzem hatte Söder in Kemnath und Weiherhammer neue Technologietransferzentren eingeweiht.

Am Oberpfalztag gehörte der Fischhofpark den Bereichen Tourismus, Freizeit, Vereinsleben, Sport und regionalen Produkten. Die Liste der Akteure war lang und abwechslungsreich: von Tourismusverbänden und Blaulichtorganisationen über Direktvermarkter, historisches Handwerk und lokale Vereine bis hin zu großen Sportvereinen wie den Legionären Regensburg. Im Heimatmobil des Bezirks Oberpfalz konnten Besucher die vielfältige Kultur und Geschichte der Region auf kleinstem Raum erleben und selbst kreativ werden.

Beim Marktplatz der Unternehmen drehte sich alles um das Thema Wirtschaft. Große Namen aus der Region präsentierten sich, so etwa die Siemens AG, die Einblicke in die Welt der Digitalisierung, Automatisierung und Industrie 4.0 gab. Die Sparkasse Oberpfalz Nord wartete wiederum mit einem interaktiven Virtual Reality-Erlebnis auf, das einen Blick in die Zukunft des Bankings ermöglichte.

Wissenschaft und Kultur

Auch die Wissenschaft bekam auf dem Oberpfalztag ihren Platz: Sowohl die Ostbayerischen Technischen Hochschulen Amberg-Weiden und Regensburg als auch die Universität Regensburg nahmen teil. Wissenschaft zum Anfassen bot zudem das Bayern-Lab Neumarkt. Auf vier Bühnen, am Marktplatz, am Platz am See, im Innenhof des Amtsgerichts sowie im Kulturgewölbe in der Frontfeste, rockten darüber hinaus diverse Bands das Areal, entführten Theatergruppen in die Welt der Fantasie und gaben Autoren Einblicke in ihre Werke. **DK**

Gemeinsam Potenziale nutzen

2. Partnerforum der Regionalkooperation Oberpfalz-Pilsen

Regensburg. Zwei Regionen – ein Wissens- und Innovationsstandort. Unter diesem Motto stand das 2. Partnerforum der Region Pilsen und Oberpfalz. An der Regierung der Oberpfalz trafen sich über 120 Akteure der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit, darunter Vertreter aus Politik, kommunaler Familie und zahlreichen Institutionen auf Oberpfälzer und Pilsener Seite.

Gemeinsame Herausforderungen, gemeinsame Lösungen. Dafür steht die Regionalkooperation seit 24 Jahren. „Unsere Zusammenarbeit ist eine Erfolgsgeschichte, sie setzt entscheidende Impulse“, betonte Regierungs-

präsident Walter Jonas. „In bewegten Zeiten, die geprägt sind von geopolitischen Umbrüchen, Klimawandel und einer Weltwirtschaft unter Druck. Wohlstand und Resilienz sichern wir nur durch Innovation, Erfindergeist und Mut.“

Gemeinsam geht es besser

Bezirkstagspräsident Franz Löffler fokussierte auf die Erfolgsgeschichte der Kooperation – beiderseits der Grenze – und ermutigte zu Selbstbewusstsein. „Beide Regionen stehen sehr gut da. Der Beweis, dass es gemeinsam besser geht. Denn ohne Zusammenarbeit bleiben Potentiale liegen.“ Das Bruttoinlandsprodukt des grenzüberschreitenden Industriestandorts Oberpfalz und Pilsen mit rund 67 Milliarden Euro lässt einige europäische Länder hinter sich. „Das liegt nicht nur an der institutionellen Zusammenarbeit, sondern weil wir uns seit Beginn der Zusammenarbeit auf Augenhöhe und mit Vertrauen begegnen“, so Löffler. Jan Bozděch, der stellvertretende Bezirkshauptmann der Region Pilsen und Bürgermeister der Grenzgemeinde Klenčí pod Čerchovem, betonte die Bedeutung der grenzüberschreitenden

Bürgermeisterwahlen in Bayern

Die neue Bürgermeisterin in Betzigau (Oberallgäu) heißt Regina Läser-Dorn (CSU/Wählerschaft für Betzigau). Die 31-Jährige erreichte 66,3 Prozent, ihre Kontrahentin Petra Hartmann (Überparteiliche Wählergruppe Betzigau und Wählergruppe Hochgreut) kam auf 33,7 Prozent der Stimmen. Amtsinhaber Roland Helfrich (ÜP/WG) war aus gesundheitlichen Gründen vorzeitig von seinem Amt zurückgetreten. Die Wahlbeteiligung lag bei 76,5 Prozent.

Axel Gotthardt (CSU) ist neuer Bürgermeister der Gemeinde Heßdorf (Landkreis Erlangen-Höchstadt). Bei einer Stichwahl behielt er mit 55,9 Prozent die Oberhand über Matthias Scholz (GfM), der 44,1 Prozent erzielte. Wahlbeteiligung: 61,5 Prozent.

Einziger Kandidat in Haiming (Landkreis Altötting) war Christian Szededi (CSU). Für den 48-jährigen Rechtsanwalt votierten 88,3 Prozent der Wähler. Nötig geworden war die Wahl, da der bisher amtierende Rathauschef Wolfgang Beier (CSU/AWG) zum

30. April zurückgetreten war. Wahlbeteiligung: 57,9 Prozent.

Würzburg bekommt den ersten grünen Großstadt-Oberbürgermeister Bayerns. Martin Heilig siegte in der Stichwahl mit 65,0 Prozent der abgegebenen Stimmen. Seine Mitbewerberin Judith Roth-Jörg (CSU) kam auf 35,0 Prozent. Heilig tritt die Nachfolge von Christian Schuchardt an, der zum 1. Juli den Posten des Hauptgeschäftsführers des Deutschen Städtetags übernimmt. Die Wahlbeteiligung lag bei 47,4 Prozent. **DK**

GZ PINOS WELT



Unsere südlichen Nachbarn in Österreich verdanken wir ja einige herrliche Begriffe, die so in Deutschland nicht gebräuchlich sind. Kukuruz für Mais, Paradeiser für Tomaten (früher auch hier Paradiesäpfel genannt) oder Ribisel für Johannisbeeren. Aber auch für Gemütszustände hat der Österreicher eigene Begriffe, wie zum Beispiel oblomowieren, was lethargisch, tatenlos oder unmotiviert bedeuten kann. Es leitet sich von der Romanfigur Ilija Oblomow des russischen Schriftstellers Iwan Gontscharow ab, der träge und untätig vor sich hinlebt.

In diesem Sinne halten uns Deutsche eine Reihe von Wirtschaftswissenschaftlern wohl für ein Volk von Oblomows. Wir würden die wenigen Jahresstunden arbeiten, heißt es in den Analysen, wir machten zu viel Freizeit, wir gingen zu früh in Rente und wir hätten zu viele Feiertage. Deshalb

Morgen ist auch noch ein Feiertag

verlören wir Wachstum und damit Wohlstand. Bald könnten wir faulen Sacke uns unseren Sozialstaat nicht mehr leisten.

Tatsächlich ist es so, dass kaum ein Industrieland so hohe Steuern und vor allem Sozialabgaben von seinen Bürgern verlangt wie Deutschland. Hier wäre also zu fragen, ob die ein oder andere Teilzeitentscheidung darauf beruht, dass jede mehr gearbeitete Stunde unverhältnismäßig hoch mit Steuern und Abgaben belastet wird. Umgekehrt muss man sich fragen, ob es wirklich vernünftig ist, Anreize zur Verrentung zu geben. Dabei meine ich natürlich die Rente mit 63, die nie hätte eingeführt werden dürfen, aber vor allem die vielen betrieblichen Abfindungs- und Ausgliederungsprogramme, mit denen sich Firmen idiotischerweise immer noch von älteren Fachkräften verabschieden, für die sie dann bei den Jüngeren keinen Ersatz finden.

Ja, Deutschland hat die meisten gesetzlichen Feiertage und die krassesten Abstimmungsprobleme, weil einige Feiertage nur in wenigen Ländern gelten und einige, wie Mariä Himmelfahrt in Bayern oder Fronleichnam in Thüringen und Sachsen auch in den Ländern nur regional. Dazu sind die allermeisten Feiertage christlichen Ursprungs und somit eigentlich nur der Neujahrstag, der 1. Mai und der Tag der Deutschen Ein-

heit weltanschaulich neutral. Es wurde ja schon mal ein Feiertag abgeschafft, der Buß- und Betttag zur Finanzierung der Pflegeversicherung. Das war verkraftbar, denn an einem Mittwoch im kalten November vermisst niemand einen Feiertag. Dafür wurden nach einer Schamfrist in manchen Ländern freizeithöflichere Feiertage wie der Frauentag im März, der Kindertag im September oder der Reformationstag im oftmals goldenen Oktober eingeführt.

Klar würden wir das Bruttosozialprodukt steigern, wenn ein Feiertag gestrichen würde. Das zeigen die Vergleiche der Jahre eindeutig, in denen Feiertage häufig auf Sonntage fallen mit Jahren, in denen das weniger häufig der Fall ist. Andererseits ist Deutschland nun mal das Land der vielen Feiertage und Urlaubstage, in Bayern bis in die sechziger Jahre hinein sogar noch mit dem heute nicht mehr vermissten Josefitag, und trotzdem gelang es, zur (immer noch) drittstärksten Wirtschaftsmacht der Erde aufzusteigen.

Denn die Frage ist ja nicht, wie lange oder in welchem Modell gearbeitet wird, sondern wie produktiv die Arbeit ist. Und da sind wir auf der Verliererstraße, weil unsere Regelungen und teilweise unser Mindset völlig veraltet sind. Beispiel Arbeitszeitgesetz: Der richtige Plan der neuen Regierung, endlich den Achtstundentag abzuschaffen und die Arbeitswelt so flexibel zu machen, wie es unsere Zeit erfordert und viele Arbeitnehmer es auch wollen, wird schon wieder von den Gewerkschaften zerredet. Dabei ist es halt so, dass es Fälle gibt, in denen eine Person in täglich zehn Stunden Arbeit bei einer Vier-Tage-Woche produktiver ist als bei acht Stunden in fünf Tagen. Das Hinausdrängen von älteren Arbeitnehmern trotz Leistungsfähigkeit durch starre Altersgrenzen kostet Produktivität und nicht zuletzt unsere durch Veränderungsangst und eine quasireligiöse Verehrung des Datenschutzes völlig verkrampfte Einstellung zu neuen, produktiven Technologien. Lassen wir doch die KI am 2. Weihnachtstagsfeiertag arbeiten, statt ihn abzuschaffen!

Nein, wir leben nicht in einem Land der Oblomows, aber wir leben in einem Land, in dem der Kreativität und der Produktivität zu viele unnötige Fesseln angelegt werden. Denn wie sagt Ernst Ferstl so schön: „Erfolg ist ein Geschenk – eingepackt in harte Arbeit.“

Ihr Pino

Zusammenarbeit – und lieferte ein anschauliches Beispiel, wie sie ausgestaltet werden könnte. Denn in der Stadt im Kreis Domažlice gibt es den bislang keinen zweisprachigen Kindergarten in der Grenzregion.

Talente in der Region halten

Eine erste Podiumsdiskussion der Tagung beschäftigte sich mit dem Thema Innovationen in der Oberpfalz und der Region Pilsen sowie deren Verbesserungspotential. Für Professor Dr. Wolfgang Weber von der OTH Amberg-Weiden, Filip Uhlík von der Regionalen Entwicklungsagentur Pilsen und Andi Auberger von der Techbase Regensburg liegt das Thema der Zukunft vor allem darin, junge internationale Talente in der Region zu halten.

Aktuelles aus Europa

Wolfgang Bücherl, der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission für Baden-Württemberg und Bayern stellte in seinem Vortrag aktuelle Entwicklungen von der EU-Kommission vor. Wie grenzüberschreitende Zusammenarbeit an einem Beispiel ganz konkret aussieht, zeigte Florian Birner von der OTH Amberg-Weiden mit dem Projekt HyBaBo zum Aufbau einer grenzüberschreitenden Wasserstoffwirtschaft Bayerns und Böhmens.

In einer finalen Podiumsdiskussion erörterten Regierungspräsident Walter Jonas, Bezirkstagspräsident Franz Löffler und Martin Rybár, ein weiterer stellvertretender Bezirkshaupt-

mann der Region Pilsen, die Herausforderungen für die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Zukunft.

Grenzüberschreitende Handlungsfelder

Neben der Sicherheit als zentrale Frage müssten auch die Themen Klimawandel, Energie- und Rohstoffversorgung, Wirtschaft und demografische Entwicklung gemeinsam betrachtet werden.

Ein konkretes Ziel sei es, grenzüberschreitende Handlungsfelder zu identifizieren und räumliche Strukturen zu schaffen,

in denen Verantwortung und Durchführung von Projekten miteinander gedacht werden. Das gilt insbesondere für die Bereiche Forschung, Entwicklung, Wissenschaft und (Sprach-)Bildung. Die Region Oberpfalz-Pilsen müsse sich im Europa der Regionen zu einer Zuzugregion entwickeln.

Weitere Arbeitsgruppen

Nach den Podiumsdiskussionen und Vorträgen tagten die Arbeitsgruppen Gesundheit, Verkehr und Regionale Entwicklung mit Teilnehmern aus verschiedenen Institutionen. **□**



Regierungspräsident Walter Jonas, stv. Bezirkshauptmann Martin Rybár, stv. Bezirkshauptmann Jan Bozděch und Bezirkstagspräsident Franz Löffler (v.li.).
Bild: Regierung der Oberpfalz/Kammermeier



V.l. Altbürgermeisterin Marlene Greinwald, Gemeinde Tutzing und FidiP e.V., Birgit Kainz, Vorsitzende KDFB Landesverband Bayern, Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons, Stadt Lindau, Katharina Schulze, Fraktionsvorsitzende Bündnis 90/Die Grünen im Bayerischen Landtag, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Erste Bürgermeisterin Kathrin Alte, Gemeinde Anzing und Präsidentin Monika Meier-Pojda Bayerischer Landesfrauenrat bei der Vorstellung der Initiative.
Bild: Bayerischer Landtag/ Astrid Schmidhuber

Initiative „Bavaria ruft!“ startet Roadshow zur Kommunalwahl 2026:

Mehr Frauen in die Räte!

München – Unter der Schirmherrschaft von Landtagspräsidentin Ilse Aigner startet die im Frühjahr 2025 gegründete parteiübergreifende Initiative „Bavaria ruft! – Mehr Frauen in die Räte“ ihre bayernweite Roadshow. Ziel ist es, mehr Frauen für ein kommunalpolitisches Amt zu begeistern – rechtzeitig vor den bayerischen Kommunalwahlen am 8. März 2026.

„Kommunalpolitik ist das Rückgrat unserer Demokratie – sie lebt vom Mitmachen. Doch Frauen sind in den Gemeinde- und Stadträten nach wie vor unterrepräsentiert“, erklären die Initiatorinnen Kathrin Alte, Bürgermeisterin der Gemeinde Anzing, und Dr. Claudia Alfons, Oberbürgermeisterin der Stadt Lindau.

Mit praxisnahen Formaten und direkter Ansprache will „Bavaria ruft!“ das ändern.

Die Idee der Roadshow

Bürgermeisterinnen, Bürgermeister sowie Gleichstellungsbeauftragte und engagierte Gemeinderätinnen und -räte in ganz

Bayern sind eingeladen, vor Ort Informationsveranstaltungen speziell für Frauen anzubieten. Im Rahmen eines offenen Rathauses können interessierte Bürgerinnen erleben, wie kommunalpolitische Prozesse funktionieren – praxisnah, interaktiv und ermutigend. Der Tag orientiert sich am Format einer echten Gemeinderatssitzung mit typischen Themen wie Kinderbetreuung, Mobilität oder Haushaltsfragen.

„Wir wollen zeigen, dass sich jede Frau einbringen kann – mit dem Maß an Zeit und Engagement, das zu ihrem Leben passt“, so das Team von „Bavaria ruft!“.

Unterstützung durch die Initiative

„Bavaria ruft!“ unterstützt teilnehmende Kommunen mit einer Checkliste zur Vorbereitung, Social-Media-Vorlagen, Flyern und auf Wunsch auch mit erfahre-

nen Referentinnen aus Politik, Verbänden oder dem Netzwerk. Nach der Veranstaltung berichtet das Team auf der Website und über Instagram über gelungene Aktionen – sofern gewünscht.

Alle Termine auf einen Blick

Termine der Roadshow werden bayernweit auf www.bavariaruft.de veröffentlicht. Kommunen, die sich beteiligen möchten, können sich unter initiative@bavariaruft.de oder direkt über das Kontaktformular auf der Website anmelden.

Die Initiative wird getragen von einem breiten Bündnis engagierter Frauen aus Kommunal- und Landespolitik, dem Landesfrauenrat Bayern, dem Katholischen Deutschen Frauenbund (KDFB) sowie dem Verein FidiP – Frauen in die Politik e. V.

Mitmachen, mitreden, mitentscheiden: Das ist das Ziel – vor Ort im eigenen Rathaus! Die ersten Termine stehen bereits fest:

- Auftakt Roadshow „Bavaria ruft!“ am Freitag, 11. Juli, 15 Uhr bis 16 Uhr, im Anzinger Rathaus mit Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Sozialministerin Ulrike Scharf und Grünen-Fraktionschefin Katharina Schulze
- Ebenfalls am Freitag, 11. Juli, um 17 Uhr geht es weiter: In Vaterstetten findet auf Einladung der beiden VHS im Landkreis (Vaterstetten und Ebersberger Land) eine Veranstaltung „Kommunalpolitik braucht Frauen“ mit Abgeordneten, Bürgermeisterinnen und bereits engagierten Frauen im Gemeinde- oder Stadtrat
- Samstag, 12. Juli, ab 12 Uhr, werben Schirmherrin und Landtagspräsidentin Ilse Aigner und Oberbürgermeisterin Dr. Claudia Alfons auf dem Stadtfest in Lindau für die Kampagne „Bavaria ruft“. Dort ist der LandTruck zu Gast.

75 Jahre Banater Schwaben in Bayern:

Kultur- und Heimattage in Augsburg

Mit einem großen Festwochenende in Augsburg feierten die Banater Schwaben zwei besondere Anlässe: Zum einen blickt die Landsmannschaft der Banater Schwaben in Bayern auf ihr 75-jähriges Bestehen zurück, zum anderen fanden zum 22. Mal die Kultur- und Heimattage der Banater Schwaben in Bayern statt. Augsburgs Oberbürgermeisterin Eva Weber hatte die Schirmherrschaft übernommen.

Die Feierlichkeiten begannen mit einem banatschwäbischen Kulturabend und setzten sich tags darauf fort mit einem feierlichen Festgottesdienst in der Kirche St. Ulrich, ehe der Rathausplatz mit farbenfrohen Trachten und schwungvollen Volkstanzdarbietungen zum Leben erwachte.

Im Anschluss versammelten sich Gäste und Mitwirkende zum Festakt mit Kundgebung im „Kongress am Park“.

Würdigung durch den Ministerpräsidenten

Dabei würdigte Ministerpräsident Dr. Markus Söder die große Bedeutung der Banater Schwaben für Bayern: Mit ihrer Tradition bereicherten sie den Freistaat. Die Banater Schwaben hätten Bayern mit aufgebaut und maßgeblichen Anteil daran, dass das Bundesland so stark geworden sei.

Tiefe Verbundenheit mit der alten und der neuen Heimat

Söder betonte die tiefe Verbundenheit der Banater Schwaben mit ihrer alten und neuen Heimat. Er hob sie als „wichtige Brückenbauer nach Rumänien“ hervor und versprach die weitere Unterstützung des Freistaats:

„Bayern steht dauerhaft und zuverlässig – auch finanziell – an der Seite der Banater Schwaben und aller Heimatvertriebenen.“

Bereicherung des bayerischen Kulturguts

Auch auf persönlicher Ebene zeigte sich der Ministerpräsident verbunden: Seit mehr als 25 Jahren ist er Mitglied der Bayerischen Landsmannschaft. Die schönen Trachten und die Blasmusikkapellen seien eine Bereicherung des bayerischen Kulturguts, meinte der Ministerpräsident. Zudem wies er augenzwinkernd darauf hin, „auch ein großer Liebhaber der Banater Küche“ zu sein.

Bewegte Geschichte

Die Banater Schwaben, ursprünglich aus einer mehrheitlich deutschsprachigen Region in Südosteuropa stammend – heute Teil Rumäniens, Serbiens und Ungarns – blicken auf eine bewegte Geschichte zurück.

Schnelle Integration

Viele fanden nach dem Zweiten Weltkrieg in Bayern eine neue Heimat, wo sie sich schnell integrierten und das kulturelle Leben bereicherten. **DK**

Vorschau auf GZ 12

In unserer Ausgabe Nr. 12/2025, die am 13. Juni 2025 erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- IT - E-Government - Breitband - Mobilfunk
- Arbeitsplatz Kommune
- Wasser - Abwasser
- Kommunalfahrzeuge - Fuhrpark
- Sonderdruck Bayerisches EnergieForum

Altersversorgung

www.pluspunktrente.de

BVK Bayerische Versorgungskammer ZUSATZVERSORGUNG

Brunnensanierung / Brunnenregenerierung

ETSCHEL BRUNNENSERVICE

Etschel Brunnenservice GmbH - Rudolfstr. 112 - 82152 Planegg
Tel.: +49 (0) 89 420 496-51 - Fax: +49 (0) 89 420 496-55 - info@etsbs.de

Energiedienstleistung

energie schwaben

ESB ENERGIE SÜDBAYERN

Abonnieren Sie unseren KOSTENFREIEN NEWSLETTER:
www.gemeindezeitung.de/newsletter

Fahnen/Arbeitsbekleidung

FAHNEN KÖSSINGER

Arbeitskleidung
Länderfahnen
Gemeindefahnen
Fahnenmaste
Vereinsbedarf

Glasfaser / Glasfaserausbau



GLASFASER-INTERNET AUS BAYERN.

Aus der Region. Für die Region.

LEONET.DE

GLASFASER Schnell. Stabil. Zukunftssicher.

www.telekom.de/glasfaser

UG UNSERE GRÜNE GLASFASER

Grünes Licht für Glasfaser.

Sichern Sie sich Glasfaser-Ausbaukapazitäten für Ihre Kommune unter:



0800 410 1 410

Unsere Grüne Glasfaser

Adalperstraße 82-86, 85737 Ismaning
unseregrueneglasfaser.de

Informationssicherheit und Datenschutz



www.Mein-Datenschutzberater.de

DSGVO ext. DSB ext. ISB LSI-Siegel BSI Kommunal CISIS12 Schulungen eLearning

Kommunalberatung

KUBUS KOMMUNALBERATUNG UND SERVICE GMBH

Firmensitz Schwerin 0385/30 31-251 info@kubus-mv.de

www.kubus-mv.de

Standort München 089/44 235 40-00 bayern@kubus-mv.de

Kommunale Immobilienentwicklung



Ihr starker Partner rund um die kommunale Immobilienentwicklung

www.bayerngrund.de

Bayern Grund

Kommunale IT

www.akdb.de

Ihre Ansprechpartnerin für Anzeigen:

MONIKA STEER

Telefon 08171 / 9307-12
steer.monika@gemeindezeitung.de

Ihre Ansprechpartnerin für Veranstaltungen:

THERESA VON HASSEL

Telefon 08171 / 9307-10
hassel.theresa@gemeindezeitung.de

Kommunalfahrzeuge

Eine komplette Produktpalette für effektiven Winterdienst

BUCHER municipal

Driven by better



Für jeden der richtige Unimog.

Bei Ihren Profis in der Region.

Henne Nutzfahrzeuge GmbH 85551 Heimstetten, www.henne-unimog.de

Carl Beuthauser Kommunal- und Fördertechnik GmbH & Co. KG 93095 Hagelstadt, www.beuthauser.de

Wilhelm Mayer GmbH & Co. KG Nutzfahrzeuge 89231 Neu-Ulm, www.wilhelm-mayer.com

Carl Beuthauser Kommunaltechnik GmbH & Co. KG 95326 Kulmbach, www.beuthauser.de

Ing. Kurt Herold GmbH & Co. KG 97076 Würzburg, www.kurt-herold.de

KLMV GmbH 95145 Oberkotzau, www.klmv.de

Kommunalfinanzierung

Ihre Kommunalkredit- und Förderbank

www.bayernlabo.de

Bayern Labo

KFB Leasfinanz GmbH

Kommunaler Mietkauf Kommunales Leasing

für Mobilien und Immobilien

www.kfb-reuth.de

